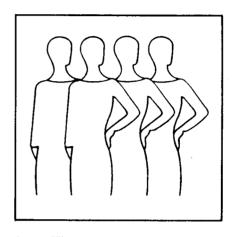
Frauen



in Familie, Beruf und Gesellschaft

Statist. Bundesamt - Bibliothek

(72.1660)

Ausgabe 1987

W. Kohlhammer

Herausgeber: Statistisches Bundesamt Gustav-Stresemann-Ring 11 6200 Wiesbaden 1

Auslieferung: Verlag W. Kohlhammer GmbH Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Philipp-Reis-Str. 3 6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: unregelmäßig

Erschienen im Mai 1987

Preis: DM 12,80

Bestellnummer: 1020300-87900

ISBN 3-17-003330-1

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Vorwort

Die Lage der Frau in der Gesellschaft, im Beruf, in der Familie ist ein wichtiges Thema der politischen Diskussion. Wo und in welchem Maße besteht staatlicher Handlungsbedarf, ist der Gesetzgeber aufgerufen, die Rahmenbedingungen zu ändern?

Die Bundesstatistik bietet Erkenntnisgrundlagen auch für dieses Feld. Statistische Materialien geben die Möglichkeit, verbreitete Vorstellungen auf ihre Richtigkeit zu untersuchen und Probleme zu entdecken, die noch nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten sind.

Das Statistische Bundesamt hat nach vorangegangenen Sonderveröffentlichungen zuletzt 1983 frauenspezifische Daten aus seinem gesamten Arbeitsbereich ausgewählt und zusammengestellt. Dieser Band war innerhalb weniger Monate vergriffen, was zeigt, wie sehr diese Veröffentlichung einem breiten Bedarf entgegenkommt.

Für die vorliegende Ausgabe 1987 wurden die Ergebnisse aktualisiert. Auf die textliche Kommentierung wurde wiederum großer Wert gelegt. Das Quellenverzeichnis und die Hinweise auf die statistischen Erhebungen für das dargebotene Zahlenmaterial erleichtern interessierten Leserinnen und Lesern den Zugang zu weitergehenden Informationen des Statistischen Bundesamtes.

Ich hoffe, daß der Band mit dazu beitragen wird, die Position der Frau in unserer Gesellschaft weiter zu verbessern.

Wiesbaden, im Mai 1987

Egon Hölder

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

		Seite
Vorwo	rt	3
1	Bevölkerung	8
1.1	Altersaufbau der Bevölkerung	9
1.2	Familienstand und Alter	12
1.3	Ausländer im Bundesgebiet	15
1.4	Eheschließungen	18
1.5	Ehescheidungen	21
1.6	Geburtenentwicklung	24
1.7	Sterbefälle und Lebenserwartung	26
1.8	Bevölkerungsvorausschätzung	30
1.9	Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes	32
1.10	Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes	34
2	Haushalte und Familien	37
2.1	Haushalte nach ihrer Größe	38
2.2	Haushalte nach Größe und Einkommen	40
2.3	Haushalte nach Größe und Ländern	42
2.4	Haushalte nach Größe und Gemeindegrößenklassen	44
2.5	Einpersonenhaushalte nach Alter und Familienstand	46
2.6	Einpersonenhaushalte nach Alter und Erwerbstätigkeit	48
2.7	Familien mit Kindern	50
2.8	Ausländische Familien mit Kindern	52
2.9	Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder	54
2.10	Familien und Erwerbstätigkeit	56
2.11	Familien und Einkommen	58
		61
3	Frauen im Berufsleben	
3.1	Erwerbsbeteiligung	
3.2	Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen	
3.3	Erwerbstätige Frauen nach Stellung im Beruf	
3.4	Auszubildende nach Ausbildungsberufen	
3.5	Erwerbstätige und ihre Ausbildung	
3.6	Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen	
3.7	Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit	
3 8	Wochenarheitszeiten und Verdienste	. 78

Bevölkerung nach der Art des Krankenversicherungsschutzes

140

5.4

		Seite
6	Gesundheitswesen	142
6.1	Kranke Personen nach Krankheitsarten	143
6.2	Kranke Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Art der Behandlung	146
6.3	An Tuberkulose Erkrankte	148
6.4	Schwerbehinderte	150
6.5	Sterbefälle nach Todesursachen	153
6.6	Müttersterblichkeit	158
6.7	Schwangerschaftsabbrüche	162
6.8	Im Gesundheitswesen tätige Personen	166
7	Öffentliches Leben	168
7.1	Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949	169
7.2	Abgeordnete in den deutschen Landtagen	171
7.3	Mitglieder in Gewerkschaften	173
7.4	Mitglieder im Deutschen Sängerbund	175
7.5	Mitglieder im Deutschen Sportbund	177
8	Definitionen	180
9 .	Stichwortverzeichnis	201
10	Quellenverzeichnis	204

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- 0 = Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- ... = Angabe fällt später an
 - / = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Auf- und Abrundungen

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Auf- und Ausgliederungen

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort da-von kenntlich gemacht, die teilweise Ausgliederung durch das Wort dar unt er. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen, nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte und zwar gebraucht worden. Auf die Bezeichnung "davon" bzw. "darunter" ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmißverständlich hervorgeht, daß es sich um eine Auf-bzw. Ausgliederung handelt.

Abkürzungen

i = insqesamt

m = männlich

w = weiblich

z = zusammen

1 Bevölkerung

Ausgangsbasis der Bevölkerungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland sind die normalerweise in etwa zehnjährigen Abständen stattfindenden Volkszählungen. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1970 ist jedoch - bedingt durch das "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. 12. 1983 - ein wesentlich größerer Abstand eingetreten. Die nächste Volkszählung findet erst am 25.5.1987 statt. Die in tiefer regionaler Gliederung ausgewerteten Daten von Volkszählungen vermitteln einen umfassenden Überblick über die demographische und sozio-ökonomische Struktur der Bevölkerung sowie auch über Haushalte und Familien. Die Zählungsergebnisse dienen ferner als Auswahlgrundlage der nachfolgenden Stichprobenerhebungen (Mikrozensus) sowie als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung der Bevölkerung zwischen den Zählungen. Für diese Fortschreibung werden die in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung registrierten Veränderungsfälle (Geburten, Sterbefälle, Eheschließunqen, Ehescheidungen) und die in der Wanderungsstatistik ermittelten Zu- und Fortzüge (Meldevorgänge) herangezogen. Die Fortschreibung der Bevölkerung ist allerdings mit gewissen Fehlern behaftet, die sich mit zunehmendem Abstand von der vorausgegangenen Volkszählung immer mehr kumulieren. Sie bedarf daher dringend einer Aktualisierung durch eine neue Bestandsaufnahme.

Im Rahmen dieser Fortschreibung, wie auch in den Zählungen, werden die Personen ihrer Wohngemeinde zugeordnet. Der Feststellung der Einwohnerzahlen lag bis 1983 der "Wohnbevölkerungsbegriff" zugrunde. Danach wurden Personen mit mehreren Wohnungen derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit bzw. Ausbildung nachgingen oder in der sie sich überwiegend aufhielten. Aufgrund neuer Meldegesetze wurde die Fortschreibung der Einwohnerzahlen ab 1983 auf den neuen Begriff der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung (Kurzform: "Bevölkerung") umgestellt. Nach diesem Begriff erfolgt die Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz i.d.R. an der vorwiegend benutzten Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist dagegen die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie.

Nicht zur Bevölkerung gehören - wie bisher - die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familien.

1.1 Altersaufbau der Bevölkerung

Der Altersaufbau einer Bevölkerung ist das Ergebnis der demographischen Entwicklung über einen Zeitraum von mindestens drei Generationen. Er ist damit zugleich ein Spiegelbild der historischen Entwicklung der Bevölkerung.

Von 1950 bis 1985 hat sich die Bevölkerung in der Bundesrepublik von 50,8 Mill. auf 61,0 Mill. erhöht. Die Zahl der weiblichen Einwohner des Bundesgebietes stieg von 27,1 Mill. auf 31,8 Mill. Im gleichen Zeitraum sind beachtliche Veränderungen in der Altersstruktur eingetreten.

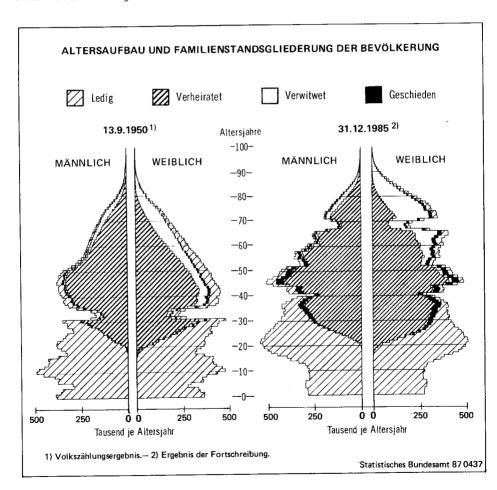
Die typische Form der graphischen Darstellung des Altersaufbaues einer Bevölkerung ist als "Alterspyramide" bekannt. An der Basis, mit den Neugeborenen beginnend, werden dabei entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke die einzelnen Jahrgänge übereinander als Stäbchendiagramme gezeichnet. In der Regel werden links die männlichen und rechts die weiblichen Personen dargestellt.

Die typische Pyramidenform ergab sich für Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, als nahezu jeder Geburtsjahrgang zahlenmäßig stärker war als der vorangegangene. Aus der Alterspyramide des Jahres 1950 lassen sich die Auswirkungen zweier Weltkriege ablesen: Vom Alter 20 ab ein Frauenüberschuß in allen älteren Altersjahren und auffällige Geburtenrückgänge, bedingt durch die Zeit des 1. und 2. Weltkrieges. Die Alterspyramide des Jahres 1985 hat noch ausgeprägter die Form eines Tannenbaumes. In dieser Alterspyramide wiederholen sich die Einschnitte, die schon in der Alterspyramide des Jahres 1950 zu sehen waren. Die Geburtenzunahme bis 1964 und der darauf folgende starke Rückgang der Geburtenzahl ist an der Basis dieser Pyramide deutlich sichtbar.

Als Folge des Geburtenrückganges hat sich der Anteil der unter 15jährigen Mädchen an der weiblichen Bevölkerung zwischen 1950 und 1985 von 21,4 auf 14,1 % verringert. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der 65 Jahre und älteren Frauen von 9,7 % auf 18,9 %. Im Jahre 1985 waren 25,2 % aller Frauen 60 Jahre oder älter gegenüber 14,6 % im Jahre 1950. Diese Zunahme ist eine Folge des starken Rückgangs der Sterblichkeit und der damit einhergehenden Zunahme der Lebenserwar-

tung. Im erwerbsfähigen Alter, d.h. von 15 bis unter 65 Jahren, befanden sich 1985 67,1 % der weiblichen Bevölkerung des Bundesgebietes. 1950 waren es hingegen 68,9 %.

Ein Vergleich des Altersaufbaues der Gesamtbevölkerung von 1985 mit dem Altersaufbau der Ausländer in der Bundesrepublik zeigt, daß für die Gesamtbevölkerung allgemein ein Überschuß der Frauen festzustellen ist, während bei den Ausländern eindeutig die Männer überwiegen. Insbesondere fällt auf, daß bei den ausländischen Frauen die Anteile in den Altersgruppen der unter 40jährigen teilweise wesentlich höher und umgekehrt bei den über 40jährigen ausländischen Frauen teilweise sehr viel niedriger sind als in der Gesamtbevölkerung.



1.1 Altersaufbau der Bevölkerung *)

	Ins-			Dave	on im Alte	r von	. bis unt	er Ja	hren		
Jahr	ge-	unter	15	20	30	40	50	60	65	70	75
o ann	samt	15	20	30	40	- 50	60	65	70	- 75	und mehr
	1 000	<u> </u>			1		ž,	J			
					Insqesamt						
					msgesame						
1950 ¹⁾	50 798	23,3	7,2	14,7	12,6	15,9	12,1	4,6	3,8	2,9	2,6
1960	55 785	21,5	6,9	15,6	13,6	11,7	14,1	5,6	4,2	3,1	3,5
1965	59 297	22,6	6,4	15,3	13,4	11,2	13,0	6,0	4,8	3,4	3,9
1970 ¹)	60 651	23,2	6,6	13,2	14,7	12,8	10,4	6,1	5,2	3,7	4,3
1975	61 645	21,2	7,4	13,5	14,9	12,7	10,2	5,5	5,4	4,3	4,9
1979	61 439	18,5	8,4	14,4	13,6	14,0	11,9	3,6	5,3	4,6	5,7
1980	61 658	17,8	8,6	14,7	13,3	14,3	11,9	3,9	5,0	4,6	5,9
1981	61 713	17,2	8,6	15,1	13,0	14,7	11,8	4,4	4,5	4,6	6,1
1982	61 546	16,5	8,6	15,3	13,1	14,9	11,7	5,0	4,0	4,6	6,3
1983	61 307	15,9	8,5	15,7	13,1	15,1	11,7	5,4	3,5	4,6	6,5
1984	61 049	15,3	8,2	16,2	13,2	15,0	11,9	5,6	3,4	4,6	6,8
1985	61 020	14,9	7,8	16,5	13,6	14,4	12,1	5,5	3,7	4,4	7.0
1500	. 01 010	2.,,5	,,,,	20,0	20,0	,	,-	-,-	-,-	.,	
				dar	. Ausländ	er					
1979	4 251	27,7	7,4	20,3	22,5	13,1	5,5	1,0	0,9	0,6	0,9
1982	4 672	26,8	8,6	18,7	21,5	14,2	6,2	1,5	0,8	0,7	1,0
1985	4 482	23,8	8,6	19,2	21,0	15,0	7,4	1,9	1,0	0,8	1,4
					Weiblich						
1950 ¹⁾	27 080	21,4	6,7	14,8	13,6	16,1	12,8	4,9	3,9	3,0	2,8
1960	29 611	19,9	6,4	14,3	13,8	12,7	14,6	6,0	4,8	3,6	4,0
1965	31 126	20,9	5,9	13,9	12,4	12,2	14,1	6,4	5,4	4,0	4,6
1970 ¹)	31 784	21,6	6,1	12,2	13,3	13,1	11,5	6,7	5,7	4,4	5,3
1975	32 263	19,8	6,9	12,7	13,7	12,0	11,3	6,2	6,2	5,0	6,3
1979	32 122	17,3	7,8	13,4	12,6	13,0	12,7	4,2	6,2	5,5	7,4
1980	32 177	16,7	7,9	13,7	12,3	13,4	12,4	4,6	5,9	5,5	7,6
1981	32 190	16,1	8,0	14,0	12,1	13,8	12,1	5,2	5,4	5,5	7,9
1982	32 118	15,5	8,0	14,3	12,2	13,9	11,9	5,7	4,8	5,6	8,2
1983	32 001	14,9	7,9	14,6	12,2	14,1	11,7	6,3	4,2	5,6	8,5
1984	31 870	14,3	7,7	15,0	12,3	14,1	11,7	6,4	4,0	5,6	8,9
1985	31 830	14,1	7,3	15,3	12,8	13,6	11,8	6,3	4,4	5,4	9,1
				dar	Ausländer	innen					
	•			uar.	Au s rander	men					
1979	1 869	30,7	7,6	22,4	20,3	9,9	5,1	1,0	1,0	0,8	1,2
1982	2 083	29,3	8,6	19,0	21,7	11,2	5,6	1,5	0,9	0,8	1,4
1985	2 039	26,0	8,7	18,6	22,0	12,7	6,4	2,0	1,0	0,9	1,8
-500		20,0	٠,,	10,0	,0		0,4	2,0	1,0	٠,٠	-,-

^{*)} Bevölkerungsfortschreibung.

¹⁾ Volkszählungsergebnisse.

1.2 Familienstand und Alter

Seit 1950 haben sich - wie bereits festgestellt - nicht nur die Anteile der weiblichen Bevölkerung in den einzelnen Altersgruppen, sondern es haben sich auch in den einzelnen Altersgruppen der Frauen die Gliederungen nach dem Familienstand ("altersspezifische Familienstandsquoten") teilweise erheblich verändert. So war im Jahre 1950 die Hälfte aller Frauen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren ledig. Dies war noch als Folge der im 2. Weltkrieg erlittenen Männerverluste anzusehen. Zwischen 1950 und 1970 hatte sich dann die Heiratshäufigkeit deutlich erhöht. Dadurch verringerte sich innerhalb dieses Zeitraumes die Ledigenquote der 20- bis unter 30 jährigen Frauen von 49,7 auf 27 %. In den folgenden Jahren ist dieser Anteil, bedingt durch den Rückgang der Zahl junger Ehen, wieder gestiegen, und zwar auf 54,6 % im Jahre 1985. Als gegenläufige Veränderung war in der Gruppe der 20- bis unter 30 jährigen Frauen zu beobachten, daß der Anteil der Verheirateten von 1950 (47,5 %) bis 1970 (70,6 %) sehr stark zunahm, in den folgenden 15 Jahren jedoch laufend zurückging und 1985 einen Anteil von 42,9 % erreichte. Der Anteil aller verwitweten und geschiedenen Frauen ist insgesamt betrachtet im Berichtszeitraum ständig gestiegen. Es bestehen jedoch altersspezifische Unterschiede. So war beispielsweise von den 30- bis unter 40jährigen Frauen 1950 als Folge des 2. Weltkriegs fast jede achte (12,7 %), 1985 hingegen nur mehr jede 13. (7,8 %) verwitwet oder geschieden. Von den Ende 1985 im Bundesgebiet lebenden 31,8 Mill. Frauen waren 35,1 % ledig, 46,6 % verheiratet und 18,4 % verwitwet oder geschieden. Gegenüber 1950 hat sich der Anteil der Ledigen verringert und derjenige der Verheirateten sowie der Verwitweten oder Geschiedenen etwas erhöht.

1.2 Familienstand und Alter
1.2.1 1950 und 1961

		Bevö	lkerung			We	iblich	
Alter			davon				davon	
von bis unter Jahren	ins- gesamt	ledig	verhei- ratet	verwitwet oder geschieden	zu- sammen	ledig	verhei- ratet	verwitwet oder geschieder
	1 000		%		1 000		%	
				1950 ¹)				
unter 20	15 507	99,7	0,3	0,0	7 596	99,4	0,6	0,0
20 - 30	7 495	57,3	40,9	1,8	4 037	49,7	47,5	2,8
30 - 40	6 465	15,5	75,9	8,6	3 699	14,9	72,5	12,7
40 - 50	8 104	10,0	81,1	8,9	4 357	12,1	74,6	13,3
50 - 60	6 124	9,4	77,2	13,4	3 435	12,8	67,2	19,9
60 - 70	4 251	8,5	65,0	26,6	2 381	11,4	50,3	38,3
70 u. mehr .	2 851	8,1	41,1	50,8	1 575	10,4	25,9	63,7
Insgesamt	50 798	44,7	45,8	9,5	27 080	42,5	43,6	13,9
				1961 ¹				
unter 20	15 867	99,4	0,6	0,0	7 740	98,8	1,2	0,0
20 - 30	8 652	49,9	49,1	1,0	4 212	39,6	59,0	1,4
30 - 40	7 685	12,1	84,5	3,4	4 082	13,1	82,1	4,8
40 - 50	6 585	8,0	80,8	11,3	3 797	10,0	72,8	17,2
50 - 60	7 939	8,0	76,3	15,7	4 372	10,5	65,2	24,3
60 - 70	5 598	8,9	65,2	25,9	3 258	12,2	50,4	37,4
70 u. mehr .	3 850	8,6	40,3	51,1	2 301	11,3	24,2	64,4
Insgesamt	56 175	40,9	48,8	10,2	29 762	38,1	46,2	15,7

¹⁾ Volkszählungsergebnisse.

1.2 Familienstand und Alter 1.2.2 1970 und 1985

Weiblich

Bevölkerung

Alter			davon				davon	
von bis unter Jahren	ins- gesamt	ledig	verhei- ratet	verwitwet oder geschieden	zu- sammen	ledig	verhei- ratet	verwitwet oder geschieder
	1 000		%		1 000		%	
				1970 ¹⁾				
unter 20	18 054	99,0	0,9	0,0	8 803	98,2	1,8	0,0
20 - 30	8 018	39,8	58,5	1,7	3 886	27,0	70,6	2,4
30 - 40	8 883	10,7	86,0	3,3	4 249	8,6	87,2	4,2
40 - 50	7 740	7,7	85,8	6,5	4 170	9,8	80,7	9,5
50 - 60	6 278	6,9	75,9	17,2	3 648	8,9	65,0	26,2
60 - 70	6 850	7,9	65,3	26,8	3 938	10,4	50,0	39,7
70 u. mehr .	4 828	9,1	39,8	51,1	3 090	11,9	23,9	64,2
Insgesamt	60 651	39,6	49,9	10,4	31 784	36,4	47,3	16,3
				1985 ²⁾				
unter 20	13 908	99,7	0,3	0,0	6 789	99,4	0,6	0,0
20 - 30	10 108	64,8	33,3	1,9	4 894	54,6	42,9	2,5
30 - 40	8 291	18,9	74,2	7,0	4 057	12,5	79,7	7,8
40 - 50	8 839	8,3	82,5	9,2	4 341	5,8	83,3	10,9
50 - 60	7 391	6,4	82,1	11,5	3 743	6,9	77,0	16,1
60 - 70	5 588	6,9	68,7	24,4	3 392	8,9	56,4	34,7
70 u. mehr .	6 894	7,6	38,7	53,7	4 615	9,3	22,7	68,0
Insgesamt	61 021	39,5	48,2	12,3	31 830	35,1	46,6	18,4

Yolkszählungsergebnisse.
 Bevölkerungsfortschreibung am 31.12.

1.3 Ausländer im Bundesgebiet

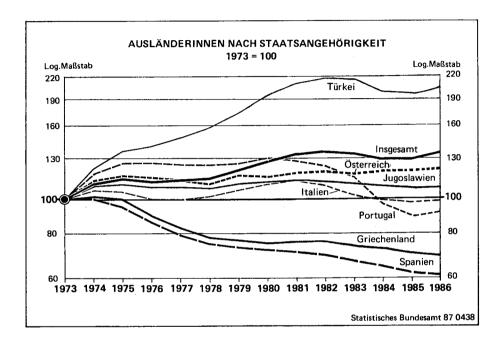
Im Jahr 1985 war die Ausländerzahl erstmals seit 1982 wieder gestiegen. Diese Entwicklung hat sich 1986 verstärkt fortgesetzt. Nach dem Ergebnis der Auszählung des Ausländerzentralregisters durch das Statistische Bundesamt haben sich am 31. Dezember 1986 rd. 4,51 Mill. Ausländer nicht nur vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 133 700 Personen mehr. Die Zunahme beruhte neben dem nach wie vor relativ hohen Geburtenüberschuß auf der positiven Wanderungsbilanz. Diese resultiert aus einem beachtlichen Anstieg der Zuwanderung, insbesondere von Asylbewerbern, bei gleichzeitiger Verringerung der Abwanderung.

Von den Ende Dezember 1986 erfaßten Ausländern besaßen rd. 3,1 Mill. oder 68,0 % die Staatsangehörigkeit eines der früheren Anwerbeländer (Türkei, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal). Die stärkste Gruppe stellten die Türken mit über 1,4 Mill., gefolgt von den Jugoslawen (591 000), Italienern (537 000), Griechen (278 000), Spaniern (150 000) und Portugiesen (78 000).

Unter den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern gab es 1986, wie in den Vorjahren auch, mehr Männer (2,58 Mill.) als Frauen (1,94 Mill.). Das Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen betrug 100: 75. Nach den wichtigsten Nationalitäten unterschieden war bei den portugiesischen und griechischen Staatsangehörigen, die in der Bundesrepublik leben, der höchste Frauenanteil festzustellen, woraus sich eine Relation von 100: 88 bzw. 100: 85 ergab, gefolgt von den Jugoslawen (100: 80), Spaniern (100: 76) und Türken (100: 75). Den niedrigsten Frauenanteil wiesen die Italiener auf, bei denen auf 100 Männer 63 Frauen entfielen.

Von den ausländischen Frauen waren 24,8 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet. 18,1 % hielten sich 6 bis unter 10 Jahre und 57,1 % 10 Jahre und mehr im Bundesgebiet auf. Daraus ergab sich für die ausländischen Frauen eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik von 11 Jahren und 9 Monaten. Von den ausländischen Männern waren 22,5 % weniger als 6 Jahre im Bundesgebiet ansässig. Bei 16,8 % betrug die Aufenthaltsdauer 6 bis unter 10 Jahre, bei 60,7 % 10 und mehr Jahre. Hieraus ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer der ausländischen Männer von 12 Jahren und 8 Monaten.

Die Unterschiede in der Aufenthaltsdauer von ausländischen Männern und Frauen sind überwiegend darauf zurückzuführen, daß die im Bundesgebiet lebenden ausländischen Arbeitnehmer erst nach dem Erlaß des Anwerbestopps (23. 11. 1973) in verstärktem Maße Familienangehörige nachgeholt haben.



1.3 Ausländer im Bundesgebiet am 31. 12. 1986*)

	Ins-				enthaltsdau unter		
Staatsange- hörigkeit	gesamt	unter 4	4 - 6	6 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr
	1 000			'	%		·
			Männli	ch			
EG-Staaten	771	11,1	5,4	12,2	18,2	27,4	25,7
darunter:							
Griechenland	150	7,6	4,8	8,6	18,7	35,3	25,0
Italien	329	11,0	5,2	14,3	17,0	28,2	24,3
Portugal	42	6,2	3,8	11,4	38,7	29,0	10,9
Spanien	85	4,1	2,3	5,4	18,2	36,4	33,7
Jugoslawien	329	5,7	3,8	9,3	22,4	49,8	9,0
Österreich	98	10,5	4,7	11,2	15,5	26,4	31,7
Türkei	821	9,0	6,9	24,0	29,5	24,5	6,1
Übrige Staaten	556	35,1	10,4	15,0	13,9	22,2	3,4
Insgesamt	2 577	15,6	6,9	16,8	20,6	25,4	14,7
			Weiblio	ch			
EG-Staaten	593	12,6	6,3	13,2	21,8	25,7	20,5
darunter:							
Griechenland	128	7,7	4,8	9,2	21,6	37,0	19,6
Italien	208	13,8	7,3	16,5	21,1	25,0	16,4
Portugal	37	7,8	4,5	14,5	44,5	23,4	5,3
Spanien	65	6,3	3,4	8,0	23,0	29,8	29,6
Jugoslawien	262	6,9	5,1	14,0	29,9	38,2	5,9
Österreich	76	11,1	5,4	11,6	18,9	24,2	28,8
Türkei	613	12,5	8,3	25,5	34,3	16,8	2,6
Übrige Staaten	391	37,6	12,7	18,1	12,3	9,1	10,2
Insgesamt	1 936	16,8	8,0	18,1	24,8	21,2	11,1

^{*)} Ergebnis des Ausländerzentralregisters 1986. – Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungsstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. Ein Ausländer, der beispielsweise vom 1.1.1972 bis zum 31.12.1976 im Bundesgebiet wohnte und ab 1.1.1986 seinen Wohnsitz erneut im Geltungsbereich des Ausländergesetzes hat, hielt sich am 31.12.1986 vierzehn bis unter fünfzehn Jahre im Bundesgebiet auf.

1.4 Eheschließungen

Nach dem Krieg nahm die Zahl der Eheschließungen in der Bundesrepublik Deutschland zunächst zu. Man kann vermuten, daß viele junge Menschen durch eine Familiengründung die Geborgenheit geben und finden wollten, die sie in den Jahren des Krieges, der Flucht und der Nachkriegszeit in vielen Fällen vermissen mußten.

Im Jahr 1960 wurden 521 445 Eheschließungen registriert. Danach setzte ein fast kontinuierlicher Rückgang ein bis zum - bisherigen - Tiefstand von 328 215 Eheschließungen im Jahre 1978; ab 1980 pendelte sich die Zahl der Eheschließungen zwischen 360 000 und 370 000 ein (1985: 364 661). Der Anteil der Erstehen, d.h. von Ehen, bei denen beide Partner vor der Eheschließung ledig waren, ist von 1960 bis 1985 von 83,4 % auf 71,4 % zurückgegangen. Gegenläufig hierzu ist der Anteil der Wiederverheiratungen (beide Partner waren schon einmal verheiratet) in diesem Zeitraum von 6,0 % auf 11,5 % gestiegen.

Betrachtet man die Eheschließungen nach dem bisherigen Familienstand, so zeigt sich, daß von 1960 bis 1985 der Anteil der vorher ledigen Männer von 87,1 auf 79,4 % und von vorher ledigen Frauen von 90,2 auf 80,5 % zurückgegangen ist. Auch die Zahl der Verwitweten, die eine neue Ehe eingingen war in diesem Zeitraum rückläufig. Sehr stark gestiegen sind dagegen von 1960 bis 1985 die Anteile der vorher Geschiedenen. Bei den Männern stieg der entsprechende Wert von 8,3 auf 17,9 %, bei den Frauen von 6,7 auf 18,2 %. Die Entwicklung dieser beiden Anteile hängt sehr eng mit der Entwicklung der Scheidungszahlen zusammen.

Das durchschnittliche Heiratsalter hat sich in der Zeit von 1960 bis 1985 nicht allzusehr verändert. Den stärksten Anstieg, mit 7,2 % von 45,6 auf 48,9 Jahre, gab es bei den vor einer neuerlichen Eheschließung verwitweten Frauen. Die größte Abnahme hatten die vorher geschiedenen Männer mit 2,5 % von 40,7 auf 39,7 Jahre zu verzeichnen.

1980 sind 28 011 Ehen zwischen Deutschen und Ausländern geschlossen worden. Damit wurde der höchste Stand seit zwanzig Jahren erreicht. Dieser wurde 1981 noch übertroffen, während anschließend eine rückläufige Entwicklung eintrat.

1.4.1 Eheschließungen

				Und	zwar	
Jahr	Insgesamt		Erst- ehen 1)	Wieder- verheira- tungen 2)	Ehen zwischen Deutschen und Ausländern	dar. Ehen deutscher Frauen mit aus- ländischem Partner
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		An	zahl	
1951	522 946	10,3	386 472	45 26¶	•	•
1960	521 445	9,4	434 656	31 361	19 458	15 600
1965	492 128	8,3	403 018	32 222	26 794	18 648
1970	444 510	7,3	355 740	34 838	24 797	14 645
1975	386 681	6,3	293 053	38 557	27 094	16 054
1978	328 215	5,4	246 640	32 317	23 341	14 875
1980	362 408	5,9	269 240	36 644	28 011	18 927
1985	364 661	6,0	260 200	41 815	25 706	15 756

¹⁾ Beide Ehepartner waren vor der Eheschließung ledig. 2) Beide Ehepartner waren vor der Eheschließung verwitwet oder geschieden.

1.4.2 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand

			Von 100 ehes	schließende	n	
lah		Männern			Frauen	
Jahr			ren vor der	Eheschließ		
Ī	ledig	verwit- wet 1)	geschie- den 2)	ledig	verwit- wet 1)	geschie- den 2)
1950	80,7	6,6	12,7	80,7	11,0	8,3
1960	87,1	4,6	8,3	90,2	3,0	6,7
1965	86,6	4,6	8,9	88,8	3,0	8,2
1970	85,4	4,5	10,2	86,8	2,9	10,3
1975	82,3	4,1	13,6	83,6	2,8	13,7
1978	82,0	3,8	14,2	83,3	2,5	14,2
1980	81,6	3,4	15,0	82,6	2,4	15,0
1985	79,4	2,7	17,9	80,5	1,3	18,2

¹⁾ Einschl. der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist.

1.4.3 Durchschnittliches Heiratsalter nach dem bisherigen Familienstand der Eheschließenden

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren										
		Män	ner		Frauen						
Jahr	zu-	Familienstand vor der Eheschließung			zu-		Familienstand vor der Eheschließung				
	s amme n	ledig	verwit- wet	ge- schieden	sammen	ledig	verwit- wet	ge- schieden			
		<u></u>									
1950 ¹)	31,0	28,1	48,7	39,5	27,4	25,4	36,3	34,8			
1960	28,5	25,9	54,7	40,7	25,2	23,7	45,6	36,7			
1965	28,5	26,0	56,1	39,3	25,4	23,7	47,1	35,4			
1970	28,3	25,6	57,1	38,4	24,9	23,0	48,1	35,0			
1975	28,4	25,3	57,8	37,9	25,1	22,7	49,6	34,6			
1978	28,9	25,9	57,7	38,4	25,5	23,1	49,4	35,0			
1980	29,0	26,1	57,4	38,5	25,8	23,4	49,5	35,1			
1985	30,3	27,2	57,5	39,7	27,1	24,6	48,9	36,3			

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland.

²⁾ Einschl. "frühere Ehe aufgehoben".

1.5 Ehescheidungen

Nach dem Krieg stieg die Zahl der Scheidungen zunächst an. Trennungen der Ehepartner während des Krieges und durch Gefangenschaft führten, häufiger als in Zeiten des Friedens, zu einem Auseinanderleben. Schnell geschlossene Bindungen hielten den Nöten und Anforderungen der Nachkriegszeit nicht stand. Die Zahl der Ehescheidungen erreichte 1950 eine Höhe (84 740), wie sie in den folgenden zwanzig Jahren nicht mehr verzeichnet wurde. Der dann einsetzende Rückgang hatte schon 1956 mit 46 101 Scheidungen seinen tiefsten Stand. Die Zahl der Ehescheidungsurteile stieg danach wieder an und erreichte im Jahr 1976 den bisherigen Höchststand mit 108 258. 1977 brachte einen Einschnitt, denn ab dem 1. Juli dieses Jahres erfolgten die Ehescheidungen nach neuen gesetzlichen Bestimmungen. Die Anzahl der Scheidungen ging daraufhin vorübergehend auf weniger als 35 000 im Jahr 1978 zurück, ist jedoch inzwischen wieder angestiegen und betrug 128 124 im Jahr 1985.

Betrachtet man die geschiedenen Ehen nach dem Vorhandensein minderjähriger Kinder, so ist der Anteil dieser Ehen an allen geschiedenen Ehen von 1950 bis 1985 von 57,4 auf 52,5 % gesunken, während er im gleichen Zeitraum bei den geschiedenen Ehen ohne Kinder von 42,6 auf 47,5 % gestiegen ist.

Der Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern steigt naturgemäß mit der Ehedauer an. Von den Ehepaaren, die 1985 innerhalb der ersten zwei Jahre geschieden wurden, hatten 19,3 % Kinder. Ehepaare, die sich nach 15 bis 17 Jahren Ehedauer trennten, hatten zu 77,7 % Kinder.

Aus der Statistik geht nicht hervor, welcher Ehepartner nach der Scheidung das Sorgerecht (bzw. die Sorgepflicht) hat. Nach den Angaben der Familienstatistik über alleinerziehende Väter und Mütter läßt sich jedoch schließen, daß die Kinder in den meisten Fällen den Müttern zugesprochen wurden.

Jede fünfte Scheidung (19,8 %) betraf 1985 eine Ehe mit einer Ehedauer von 3 bis 5 Jahren. Gut zwei von fünf der geschiedenen Ehen (41,9 %) hatten noch keine neun Jahre bestanden.

Von den 128 124 Scheidungen im Jahr 1985 wurde das Scheidungsverfahren in 8,7 % der Fälle von beiden Ehepartnern beantragt. In 59,0 % der Fälle beantragten es die Frauen, von denen wiederum 82,2 % die Zustimmung ihres Ehepartners hatten. Männer beantragten zu 32,2 % das Scheidungsverfahren, davon 83,8 % mit der Zustimmung ihrer Ehepartnerin.

1.5 Ehescheidungen^{*)}
1.5.1 Geschiedene Ehen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder dieser Ehe

				D	avon mit	Kind(e	rn)	
Jahr		Insgesamt		0	1	2 3 und mehr		
- Jani	Anzahl	je 10 000 Einw.	je 10 000 bestehen- de Ehen	Anzahl				
	_,							
1950 1960	84 740 ^{a)}	16,9	67,5	36 062	27 443	13 256	7 913	
1960	48 878 ^a)	8,8	35,0	20 635	16 975	7 550	3 713	
1970	76 520	12,6	50,9	27 764	25 819	14 551	8 386	
1975	106 829	17,3	67,4	43 959	33 795	19 395	9 680	
1980	96 222	15,6	61,3	45 344	30 011	15 641	5 226	
1985	128 124	21,0	86,1	60 897	43 119	19 669	4 439	

^{*)} Scheidungsstatistik.

a) Einschl. der Fälle mit unbekannter Kinderzahl.

1.5 Ehescheidungen*) 1.5.2 Geschiedene Ehen 1985 nach der Ehedauer

		Insgesamt		Dar. mit Kindern ¹⁾		
Ehedauer von bis unter Jahren	Anzahl	%	je 10 000 Ehen	Anzahl	_% 2)	
unter 3	7 363 25 362 21 069 17 298 13 313 11 597 32 122	5,7 19,8 16,4 13,5 10,4 9,1 25,1		1 419 10 476 11 248 10 345 9 106 9 014 15 619	19,3 41,3 53,4 59,8 68,4 77,7 48,6	
Insgesamt	128 124	100	86,1	67 227	52,5	

¹⁾ Noch lebende minderjährige Kinder dieser Ehen. 2) In Prozent der geschiedenen Ehen insgesamt.

1.5.3 Geschiedene 1985 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter von bis	Mär	nner	Frauen		
unter Jahren	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 27	13 044 50 706 41 679 17 695 3 685 1 315	10,2 39,6 32,5 13,8 2,9 1,0	26 408 51 913 34 367 12 169 2 567 700	20,6 40,5 26,8 9,5 2,0 0,5	
Insgesamt	128 124	100	128 124	100	

^{*)} Scheidungsstatistik.

1.6 Geburtenentwicklung

Die Zahl der Geburten in der Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb von nur zehn Jahren (1965 bis 1975) von 1 044 300 auf 600 500 zurückgegangen. In dieser Zeit stieg die Anzahl der Lebendgeborenen ausländischer Eltern von 22 500 auf 91 900. Die Zahl der lebendgeborenen Kinder deutscher Eltern verringerte sich dagegen um rd. 50 %. Außer in Kriegszeiten hat es nie zuvor einen derartig starken, vorwiegend auf eine Änderung des generativen Verhaltens zurückzuführenden Einschnitt gegeben. Die allgemeine Geburtenziffer (Zahl der Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner), die um die Jahrhundertwende noch bei 36 gelegen hatte, reduzierte sich von 17,7 im Jahre 1965 auf 9,7 im Jahre 1975. Seit dieser Zeit zeichnet sich eine Stabilisierung ab, die auf starke Jahrgänge, die ins heiratsfähige Alter kommen, zurückzuführen ist. Von den 586 200 lebendgeborenen Kindern im Jahr 1985 hatten 9,2 % eine ausländische Staatsangehörigkeit; 1974 hatte dieser Anteil mit 17,3 % seinen höchsten wert erreicht.

Das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes hat von 1970, mit 24 Jahren und 4 Monaten, bis 1985 auf über 26 Jahre zugenommen. Der durschnittliche Abstand von der Eheschließung bis zur Geburt eines Kindes hatte sich schon seit 1965 kontinuierlich erhöht. Betrug die durchschnittliche Ehedauer der Eltern bei der Geburt des ersten Kindes 1965 noch 1 Jahr und 11 Monate, so lag sie 1985 schon bei 2 Jahren und knapp 8 Monaten. Das zweite Kind wurde 1965 nach durchschnittlich 4 Jahren und etwas über 8 Monaten. Ehedauer geboren, 1985 dagegen erst nach 5 Jahren und rd. 8 Monaten.

1.6 Geburtenentwicklung*)

Art der Nachweisung	Einheit	1965	1970	1975	1980	1985
Lebendgeborene insgesamt	1 000	1 044,3	810,8	600,5	620,7	586,2
davon:		ļ				
ehelich Lebendgeborene Eltern Deutsche	1 000	956,5	701,6	449,1	468,7	452,8
Mutter Deutsche/ Vater Ausländer	1 000	13,1	11,8	11,9	15,8	17,0
Vater Deutscher/ Mutter Ausländerin	1 000	3,3	5,5	10,9	12,4	11,6
Eltern Ausländer	1 000	22,5	47,6	91,9	76,8	49,7
nichtehelich Lebend-						
geborene Mutter Deutsche	1 000	46,7	40,7	32,8	43,0	51,0
Mutter Ausländerin	1 000	2,3	3,6	4,0	3,9	4,1
Lebendgeborene je 1 000 Einwohner	Anzahl	17,7	13,4	9,7	10,1	9,6
Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 - 44 Jahre	Anzahl	85,2	67,2	47,6	46,7	44,1
Knaben je 1 000 lebendge- borene Mädchen	Anzah1	1 058	1 055	1 061	1 054	1 049
Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des 1. Kindes	Jahre	24,88	24,34	24,81	25,19	26,18
Durchschnittliche Ehedauer der Eltern bei der Geburt des						
1. Kindes	Jahre	1,92	1,97	2,49	2,73	2,64
2. Kindes	Jahre	4,69	5,08	5,42	5,76	5,63
3. Kindes	Jahre	7,18	7,95	8,27	8,60	8,58
4. Kindes	Jahre	9,11	10,11	10,61	10,87	10,87
5. und weiteren Kindes	Jahre	11,74	12,76	13,64	14,00	13,93

^{*)} Geburtenstatistik.

1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung

Im Jahr 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 528 747 Sterbefälle registriert, davon 49,5 % Frauen. 25 Jahre später wurde mit 749 260 (50,5 % Frauen) die bisher höchste Zahl von Sterbefällen verzeichnet. In den folgenden Jahren ging sie wieder zurück und lag im Jahre 1985 bei 704 296, wovon 52,5 % Frauen waren.

Die Zunahme der Sterbefälle bis 1975 war nicht die Folge einer allgemeinen höheren Sterblichkeit, sondern beruhte darauf, daß die Zahl
der älteren Personen durch Zuwanderungen stärker zugenommen hatte als
die Gesamtbevölkerung. Die allgemeine Sterbeziffer (Sterbefälle bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner) betrug 1950 10,5, im Jahr 1975
12,1 und 1985 11,5.

Sehr stark ging in diesem Zeitraum die Säuglingssterblichkeit (Gestorbene im ersten Lebensjahr) zurück. 1950 entfielen noch auf jeweils 1 000 Lebendgeburten 55,3 gestorbene Säuglinge, 1975 waren es 19,7 und 1985 8,9. Das Niveau des Jahres 1985 war aber immer noch um 31 % höher als die Säuglingssterblichkeit in Schweden, wo auf 1 000 Lebendgeburten 6,8 gestorbene Säuglinge kamen.

Bis zum Jahre 1971 gab es in der Bundesrepublik Deutschland einen Überschuß der Lebendgeborenen über die Sterbefälle. 1964 wurde der höchste Stand mit 421 309 mehr Lebendgeborenen als Gestorbenen verzeichnet. Aus dem folgenden Schaubild geht hervor, daß ab 1967 infolge starker Abnahme der Geburtenzahl und einer Zunahme der Sterbefälle der Überschuß der Lebendgeborenen ständig kleiner wurde und sich ab 1972 in einen Überschuß der Sterbefälle über die Lebendgeborenen wandelte. Dieser Überschuß belief sich im Jahr 1979 auf 129 748. Er verminderte sich im Jahr 1980 auf 93 460, stieg aber bis 1985 wieder wegen der erneut rückläufigen Geburtenzahlen auf 118 141 an, obwohl die Zahl der Sterbefälle weiterhin rückläufig war.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit, aber auch die Veränderungen der allgemeinen Lebensbedingungen und die Fortschritte in der Medizin, haben wesentlich dazu beigetragen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung ständig zugenommen hat. Nach der Sterbetafel 1871/81 wurde für ein männliches Neugeborenes eine durchschnittliche Lebenserwartung von 35,6 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen eine um drei Jahre höhere durchschnittliche Lebenserwartung (38,5 Jahre) ausgewiesen. Hundert Jahre später hat sich die zu erwartende durchschnittliche Lebensspanne für Neugeborene verdoppelt. Für Knaben ergibt sich aus der Sterbetafel 1983/85 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 71,2 Jahren und für Mädchen von 77,8 Jahren. Der Unterschied der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern hat sich in diesen einhundert Jahren mehr als verdoppelt.

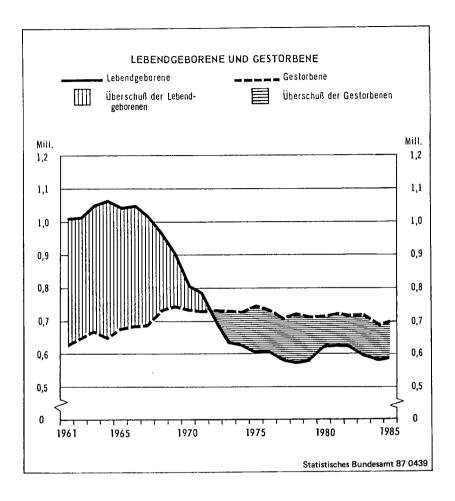
1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung
1.7.1 Sterbefälle*)

	(estorbene		Daru	nter	Überschuß	Allgemeine Sterbe-	
Jahr	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen	der Geborenen (+) bzw. Ge- storbenen (-)	ziffer (Sterbe- fälle bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner)	
1950	528 747	266 895	261 852	45 252	•	+ 284 088	10,5	
1955	581 872	299 280	282 592	34 284	19 699	+ 238 256	11,1	
1960	642 962	332 503	310 459	32 724	20 137	+ 325 667	11,6	
1965	677 628	347 968	329 660	24 947	17 342	+ 366 700	11,5	
1970	734 843	369 975	364 868	19 165	13 301	+ 75 965	12,1	
1975	749 260	371 074	378 186	11 875	6 967	- 148 748	12,1	
1 9 80	714 117	348 015	366 102	7 821	3 904	- 93 460	11,6	
1985	704 296	334 382	369 914	5 244	2 217	- 118 141	11,5	

^{*)} Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

1.7 Sterbefälle und Lebenserwartung 1.7.2 Lebenserwartung in Jahren

77.77	,							
Voll- endetes Alters- jahr	Ge- schlecht	1871/81	1901/10	1932/34	1949/51	1960/62	1970/72	1983/85
0	männlich	35,58	44,82	59,86	64,56	66,86	67,41	71,18
	weiblich	38,45	48,33	62,81	68,48	72,39	73,83	77,79
1	männlich	46,52	55,12	64,43	67,80	68,31	68,20	70,95
	weiblich	48,06	57,20	66,41	71,01	73,46	74,32	77,45
5	männlich	49,39	55,15	61,70	64,47	64,68	64,49	67,09
	weiblich	51,01	57,27	63,56	67,61	69,78	70,56	73,58
10	männlich	46,51	51,16	57,28	59,76	59,88	59,68	62,18
	weiblich	48,18	53,35	59,09	62,84	64,93	65,70	68,66
20	männlich	38,45	42,56	48,16	50,34	50,34	50,21	52,50
	weiblich	40,19	44,84	49,84	53,24	55,17	55,97	58,83
30	männlich	31,41	34,55	39,47	41,32	41,14	41,00	43,05
	weiblich	33,07	36,94	41,05	43,89	45,53	46,30	49,07
40	männlich	24,46	26,64	30,83	32,32	31,91	31,77	33,64
	weiblich	26,32	29,16	32,33	34,67	36,09	36,77	39,44
50	männlich	17,98	19,43	22,54	23,75	23,10	23,05	24,77
	weiblich	19,29	21,35	23,85	25,75	27,00	27,65	30,12
60	männlich	12,11	13,14	15,11	16,20	15,49	15,31	16,92
	weiblich	12,71	14,17	16,07	17,46	18,48	19,12	21,36
70	männlich	7,34	7,99	9,05	9,84	9,60	9,35	10,42
	weiblich	7,60	8,45	9,58	10,42	11,12	11,63	13,46
80	männlich	4,10	4,38	4,84	5,24	5,24	5,36	5,87
	weiblich	4,22	4,65	5,15	5,57	5,85	6,16	7,26
90	männlich	2,34	2,35	2,63	2,66	2,69	2,81	3,55
	weiblich	2,37	2,59	2,72	2,89	3,03	3,16	3,75



1.8 Bevölkerungsvorausschätzung

Die Veränderungen der Geburtenhäufigkeiten von 1964 bis 1974 hatten die Ergebnisse der ersten Vorausschätzungen, die noch von dem hohen Geburtenniveau zu Anfang der sechziger Jahre ausgingen, überholt. Es wurde daher nötig, diese Vorausschätzungen bis 1975 laufend zu revidieren. Seitdem ist eine gewisse Stabilisierung der Geburtenhäufigkeit eingetreten. Eine neue Vorausschätzung wurde 1985 vorgenommen, da 1975 die Entwicklung der Lebenserwartung unterschätzt und Wanderungen bzw. Einbürgerungen nicht adäquat berücksichtigt wurden. Eine Vorausschau der möglichen Entwicklung der Bevölkerung sowohl in ihrer Gesamtheit als auch hinsichtlich ihrer Struktur ist für die von der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu lösenden Aufgaben zu einer unentbehrlichen Ausgangsinformation geworden. Es muß hier aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß alle Vorausschätzungen Modellcharakter haben. Sie zeigen, wie Größenordnungen und Strukturen in einer Bevölkerung aussehen, wenn die zugrunde gelegten Annahmen zutreffen.

Im Gegensatz zur Vorausschätzung der Geburten kann die Weiterentwicklung der zum Basiszeitpunkt bereits lebenden Jahrgänge relativ genau abgeschätzt werden. Das Statistische Bundesamt hat über die Entwicklung der deutschen Bevölkerung eine Modellrechnung unter Zugrundelegung von sog. Status guo-Annahmen durchgeführt. In Anlehnung an die Geburtenentwicklung der deutschen Bevölkerung im 1. Halbjahr 1984 wurde für 1984 und 1985 mit altersspezifischen Geburtenziffern gerechnet, die gegenüber 1983 um 4,3 % reduziert waren; ab 1986 wurde mit den Ziffern des Jahres 1983 gerechnet. Ferner wurde von den Sterblichkeitsverhältnissen der deutschen Bevölkerung im Jahr 1983 ausgegangen, reduziert um 5 %, um eine Anpassung an die geschätzte Zahl der 1984 Gestorbenen zu erreichen. Außerdem wurde für 1984 ein Wanderungssaldo von + 60 000, für 1985 von + 30 000, ab 1986 jährlich eine Abnahme um 1 000, was im Jahr 2003 zu einem Wanderungssaldo von + 12 000 führt. Ab 2004 wird ein ausgeglichener Wanderungssaldo zugrunde gelegt. Im übrigen wurden Einbürgerungen berücksichtigt, die von 14 800 im Jahr 1984 bis auf 23 008 im Jahr 2003 ansteigen. Nach dieser Modellrechnung würde die deutsche Bevölkerung zwischen 1984 und dem Jahr 2000 von 56,6 Mill. auf 54,2 Mill. abnehmen. In der folgenden Tabelle sind die Ergebnisse dieser Modellrechnung für die deutsche Gesamtbevölkerung sowie für die weibliche deutsche Bevölkerung dargestellt. Die weibliche Bevölkerung würde in diesem Zeitraum um 1,8 Mill., die männliche Bevölkerung um 0,6 Mill. zurückgehen. Der Anteil der unter 15jährigen Personen würde in der erwähnten Zeit voraussichtlich von 14,6 % auf 14,7 % (bei den weiblichen Jugendlichen von 13,5 auf 13,9 %) zunehmen, während der Anteil der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen (15 bis unter 65 Jahre) von 69,8 auf 67,0 % (bei den Frauen von 67,0 auf 64,4 %) abnehmen würde.

Bei den älteren Personen (65 Jahre und älter) nimmt deren Anteil hingegen auch bei abnehmender Gesamtzahl zu (1984: 15,6 % und 2000: 18,2 %).

1.8 Bevölkerungsvorausschätzung Modellrechnung für die deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen

				·					
Alter von bis unter Jahren		1990)		199	5		2000)
Insgesamt									
unter 10	. 5	541	000	5	660	500	5	102	900
10 - 20	5	414	100	5	253	900	5	578	700
20 - 25	4	390	200	2	849	400	2	578	400
25 - 50	20	147	000	20	891	500	20	196	800
50 - 60	7	901	200	7	817	200	6	812	200
60 - 65	3	311	700	3	270	800	4	084	700
65 und mehr	9	340	100	9	639	700	9	877	300
Insgesamt	56	045	300	55	383	000	54	231	100
			Weibl	ich					
unter 10	2	698	600	2	756	000	2	484	400
10 - 20	2	643	600	2	562	300	2	718	200
20 - 25	2	149	400	1	394	200	1	260	600
25 - 50	9	925	000	10	270	800	9	933	400
50 - 60	4	005	100	3	978	100	3	449	100
60 - 65	1	759	600	1	703	000	2	129	100
65 und mehr	6	187	700	6	172	400	6	105	700
Zusammen	29	369	200	28	836	700	28	080	600

1.9 Wanderungen innerhalb des Bundesgebietes

Als Wanderung im Sinne der Wanderungsstatistik gilt jedes Beziehen einer Wohnung und jeder Auszug aus einer Wohnung. Die Erfassung der Wanderungsfälle knüpft an die Meldevorgänge im Meldewesen an. 1984 haben rd. 2,5 Mill. Personen ihren Wohnsitz von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde des Bundesgebietes verlegt. In diesen Zahlen sind Umzüge innerhalb einer Gemeinde nicht enthalten. Die Mehrzahl dieser Personen (1,9 Mill., darunter 0,9 Mill. Frauen) waren im Bundesland ihres bisherigen Wohnsitzes verzogen. 634 000 Personen wechselten bei ihrem Umzug auch das Bundesland. Die Mobilität der männlichen Bevölkerung hinsichtlich der Wanderungen zwischen den Ländern des Bundesgebietes ist in der Regel höher als die der weiblichen. 1984 kamen auf 1 000 männliche Personen 11,5 und auf 1 000 weibliche Personen 9,3 Umzüge nach einem anderen Bundesland. Berechnet man für die vorgenannte Personengruppe alters- und geschlechtsspezifische Mobilitätsziffern, so zeigt sich, daß bis zur Altersgruppe der 18bis unter 25jährigen die Mobilität der weiblichen Personen etwa gleich groß wie die der männlichen Personen ist. Dies ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß Kinder und Jugendliche im allgemeinen mit ihren Eltern umziehen. Bis zur Altersgruppe der 50- bis unter 65jährigen bleibt die Mobilität der Frauen dann hinter derjenigen der Männer zurück. 1984 kamen beispielsweise auf 1 000 Männer im Alter von 30 bis unter 35 Jahren 20 Umzüge nach einem anderen Bundesland, auf 1 000 Frauen gleichen Alters hingegen nur 14.

Vergleicht man die alters- und geschlechtsspezifischen Mobilitätsziffern für 1984 und 1974 miteinander, so fällt zweierlei auf: der teilweise beträchtliche Rückgang der Ziffern sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen mittleren Alters sowie die Verringerung der Unterschiede in den Ziffern für beide Geschlechter.

1.9 Wanderungen zwischen den Ländern des Bundesgebietes*)

· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·								
Alter von	Insgesamt		Mär	nnlich	Weiblich			
bis unter Jahren	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	nzahl je I 000 Einwohner		je 1 000 Einwohner		
		[L I II WOITHET]		IT THWOME		<u> </u>		
1974								
	. 50 441	12.2	20. 240	12.5	00 101	12.1		
unter 6	58 441	13,3	30 340	13,5	28 101	13,1		
6 - 18	101 285	8,6	51 694	8,5	49 591	8,6		
18 - 25	261 027	43,6	144 391	47,5	116 636	39,6		
25 - 30	150 379	38,2	95 688	46,8	54 691	28,9		
30 - 35	119 402	25,8	80 142	33,1	39 260	17,8		
35 - 40	74 155	15,1	50 526	19,7	23 629	10,0		
40 - 50	64 172	8,3	42 712	11,0	21 460	5,6		
50 - 65	54 879	5,7	25 211	6,3	29 668	5,2		
65 und mehr	46 004	5,2	17 883	5,4	28 121	5,1		
Insgesamt	929 744	15,0	538 587	18,2	391 157	12,1		
		1984						
unter 6	42 388	11,8	21 656	11,8	20 732	11,9		
6 - 18	54 582	6,6	27 859	6,6	26 723	6,6		
18 - 25	172 396	23,3	86 851	22,8	85 545	23,8		
25 - 30	115 472	24,2	63 757	25,9	51 715	22,4		
30 - 35	73 342	17,2	43 421	19,9	29 921	14,3		
35 - 40	42 937	10,7	26 414	12,8	16 523	8,4		
40 - 50	57 562	6,5	35 356	7,9	22 206	5,1		
50 - 65	39 383	3,7	19 560	3,9	19 823	3,4		
65 und mehr	35 494	3,9	11 636	3,7	23 858	4,0		
Insgesamt	633 556	10,4	336 510	11,5	297 046	9,3		

^{*)} Wanderungsstatistik.

1.10 Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes

Im Jahre 1985 sind rd. 512 000 (davon 284 000 männliche und 228 000 weibliche) Personen über die Grenzen des Bundesgebietes zugezogen und mehr als 429 000 (davon 243 000 männliche und 186 000 weibliche) Personen fortgezogen. Der Anteil der Frauen betrug 44 bzw. 43 %. Die Ausländer hatten an den 941 000 Wanderungsfällen einen Anteil von 82 %. An den 173 000 Zu- und Fortzügen deutscher Personen über die Grenzen des Bundesgebietes waren im Jahre 1985 zu mehr als der Hälfte Frauen beteiligt. Dieses Verhältnis entspricht in etwa auch der Geschlechterrelation in der deutschen Bevölkerung. Bei den Wanderungen ausländischer Personen überwogen dagegen die Männer mit einem Anteil von deutlich mehr als der Hälfte (57,7 %). Dieser Anteil liegt aber etwas unter dem der männlichen Personen an der ausländischen Bevölkerung im Bundesgebiet (1985: 54,5 %).

Zwischen 1970 und 1975 hatte sich die Zahl der Zuzüge von Frauen über die Grenzen des Bundesgebietes um 40,2 % verringert. Da im gleichen Zeitraum die Anzahl der Zuzüge von männlichen Personen noch stärker zurückgegangen war (66,2 %), erhöhte sich der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der zugezogenen Personen von 33,5 % im Jahr 1970 auf 47,1 % im Jahr 1975. Dieses hing im wesentlichen damit zusammen, daß von den verheirateten Ausländern viele zunächst ohne ihre Familien in die Bundesrepublik Deutschland gekommen waren und erst später, nachdem sie als Arbeitnehmer festen Fuß gefaßt hatten, ihre Familien nachkommen ließen.

Von 1975 bis 1980 nahm die Zahl der Zuzüge über die Grenzen des Bundesgebietes sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen wieder zu. Von dem Zuwanderungsüberschuß an Ausländern des Jahres 1980 (246 250 Personen) entfielen 35,0 % auf Personen weiblichen Geschlechts; bei dem um knapp zwei Drittel geringeren Überschuß des Jahres 1981 belief sich dieser Anteil auf 56,8 %. In den darauf folgenden Jahren (bis einschl. 1984) waren zunehmend größere Abwanderungsüberschüsse von Ausländern zu verzeichnen, von denen ein zunehmender Anteil auf Ausländerinnen entfiel: Sie machten 1982 19,7, 1983 32,4 und 1984 39,3 % des Saldos aus.

Die Entwicklung der Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes war 1985 durch eine beachtliche Verringerung der Abwanderung bei gleichzeitigem Anstieg der Zuwanderung (von männlichen und weiblichen

Personen sowohl insgesamt als auch ausländischer Nationalität) gekennzeichnet. Erstmals seit 1981 war der Zuwanderungsüberschuß bei allen Frauen sowie bei den Ausländerinnen größer als der jeweilige Überschuß bei den Männern.

1.10 Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes^{*)}

1-1-	Zuzi	üge	Fort	züge	Sa1 do		
Jahr	insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner	
			Männlich				
1970 1975 1980 1981 1982 1983 1984	713 255 241 255 463 926 362 398 233 057 202 497 248 125 284 474	24,5 8,2 15,7 12,3 7,9 6,9 8,5 9,7	340 311 402 775 270 497 292 158 305 044 287 127 344 432 243 165	11,7 13,7 9,2 9,9 10,4 9,8 11,8 8,3	+ 372 944 - 161 520 + 193 429 + 70 240 - 71 987 - 84 630 - 96 307 + 41 309	+ 12,8 - 5,5 + 6,6 + 2,4 - 2,9 - 3,3 + 1,4	
1.)		da	ar. Auslände	•			
1970 ¹) 1975 1980 1981 1982 1983 1984	668 296 198 336 403 670 301 474 185 506 156 185 185 973 229 036	392,6 89,2 156,7 113,9 71,6 62,1 77,3 93,8	310 281 376 134 243 511 264 230 274 984 256 767 315 431 213 985	182,3 169,1 94,5 99,8 106,2 102,1 131,1 87,6	+ 358 015 - 177 798 + 160 159 + 37 244 - 89 478 - 100 582 - 129 458 + 15 051	+ 210,3 - 79,9 + 62,2 + 14,1 - 34,6 - 40,0 - 53,8 + 6,2	
			Weiblich				
1970 1975 1980 1981 1982 1983 1984	359 187 214 857 289 510 262 655 187 697 169 530 208 968 227 634	11,2 6,7 9,0 8,2 5,8 5,3 6,6 7,2	158 086 252 515 170 992 180 561 191 101 202 035 263 808 185 552	5,0 7,8 5,3 5,6 6,0 6,3 8,3 5,8	+ 201 101 - 37 658 + 118 518 + 82 094 - 3 404 - 32 505 - 54 840 + 42 082	+ 6,3 - 1,2 + 3,7 + 2,6 - 0,1 - 1,0 - 1,7 + .1,3	
1.		dar	. Ausländeri	nnen			
1970 ¹) 1975 1980 1981 1982 1983 1984	307 936 168 982 228 615 200 486 136 943 120 263 147 324 170 915	297,3 100,8 114,9 96,7 65,8 58,4 73,7 83,8	124 371 224 237 142 524 151 520 158 914 168 422 231 026 153 734	120,1 133,7 71,6 73,1 76,3 81,8 115,6 75,4	+ 183 565 - 55 255 + 86 091 + 48 966 - 21 971 - 48 159 - 83 702 + 17 181	+ 177,2 - 33,0 + 43,3 + 23,6 - 10,6 - 23,4 - 41,9 + 8,4	

^{*)} Wanderungsstatistik.

¹⁾ Wanderungen über die Auslandsgrenzen.



2 Haushalte und Familien

Seit der ersten Volkszählung im Deutschen Reich am 1. Dezember 1871 wird der Privathaushalt als Erhebungseinheit angesehen. Bis einschließlich der Zählung im Jahre 1895 wurden die Privathaushalte nur in Ein- und Mehrpersonenhaushalte unterschieden, erst ab der Volkszählung im Dezember 1900 wurden die Mehrpersonenhaushalte auch nach der Haushaltsgröße aufgeschlüsselt.

Eine eigenständige Familienstatistik besteht in der Bundesrepublik Deutschland, seitdem im Oktober 1957 der Mikrozensus als laufende Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens erstmals durchgeführt wurde. Um den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Betrachtung des Haushaltes und der Betrachtung der Familie zu zeigen, gleichzeitig aber auch die enge Verbindung zwischen diesen beiden Formen statistisch sichtbar zu machen, wurde damals ein neues Konzept der Haushalts- und Familienstatistik entwickelt. In den vorangegangenen Erhebungen konnten nur die Familien, die in Einfamilienhaushalten ohne familienfremde Personen lebten, nachgewiesen werden. Die Aufgabe des neuen Konzepts lag insbesondere darin, die Haushaltstypen, wie sie in der Volkszählung 1950 erstmals angewendet worden waren, zu erweitern und eine Familienstatistik zu entwickeln sowie Kombinationsmöglichkeiten zwischen den Haushalts- und Familientypen zu schaffen. Die Grundlage dieser Familienstatistik ist nach wie vor die Erfassung der Haushalte, die, sofern es sich um Mehrfamilienhaushalte handelt, in einzelne Familien untergliedert werden. methodische Weg führt zu dem statistischen Familienbegriff, der vom Zusammenleben im Haushalt ausgeht und somit Elterngeneration und die mit ihr zusammenlebenden ledigen Kinder umfaßt.

Die Wandlungen der Familienstruktur sind nur über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg in Zahlen faßbar. Trotzdem ist der Trend der Verkleinerung der Familien in seinen Ansätzen bereits zu erkennen. Dieser Trend bedeutet, ausgehend von der statistischen Familiendefinition, Verringerung der Kinderzahl und Zunahme alleinlebender, verwitweter und geschiedener Personen.

2.1 Haushalte nach ihrer Größe

Der Begriff Privathaushalt bezieht sich auf zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen, die untereinander sowohl verwandt als auch nicht verwandt sein können. Zu den Haushalten zählen auch Personen, die für sich allein leben und wirtschaften. Personen mit mehreren Wohnungen können an jedem dieser Wohnsitze im Rahmen der Haushaltszählung erfaßt werden.

Die Entwicklung der Privathaushalte seit 1950 ist durch eine deutliche Zunahme ihrer Zahl gekennzeichnet. Im Juni 1985 wurden fast 11 Mill. Haushalte mehr als im Jahre 1950 festgestellt. Diese Zunahme wird vor allem von den Einpersonenhaushalten getragen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um gut das Zweifache zunahm. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte stieg von 18,5 auf 33,6 % in diesem Zeitraum. Die Zahl der Mehrpersonenhaushalte nahm hingegen weniger stark zu: Sie stieg um 5,0 Mill. (prozentuale Zunahme + 39,8 %) auf 17,5 Mill. im Juni 1985. Hier war in letzter Zeit nur noch eine ganz geringe Zunahme zu verzeichnen. 1974 bis 1985 stieg die Zahl der Mehrpersonenhaushalte um 1,6 % an. Sollte der bisherige Verlauf der Entwicklung auch in nächster Zukunft noch anhalten, so wird hier eine Stagnation oder sogar ein Rückgang zu erwarten sein, während die Zahl der Einpersonenhaushalte weiterhin zunehmen dürfte.

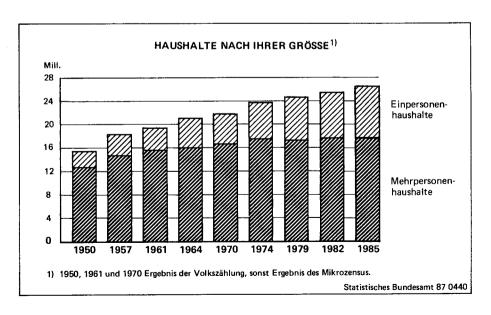
In den meisten Einpersonenhaushalten leben Frauen. Im September 1950 belief sich ihr Anteil auf 60,5 %. In den folgenden Jahren stieg dieser Anteil um rd. 10 Prozentpunkte an und lag bis vor wenigen Jahren um 70 %. Im Juni 1985 waren es 64,9 %. Der Anteil der allein lebenden Frauen an der Gesamtzahl aller Haushalte ist von 11,2 % im Jahre 1950 auf 21,8 % im Jahre 1985 angewachsen, während der entsprechende Anteil der allein lebenden Männer im gleichen Zeitraum nur von 7,3 auf 11,8 % angestiegen ist.

2.1 Haushalte nach ihrer Größe*)

			Einpersone	nhaushalte	Anteil der Einpersonen-
Zeitpunkt	Insgesamt	Mehr- personen- haushalte	zusammen	dar. von Frauen	haushalte von Frauen an allen Einpersonen- haushalten
		1 (000		%
13. 9. 1950 ¹⁾	15 371	12 522	2 849	1 723	60,5
0kt. 1957 ²)	18 141	14 788	3 353	2 424	72,3
6. 6. 1961	19 460	15 450	4 010	2 754	68,7
April 1964	20 848	16 000	4 848	3 527	72,8
27. 5. 1970	21 991	16 464	5 527	3 931	71,1
April 1974	23 651	17 221	6 431	4 582	71,2
April 1979	24 486	17 133	7 353	5 158	70,1
April 1982	25 336	17 410	7 926	5 419	68,4
Juni 1985	26 367	17 504	8 863	5 755	64,9

^{*) 1950, 1961} und 1970 Ergebnis der Volkszählung, sonst Ergebnis des Mikrozensus. -1950 Wohnbevölkerung, 1957 bis 1964 wohnberechtigte Bevölkerung, ab 1970 Bevölkerung in Privathaushalten.

²⁾ Ohne verheiratet getrenntlebende Bezugspersonen.



¹⁾ Ohne Saarland und Berlin.

2.2 Haushalte nach Größe und Einkommen

Die monatlichen Nettoeinkommen der Privathaushalte verteilen sich relativ ungleichmäßig über die Breite der Einkommensskala. Dies ist nicht nur darin begründet, daß die Einkommen der Haushaltsmitglieder – z.B. entsprechend der beruflichen Stellung bzw. Qualifikation oder aber wöchentlichen Arbeitszeit – unterschiedlich hoch sind, vielmehr spielen hierbei auch die Zahl der Personen im Haushalt oder deren Lebensalter eine gewichtige Rolle: Auf einen großen Haushalt, der sich überwiegend aus Erwerbstätigen zusammensetzt, entfällt ein höheres Einkommen als auf einen kleineren mit nur einem erwerbstätigen Haushaltsmitglied. Daraus resultiert, daß mehr als der Hälfte (55,9 %) der Haushalte mit drei und mehr Personen im Juni 1985 ein monatliches Nettoeinkommen von 2 500 DM oder mehr zufloß. Bei den Zweipersonenhaushalten betrug dieser Anteil hingegen 39,1 %, bei den Einpersonenhaushalten nur 8,5 %.

Haushalte von "Alleinstehenden", d.h. von ledigen, verheiratet getrenntlebenden, verwitweten oder geschiedenen Personen (jeweils mit oder ohne Kinder, Verwandten usw.) hatten weniger häufig höhere Einkommen: Im Juni 1985 bezogen 15,4 % der Haushalte von Alleinstehenden, gegenüber 34,9 % aller Haushalte, ein monatliches Nettoeinkommen von 2 500 DM oder mehr. Bei den Haushalten von alleinstehenden Frauen lag dieser Anteil bei 11,5 %, bei denen von alleinstehenden Männern hingegen bei 22,5 %.

Die Unterschiede in der Einkommensstruktur der Haushalte von männlichen und weiblichen Alleinstehenden können sich kaum aus der Zahl sonstiger im Haushalt lebender Personen erklären, da es hier nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede gibt: Von den 7,5 Mill. Haushalten von alleinstehenden Frauen waren 76,6 % Einpersonenhaushalte, 15,9 % umfaßten zwei und weitere 7,5 % drei oder mehr Personen. Der Anteil der alleinlebenden Männer (Einpersonenhaushalte) an den Haushalten von alleinstehenden Männern war mit 75,4 % geringfügig niedriger; der Anteil der Zweipersonenhaushalte war mit 18,9 % etwas höher, derjenige der größeren Haushalte mit 5,7 % wiederum etwas geringer. Die Erklärung ist in der unterschiedlichen Alters- und Erwerbsstruktur der männlichen bzw. weiblichen Alleinstehenden und den daraus resultierenden Einkommensunterschieden zu suchen.

2.2 Haushalte im Juni 1985 nach Größe und Einkommen*) 1 000

Haushalte	7	Hau	shaltsn	ettoe	inko	men	vor	•••	b	is un	tei	· · · ·	DM	Son-
mit Person(en)	Ins- gesamt	unter	600	1 20	0 1	800	2	500	3	000	4	000	5 000	Haus-1)
rer sont en /		600	1 200	1 80	0 2	500	3	000	4	000	5	000	und mehr	halte ¹
				In	sges	am+								
				1(1	aye a	aiii Ç								
1	8 863	532	2 585	2 73	4 1	568		331		262		77	79	694
2	7 861 9 643	87 25	522 179	1 34 63	7 2	134 095	,	949 288		302	,	457	369	694
Insgesamt		644	3 287	4 71		797		568		075 638	_	052 587	973 1 421	1 317 2 705
			dan	. All	oinc.	tahar	402	?)						
			uar	• 711	C 1113	cener	ue							
1	8 863	532	2 585	2 73	4 1	568		331		262		77	79	694
2	1 971 797	53 14	208 73	33 10		496 138		235 82		318 128		93 67	60 57	175
Zusammen		598	2 867	3 17		202		647		707		238	196	129 999
				d	avon	:								
				M	änne	r								
1	3 107	180	566	90	c	716		100		140		6.4		•
2	778	9	42	8	8	746 196		166 114		149 168		53 51	59 40	28 4 70
3 und mehr . Zusammen	234 4 119	/ 192	10 618	1 01		37 979		30 310		44 361		26 130	26 125	41 395
					•	3,3		010		501		130	125	393
				F	rauei	1								
1	5 755 1 193	352	2 020	1 82		823		165		113		25	20	410
23 und mehr .	563	44 11	166 63	24 9:	2	300 101		121 52		149 84		42 41	20 30	105 88
Zusammen	7 511	406	2 249	2 16	5 1	224		338		347		108	71	604

 ^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.
 1) Haushalte, deren Bezugsperson Selbständiger Landwirt oder Mithelfender Familienangehöriger ist sowie ohne Angabe.

²⁾ Ledige, verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete oder Geschiedene.

2.3 Haushalte nach Größe und Ländern

Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Den mit Abstand höchsten Wert wies im Juni 1985 Rheinland-Pfalz mit 245 Personen je 100 Haushalte auf. Es folgten Baden-Württemberg mit 240, das Saarland und Niedersachsen mit 239, Hessen mit 234 und Bayern mit 233 Personen je 100 Haushalte.

Nordrhein-Westfalen (232) lag nur etwas über dem Bundesdurchschnitt von 231 Personen. Als einziger Flächenstaat blieb Schleswig-Holstein mit 230 Personen knapp unter diesem Durchschnitt, den die Stadtstaaten Bremen mit 200, Hamburg mit 194 und Berlin mit 181 Personen deutlich unterschritten.

Die Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau war, hatten eine etwas andere Verteilung. Hier lag Schleswig-Holstein mit 152 Personen je 100 Haushalte an der Spitze, während Bremen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland mit 140 Personen knapp dem Bundesdurchschnitt von 141 entsprachen. Die Differenzen sind bei dieser Gruppe von Haushalten wesentlich geringer. Der Unterschied zwischen dem höchsten Durchschnittswert (Schleswig-Holstein 152) und dem niedrigsten (Hamburg 134) betrug 18 Personen, gegenüber 64 Personen bei allen Haushalten.

In den durchschnittlichen Haushaltsgrößen der Länder drücken sich unterschiedliche Verteilungen der Haushalte nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder aus. So ist die unterdurchschnittliche Haushaltsgröße in den Stadtstaaten auch dadurch bedingt, daß in Bremen 41,5 %, in Hamburg 44,8 % und in Berlin 51,5 % aller Haushalte Einpersonenhaushalte sind. Den niedrigsten Anteil von Einpersonenhaushalten hatte Rheinland-Pfalz mit 27,8 %. Unter den Haushalten, in denen die Bezugsperson eine Frau war, betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte insgesamt 73,3 %; Berlin (75,9 %) und Hamburg (76,2 %) wiesen die höchsten, Schleswig-Holstein (68,3 %) und Rheinland-Pfalz (69,7 %) wiesen die niedrigsten Anteile dieser Haushalte auf.

2.3 Haushalte im Juni 1985 nach Größe und Ländern*)

***************************************	T	Da	avon mit	Pe	rson(er)	Haus-	Per-
	Ins-		1	1		5	halts-	sonen
Land	gesamt	1	2	3	4	und	mit-	је
]			i		mehr	glieder	Haushalt
				1 000				Anzah1
	mit	männlio	cher Bez	ugspers	on			
Schleswig-Holstein	788	129	296	164	141	58	2 088	2,65
Hamburg	504	133	199	89	63	21	1 155	2,29
Niedersachsen	2 147	310	782	461	380	215	5 966	2,78
Bremen	211	49	90	37	24	11	496	2,35
Nordrhein-Westfalen	5 012	796	1 791	1 139	878	408	13 511	2,70
Hessen	1 697	268	586	387	324	132	4 602	2,71
Rheinland-Pfalz	1 089	136	383	259	213	98	3 055	2,81
Baden-Württemberg	2 781	473	892	577	559	280	7 742	2,78
Bayern	3 344	561	1 153	730	599	301	9 117	2,73
Saarland	323	42	112	89	58	23	887	2,75
Berlin (West)	613	211	226	95	59	22	1 304	2,13
Bundesgebiet	18 510	3 107	6 509	4 027	3 297	1 569	49 921	2,70
	mi+	waihlia	cher Bez	zuac nare	: On			
						_	E24	1 60
Schleswig-Holstein	352	240	66	28	13	5	534	1,52
Hamburg	295	225	49	15	5	/	395	1,34
Niedersachsen	869	637	149	54	20	9	1 231	1,42
Bremen	121	89	21	120	/	/	170	1,40
Nordrhein-Westfalen	2 125	1 546	374	130	54	22	3 016	1,42
Hessen	665	490	111	43	15	7	934	1,40
Rheinland-Pfalz	399	278	76	28	9	7	590	1,48
Baden-Württemberg	1 084	806	176	65	26	11	1 515	1,40
Bayern	1 403	1 034	241	87	28	13	1 958	1,40
Saarland	117	86	20	8	/	/,	165	1,40
Berlin (West)	427	324	71	21	103	/	578	1,35
Bundesgebiet	7 857	5 755	1 352	487	183	80	11 085	1,41
		Ins	sgesamt					
Schleswig-Holstein	1 140	369	362	192	154	63	2 622	2,30
Hamburg	799	358	248	104	68	22	1 550	1,94
Niedersachsen	3 016	947	930	515	401	224	7 197	2,39
Bremen	333	138	110	46	27	12	666	2,00
Nordrhein-Westfalen	7 137	2 343	2 164	1 269	932	430	16 527	2,32
Hessen	2 362	758	697	430	338	139	5 536	2,34
Rheinland-Pfalz	1 488	414	459	288	222	105	3 645	2,45
Baden-Württemberg	3 865	1 279	1 068	642	585	291	9 256	2,40
Bayern	4 746	1 595	1 394	817	626	314	11 074	2,33
Saarland	441	127	132	97	60	24	1 052	2,39
Berlin (West)	1 040	535	297	116	68	25	1 882	1,81
Bundesgebiet	26 367	8 863	7 861	4 514	3 480	1 649	61 006	2,31
Dulluesyen let	.20 307	0 000	, 001	4 314	5 400	1 043	01 000	-,

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

2.4 Haushalte nach Größe und Gemeindegrößenklassen

Zwischen der Haushaltsgröße und der Einwohnerzahl der Gemeinden besteht insofern ein Zusammenhang, daß der Anteil der großen Haushalte in kleinen Gemeinden deutlich größer ist als in Großstädten. Umgekehrt ist in den Großstädten ein erheblich größerer Anteil kleiner Haushalte festzustellen: Im Juni 1985 umfaßten von den Haushalten in Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern 18,1 % vier und weitere 12,0 % fünf oder mehr Personen. In den Großstädten mit 100 000 oder mehr Einwohnern beliefen sich diese Anteile auf nur 9,4 bzw. 3,5 %. Dafür bestanden dort mehr als sieben von zehn Haushalten aus einer oder zwei Personen (42,5 % Ein- und 30,1 % Zweipersonenhaushalte). In den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern betrugen deren Anteile hingegen lediglich 22,4 bzw. 28,1 %.

Im Bundesdurchschnitt entfielen 231 Personen auf 100 Haushalte. In den Gemeinden mit bis zu 5 000 Einwohnern betrug dieser Mittelwert 276 und in Gemeinden mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern 254 Personen je 100 Haushalte. Die durchschnittliche Haushaltsgröße übertraf auch in den Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern mit 233 Personen je 100 Haushalte knapp den Bundesdurchschnitt. Nur in den Großstädten mit 100 000 oder mehr Einwohnern, die 38,5 % aller Privathaushalte und 33,7 % der Bevölkerung in Privathaushalten umfaßten, lag dieser Mittelwert mit 202 Personen je 100 Haushalte deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtheit. Dort konzentrierte sich fast die Hälfte (48,6 %) der Alleinlebenden (Einpersonenhaushalte), aber nur ein gutes Fünftel (21,2 %) der Haushalte mit fünf oder mehr Personen war dort ansässig.

Haushalte, in denen die Bezugsperson eine Frau ist, unterscheiden sich in ihrer Verteilung nicht wesentlich von der Gesamtheit aller Haushalte. Abgesehen davon, daß diese Haushalte durchschnittlich weniger Personen umfassen, sind auch hier die größeren Haushalte eher auf die kleineren Gemeinden konzentriert, die kleineren dagegen auf die Großstädte.

Im Juni 1985 betrug in dieser Gruppe die durchschnittliche Zahl der Personen je 100 Haushalte insgesamt 141. Dabei lagen auch hier die Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern mit 153, 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern mit 147 und die mit 20 000 bis unter 100 000

2.4 Haushalte im Juni 1985 nach Größe und Gemeindegrößenklassen*)

Gemeinden		Dá	avon mi	t Pe	erson(e	i)	Haus-	Per-
von bis unter	Ins- gesamt	1	2	3	4	5 und mehr	halts- mit- glieder	sonen je Haushalt
Einwohnern		-	7-2-1-1	1 000	·		giredei	Anzahi
	mit	männlic	her Bez	ugspers	on			
unter 5 000 5 000 - 20 000 20 000 - 100 000 100 000 und mehr Zusammen	2 477 4 515 4 951 6 567 18 510	226 524 752 1 605 3 107	769 1 500 1 777 2 463 6 509	563 1 061 1 114 1 289 4 027	551 948 915 884 3 297	368 482 393 327 1 569	7 694 13 125 13 422 15 681 49 921	3,11 2,91 2,71 2,39 2,70
	mit	weiblic	her Bez	ugspers	on			
unter 5 000 5 000 - 20 000 20 000 - 100 000 100 000 und mehr Zusammen	708 1 528 2 039 3 582 7 857	488 1 084 1 477 2 706 5 755	127 270 361 594 1 352	54 109 134 191 487	25 43 48 67 183	15 22 19 23 80	1 085 2 244 2 893 4 863 11 085	1,53 1,47 1,42 1,36 1,41
		Ins	gesamt					
1	3 185 6 043 6 990 10 149 26 367	714 1 608 2 229 4 311 8 863	896 1 770 2 138 3 057 7 861	617 1 170 1 248 1 480 4 514	575 991 963 951 3 480	383 504 412 350 1 649	8 778 15 369 16 315 20 544 61 006	2,76 2,54 2,33 2,02 2,31

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

Einwohnern mit 142 über dem Durchschnitt . Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern lagen mit 136 Personen je 100 Haushalte weniger deutlich unter dem Durchschnitt, als dies bei der Gesamtheit der Haushalte der Fall war.

2.5 Einpersonenhaushalte nach Alter und Familienstand

Im Juni 1985 war die Mehrheit der in Einpersonenhaushalten lebenden Personen bis zu 45 Jahren ledig. In der Altersgruppe bis unter 25 Jahren waren dies 96,9 %, in der Altersgruppe der 25- bis unter 45-jährigen immerhin noch 70,6 %. Von den Alleinlebenden im Alter von 45 bis unter 65 Jahren waren rd. vier Zehntel (37,7 %) und von denjenigen, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet hatten, sogar 82,6 % verwitwet. In den beiden Altersgruppen der 25- bis unter 45- und der 45- bis unter 65jährigen waren jeweils 17,7 % bzw. 22,7 % der Alleinlebenden geschieden.

Die Aufgliederung der alleinlebenden Frauen nach Alter und Familienstand ergibt ein ähnliches Bild, das sich aber in einigen Aspekten deutlich von dem aller Einpersonenhaushalte unterscheidet. Zwar waren auch hier in den beiden unteren Altersgruppen (bis unter 45 Jahre) die Ledigen mit ähnlichen Prozentsätzen vertreten (96,5 % bzw. 70,0 %), jedoch war in der Altersgruppe der 45- bis unter 65jährigen der Anteil der Verwitweten mit 49,9 % erheblich größer. Der Anteil der Witwen an den Frauen im Rentenalter (65 Jahre oder mehr) entsprach mit 83,9 % in etwa dem bei den Einpersonenhaushalten insgesamt. Der Anteil der Geschiedenen in den beiden mittleren Altersgruppen weicht von den Anteilswerten aller Einpersonenhaushalte geringfügig ab: Bei den 25- bis unter 45jährigen alleinlebenden Frauen ist der Anteil der Geschiedenen mit 20,1 % höher, während er bei den 45bis unter 65jährigen mit 19,3 % niedriger ist als die entsprechenden Werte (17,7 % bzw. 22,7 %) der Geschiedenen aller Einpersonenhaushalte.

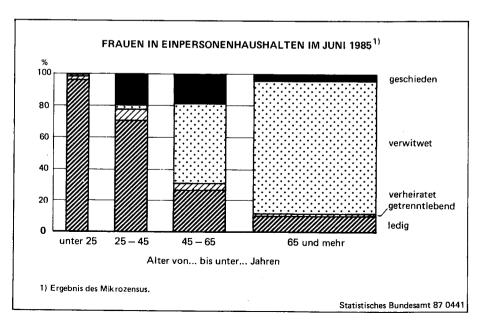
Bei den alleinlebenden ledigen Frauen fällt die relativ gleichmäßige Verteilung über die Altersgruppen auf. Bei den verheiratet Getrennt-lebenden entfiel dagegen auf die beiden mittleren Altersgruppen (25 bis unter 45 und 45 bis unter 65 Jahren) ein Anteil von fast drei Viertel (74,8 %). In ähnlicher Weise konzentrierten sich die alleinlebenden geschiedenen Frauen mit 72,0 % auf die Altersgruppen der 25-bis unter 65jährigen. Von den Witwen, die mit 57,0 % die größte Gruppe der alleinlebenden Frauen darstellen, waren hingegen weit mehr als drei Viertel (79,3 %) 65 Jahre oder älter.

2.5 Einpersonenhaushalte im Juni 1985 nach Alter und Familienstand*)

4	α	O.C	
1			

			Familie	enstand	
Alter von bis unter Jahren	Insgesamt	ledig	verheiratet getrennt- lebend	verwitwet	geschieden
		Män	ner		
unter 25 25 - 45 45 - 65 65 und mehr Insgesamt	481 1 331 722 573 3 107	469 945 260 63 1 736	8 161 145 25 339	/ 9 110 435 554	/ 216 207 50 478
		Fra	uen		
unter 25 25 - 45 45 - 65 65 und mehr Insgesamt	523 811 1 321 3 100 5 755	504 568 350 316 1 738	12 62 57 28 158	/ 19 659 2 600 3 279	6 163 256 156 581

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.



2.6 Einpersonenhaushalte nach Alter und Erwerbstätigkeit

Der Anteil der Frauen an den in Einpersonenhaushalten Lebenden ist insgesamt erheblich größer als der entsprechende Anteil der Männer (64,9 zu 35,1 %), wenn auch deutliche Unterschiede in den einzelnen Altersgruppen bestehen und zum Beispiel die Einpersonenhaushalte von 25- bis unter 45jährigen überwiegend von Männern geführt werden. Hinsichtlich der Beteiligung am Erwerbsleben sowie der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen sind z.T. wesentliche Abweichungen von diesen Anteilswerten festzustellen: Im Juni 1985 waren "nur" 46,2 % der alleinlebenden Erwerbstätigen Frauen. Bei den alleinlebenden Nichterwerbstätigen betrug der Anteil dagegen 76,6 %.

Unter den alleinlebenden Erwerbstätigen war der Anteil der Frauen in der Gruppe der Angestellten am höchsten (61,2 %). In den anderen Kategorien der Stellung im Beruf lag der Anteil der Frauen dagegen unter dem Durchschnittswert von 46,2 %; er erreichte bei den Beamten 38,2, bei den Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen 35,7 % und bei den Arbeitern 29,0 %.

Bezogen auf die alleinlebenden erwerbstätigen Frauen war die Gruppe der Angestellten mit 65,0 %, der Arbeiterinnen mit 20,8 %, der Beamtinnen mit 7,3 % sowie der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen mit 6,9 % vertreten. Von den alleinlebenden erwerbstätigen Männern waren hingegen nur 35,5 % Angestellte. Hier stellten die Arbeiter mit 43,7 % die größte Gruppe. Die drittgrößte Gruppe bildeten mit 10,6 % die Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen, gefolgt von den Beamten mit 10,2 %.

Der Anteil der alleinlebenden erwerbstätigen Frauen an den alleinlebenden Erwerbstätigen ging mit zunehmendem Alter zunächst zurück, um anschließend wieder deutlich anzusteigen. Ausgehend von 54,2 % in der jüngsten Altersgruppe, fiel er auf 41,7 % bei den 25- bis unter 35jährigen und erreichte mit 35,0 % bei den 35- bis unter 45jährigen seinen niedrigsten Stand. In der nächsthöheren Altersgruppe (45 bis unter 55 Jahre) stieg er mit 44,3 % wieder auf einen Wert, der knapp über dem der zweitjüngsten Altersgruppe lag. In den beiden letzten Altersgruppen (55 bis unter 65 Jahre sowie 65 Jahre oder älter) waren von den alleinlebenden Erwerbstätigen sogar 64,9 % bzw. 66,7 % Frauen.

2.6 Einpersonenhaushalte im Juni 1985 nach Alter und Erwerbstätigkeit*)

1 000

Beteiligung am Erwerbsleben	Ins-	Davon		von			
	gesamt	unter	25	35	45	55	65 und
Stellung im Beruf		25	35	45	55	65	mehr
			•				
		Männer					
Erwerbstätige	1 832	298	616	423	343	131	21
Selbständige und Mit- helfende Familienange- hörige	195	9	54	- 55	41	23	13
dar. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	180	9	52	52	37	19	12
Beamte	186	34	73	42	27	10	/
Angestellte	650	91	268	156	91	41	/
Arbeiter	801	164	222	171	184	58	/
Nichterwerbstätige	1 275	184	205	86	92	156	553
dar. Rentner	854	50	56	27	44	131	547
Insgesamt	3 107	481	821	510	435	287	573
		Fraue	en				
Erwerbstätige	1 576	352	441	228	273	241	42
Selbständige und Mit- helfende Familienange- hörige	108	/	18	16	20	26	26
dar. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft	98	/	18	15	19	22	22
Beamte	115	14	46	23	17	15	-
Angestellte	1 025	256	326	153	158	124	9
Arbeiter	. 328	79	50	37	78	77	7
Nichterwerbstätige	. 4 179	171	104	39	101	706	3 058
dar. Rentner	. 3 852	41	30	16	69	671	3 024
Insgesamt	. 5 755	523	545	267	374	947	3 100

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

2.7 Familien mit Kindern

Als Familie wird in der Familienstatistik die Eltern-Kind-Gemeinschaft angesehen, die in einem Haushalt zusammenlebt. Diese umfaßt sowohl Ehepaare als auch die sogenannte Ein-Eltern-Familie. Sie bezieht aber auch kinderlose Ehepaare sowie Alleinlebende (verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete und Geschiedene) mit ein. Nicht einbezogen sind die Kinder, die aus dem elterlichen Haushalt ausgeschieden sind bzw. eine eigene Familie gegründet haben.

Im Juni 1985 gab es im Bundesgebiet 23,2 Millionen Familien, von denen die überwiegende Zahl (63,9 %) aus Ehepaaren mit oder ohne Kinder bestand. Bei etwas mehr als der Hälfte der Familien (55,1 %) handelte es sich um solche, in denen keine ledigen Kinder lebten. Während sich diese zu jeweils fast der Hälfte aus Ehepaaren (48,3 %) und Alleinstehenden (51,7 %) zusammensetzten, bestanden die Familien mit ledigen Kindern weit überwiegend (83,1 %) aus Ehepaaren. Bei den Alleinstehenden mit ledigen Kindern überwogen wiederum die Frauen bei weitem (84,4 %). Dieser hohe Anteil wurde lediglich bei den verheiratet Getrenntlebenden wesentlich unterschritten (77,4 %), während er bei den Verwitweten (84,9 %), den Geschiedenen (85,0 %) und bei den Ledigen (87,8 %) etwas höher lag.

Gut zwei Fünftel der alleinstehenden Frauen mit Kindern (42,8 %) war verwitwet, aber auch die Geschiedenen stellten mit 34,1 % eine beachtliche Gruppe dar; die Ledigen (12,5 %) und die verheiratet Getrenntlebenden (10,6 %) spielten hingegen eine wesentlich geringere Rolle. Insgesamt zählte jedoch die überwiegende Mehrheit (76,5 %) der in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Frauen zu den sog. "Restfamilien", in denen zum Zeitpunkt der Erfassung keine ledigen Kinder lebten. Auch gut zwei Fünftel der alleinstehenden Männer mit Kindern (41,2 %) war verwitwet; ein knappes Drittel (32,7 %) war geschieden. Der Anteil der verheiratet Getrenntlebenden war mit 16,7 % um die Hälfte höher als bei den Frauen; dafür betrug der Anteil der Ledigen (9,4 %) rd. ein Viertel weniger. Der Anteil der alleinstehenden Männer ohne Kinder an der Gesamtzahl der in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Männer war mit 86,6 % deutlich höher als bei den alleinstehenden Frauen.

2.7 Familien im Juni 1985 mit Kindern*)

				M·	it Kinder	n	
Familienstand	Ins- gesamt	Ohne Kinder	ohne Alters- be- grenzung	unter 18	unter 15 Ja	unter 6 hren	unter 3
Familien Ehepaare Alleinstehende ledig verh. getrennt- lebend verwitwet geschieden dar. alleinstehende Frauen ledig verh. getrennt- lebend verwitwet	23 153 14 799 8 354 212 782 5 351 2 010 6 311 186 355 4 540	12 758 6 164 6 594 x 579 4 602 1 414 4 825 x 198 3 904	10 395 8 635 1 760 212 203 749 596 1 486 186	7 338 6 397 941 176 155 184 426 803 157	5 812 5 128 684 159 120 102 303 595 143 101 84	2 779 2 513 266 111 54 17 85 242 102 48 15	1 612 1 476 136 72 25 7 32 124 65

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Die ledigen Kinder, die mit alleinstehenden Männern bzw. Frauen in einer Familie zusammenleben, sind im Durchschnitt etwas älter als die mit Ehepaaren zusammenlebenden. Dies zeigt sich daran, daß im Juni 1985 der Anteil der Alleinstehenden an den Familien mit Kindern unter 18 Jahren (= 12,8 %) vergleichsweise höher war als an den Familien mit Kindern im Alter unter 6 Jahren (= 9,6 %). Der Vergleich der Altersstruktur der Kinder alleinstehender Frauen zeigt dagegen, daß der Anteil der Frauen an den Alleinstehenden mit Kindern unter 18 Jahren (= 85,3 %) etwas niedriger als bei den Alleinstehenden mit Kindern im Alter unter 6 Jahren (= 91,0 %) ist. Daraus läßt sich schließen, daß die Kinder alleinstehender Frauen im Durchschnitt etwas jünger sind als die Kinder, die mit alleinstehenden Männern zusammen leben.

2.8 Ausländische Familien mit Kindern

Von den 23,2 Mill. Familien, die im Juni 1985 im Bundesgebiet lebten, waren 1,5 Mill. (6,4 %) "Ausländerfamilien" Der Anteil der Ehepaare war hier mit 71,9 % deutlich höher als in der Gesamtheit aller Familien, die in der Bundesrepublik in einem Haushalt lebten. Dagegen lag der Anteil der Familien, in denen zum Zeitpunkt der Erfassung keine Kinder lebten, mit 39,7 % erheblich niedriger. Hauptursache für diese Unterschiede ist die von der Gesamtheit der Bevölkerung des Bundesgebietes abweichende Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung.

Nur eine kleine Minderheit (10,5 %) der Familien mit Kindern bestand hier aus solchen, in denen alleinstehende Mütter oder alleinstehende Väter mit ihren Kindern zusammenlebten, wobei bemerkenswert ist, daß der Anteil der alleinstehenden Mütter hier mit 75,7 % deutlich niedriger ist als in der Gesamtheit (84,4 %). Vor allem bei den Ledigen und den verheiratet Getrenntlebenden ist dieser Anteil mit 75,2 bzw. 62,3 % vergleichsweise niedrig. Bei den Verwitweten ist er dagegen mit 82,2 % nur geringfügig niedriger, bei den Geschiedenen mit 86,4 % sogar etwas höher als in der Gesamtheit der "Ein-Eltern-Familien".

Gut ein Drittel (36,2 %) der alleinstehenden ausländischen Frauen mit Kindern waren geschieden. Die verheiratet Getrenntlebenden und die Witwen bildeten mit 27,2 % bzw. 19,0 % die beiden nächstgrößeren Gruppen, während die Ledigen mit gut einem Sechstel (17,6 %) den kleinsten Anteil ausmachten.

In 38,3 % der 0,9 Mill. "Ausländerfamilien" 1) mit ledigen Kindern lebte im Juni 1985 ein Kind. Der Anteil der Familien mit zwei Kindern war mit 36,9 % ein wenig niedriger, während der Anteil der Familien mit drei oder mehr Kindern mit 24,8 % ein Viertel ausmachte. Bei den Ehepaaren lag der Anteil der Ein-Kind-Familien etwas niedriger (35,2 %), die Anteile der Familien mit zwei bzw. drei oder mehr Kindern lagen etwas höher (38,3 % bzw. 26,5 %).

¹⁾ Familien mit ausländischer Bezugsperson.

2.8 Ausländische Familien im Juni 1985 mit Kindern^{*})

	Tma	Ohma	М	it K	ind(ern)		
Familienstand	Ins- gesamt	Ohne Kinder	zu- sammen	1	2	3 und mehr	Kinder
Familien	1 471	584	887	339	328	220	1 777
Enepaare	1 057	264	794	280	304	210	1 637
Alleinstehende	414	320	93	60	24	10	141
ledigverh. getrennt-	17	x	17	14	1	1	20
lebenď	221	190	31	19	8	1	47
verwitwet	74	58	16	9	5	'/	28
geschiedendar. alleinstehende	102	72	30	18	9	,	45
Frauen	168	97	71	43	20	8	109
ledigverh. getrennt-	12	x	12	10	/	7	15
lebend	42	23	19	10	6	/	32
verwitwet	58	45	13	7	/	,	23
geschieden	55	30	26	15	8	,	39

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Dagegen war bei den Alleinstehenden der Anteil der Familien mit einem Kind (64,0 %) deutlich höher, die Anteile der Familien mit zwei bzw. drei oder mehr Kindern waren mit 25,7 bzw. 10,3 % erheblich niedriger.

Von den 1,8 Mill. Kindern in "Ausländerfamilien" lebte die weit überwiegende Mehrzahl (rd. 1,6 Mill. = 92,1 %) bei Ehepaaren; nur 141 000 (7,9 %) lebten mit alleinstehenden Müttern oder Vätern zusammen. Gut drei Viertel dieser Kinder lebten bei einer alleinstehenden Mutter.

¹⁾ Familien mit ausländischer Bezugsperson.

2.9 Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder

Die durchschnittliche Zahl der Kinder je Familie hat sich im Verlauf der letzten fünfzehn Jahre verringert: Entfielen 1970 auf 100 Familien 189 Kinder, so waren es 1985 noch 169. Der seit etwa zwei Jahrzehnten zu beobachtende Geburtenrückgang hat sich auf die äurchschnittliche Kinderzahl der Familien bis 1985 noch nicht sehr stark ausgewirkt, da die Kinder aus den geburtenstarken Jahrgängen der sechziger Jahre noch überwiegend in ihren elterlichen Familien lebten. Erst wenn sie in den folgenden Jahren das Alter erreichen, in dem Kinder üblicherweise die elterlichen Familien verlassen, wird sich der Geburtenrückgang auch in der durchschnittlichen Zahl der Kinder je Familie deutlicher niederschlagen.

Die durchschnittliche Zahl der Kinder in den "Ausländerfamilien" hat sich hingegen deutlich anders entwickelt. Sie stieg von 190 Kindern je 100 Familien im Jahre 1970 auf 200 im Jahre 1985. Hier wirken sich nicht nur die im Vergleich zu den Deutschen höheren Geburtenzahlen der im Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen aus, sondern auch die Zuwanderung ausländischer Kinder im Zuge der Familienzusammenführung.

Im Durchschnitt leben bei Ehepaaren aufgrund der unterschiedlichen Altersstrukturen mehr Kinder als bei Alleinstehenden. Insgesamt hat sich diese Differenz aber verringert. Lebten 1970 bei 100 Ehepaaren im Durchschnitt 196 Kinder, so waren es 1985 nur 175. Die durchschnittliche Zahl der Kinder je 100 "Alleinerziehende" ging hingegen von 148 in 1970 auf 139 in 1985 zurück.

Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern: Während bei den deutschen Ehepaaren diese Zahl von 196 in 1970 auf 172 in 1985 zurückging, stieg sie bei den ausländischen von 195 auf 206 an. Während die durchschnittliche Kinderzahl der Alleinstehenden bei den Ausländern in diesem Zeitraum bei 152 bzw. 151 stagnierte, ging sie bei den Deutschen von 148 Kindern je 100 Alleinstehende in 1970 auf 139 in 1985 zurück.

¹⁾ Familien mit ausländischer Bezugsperson.

2.9 Durchschnittliche Zahl der in Familien lebenden ledigen Kinder*

Kinder je 100 Familien

Familienstand	Ir	isge sam1	t	Deuts	che Fami	ilien	Aus1änd	dische	Familien
	1970	1975	1985	1970	1975	1985	1970	1975	1985
Familien	189	188	169	189	188	166	190	191	200
Ehepaare	196	194	175	196	193	172	195	195	206
Alleinstehende	148	153	139	148	153	139	152	144	151
davon:									
alleinstehende									
Männer 1)	157	149	135	157	149	135	141	148	140
verh. getrennt-									
lebend	195	149	138	209	158	141	142	137	128
verwitwet	149	152	141	149	151	140	150	171	179
geschieden	148	149	132	149	148	130	122	170	155
alleinstehende									
Frauen	147	153	140	147	153	139	159	142	155
ledig	120	121	114	119	121	114	148	118	120
verh. getrennt-									
lebend	161	175	156	161	183	155	157	139	169
verwitwet	145	149	137	145	149	137	170	170	169
geschieden	162	169	148	162	170	147	150	141	153

^{*) 1970} Ergebnis der Volkszählung; 1975 der EG-Arbeitskräftestichprobe und 1985 des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz.

In der Aufgliederung nach dem Geschlecht zeigt sich zunächst, daß sich die durchschnittlichen Kinderzahlen der alleinstehenden Mütter und der alleinstehenden Väter insgesamt von 1970 bis 1985 unterschiedlich entwickelt haben, wobei diese Zahl je 100 alleinstehender Mütter mit 147 auf 140 weniger stark abgenommen hat als diejenige je 100 alleinstehender Väter, die von 157 auf 135 abgenommen hat. Bei den ausländischen Alleinstehenden hat sich die durchschnittliche Kinderzahl im gleichen Zeitraum anders entwickelt: Während sie bei den Frauen von 159 auf 155 Kinder abnahm, blieb sie bei den Männern mit 141 bzw. 140 Kindern je 100 Alleinstehende fast gleich.

¹⁾ Einschl. einer geringen Zahl lediger Väter.

2.10 Familien und Erwerbstätigkeit

Von den 14,8 Mill. Ehepaaren im Juni 1985 waren in 5,1 Mill. Fällen (34,4 %) beide Ehepartner erwerbstätig. Bei 5,5 Mill. Ehepaaren (37,4 %) war nur der Ehemann und bei 0,5 Mill. Ehepaaren (3,7 %) nur die Ehefrau erwerbstätig. Die Zahl der Ehepaare, in denen beide Partner keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, betrug 3,6 Mill. (24,5 %). Von den in der Familienstatistik erfaßten 2,0 Mill. alleinstehenden Männern waren 1,0 Mill. (49,8 %) erwerbstätig, bei den 6,3 Mill. alleinstehenden Frauen hingegen 1,4 Mill. (22,2 %).

Bei rd. 63 % der Ehepaare, in denen nur der Ehemann erwerbstätig war, lebte mindestens ein Kind im Alter von weniger als 18 Jahren. Der Anteil der Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren an den Ehepaaren, in denen beide Partner erwerbstätig waren, war mit 48,6 % ebenfalls recht hoch. Deutlich niedriger war dieser Anteil jedoch bei den Ehepaaren, von denen nur die Ehefrau erwerbstätig war (27,1 %) bzw. bei denen beide Partner nicht erwerbstätig waren (7,7 %). Bei letzteren spielt sicherlich das Alter der Ehepartner eine Rolle, da es sich hierbei weit überwiegend um Rentner und Rentnerinnen handelt, deren Kinder in der Regel nicht mehr in der elterlichen Familie leben.

Von den 8,4 Mill. in der Familienstatistik erfaßten Alleinstehenden waren nur 28,9 % erwerbstätig; von diesen wiederum lebten 23,5 % mit mindestens einem ledigen Kind unter 18 Jahren zusammen. Dabei war der entsprechende Anteil der Männer mit 10,8 % wesentlich niedriger als der der Frauen mit 32,7 %.

Hinsichtlich der beruflichen Stellung der erwerbstätigen Ehepaare ergibt sich eine deutliche Übereinstimmung zwischen den meisten Ehepartnern: So waren im Juni 1985 64,6 % der Arbeiterinnen mit Arbeitern verheiratet. Von den selbständig oder als mithelfende Familienangehörige tätigen Ehefrauen waren 60,5 % mit einem Mann in der gleichen beruflichen Stellung verheiratet. Nur bei den Beamtinnen sowie bei den weiblichen Angestellten entstammte in weniger als der Hälfte der Fälle der Ehepartner der gleichen Gruppe. Die Frauen, die mit einem Mann in der gleichen beruflichen Stellung verheiratet waren, bildeten jedoch auch hier mit 38,7 % bei den Beamtinnen bzw. 38,3 % bei den weiblichen Angestellten die mit deutlichem Abstand größten Gruppen.

2.10 Familien und Erwerbstätigkeit im Juni 1985^{*)} 1 000

			Ehefr	au bzw. al	leinstehende	Bezugsperso		
Beteiligung am Erwerbsleben				erwerbstä	tig			cht stätig
Stellung im Beruf des Ehemannes Alleinstehende nach Geschlecht	Ins- gesamt	zu- sammen	Selb- ständige und Mit- helfende Familien- ange- hörige	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zu- sammen	dar. mit überw. Lebens- unter- halt durch Rente u. dgl.
			Ehepaare					
Erwerbstätig	10 630	5 095	844	242	2 533	1 476	5 535	164
Selbständige und Mithelfende						1 470	3 333	104
Familienangehörige	1 547	1 123	544	28	457	94	425	27
Beamte	1 158	511	32	103	305	72	646	13
Angestellte	3 401	1 483	121	89	1 061	212	1 918	54
Arbeiter	4 524	1 978	147	22	710	1 098	2 546	70
Nichterwerbstätig dar. mit überwiegendem Lebensunterhalt durch	4 168	543	55	23	240	224	3 625	1 229
Rente u. dgl	3 765	391	84	9	150	147	3 374	1 209
Insgesamt	14 799	5 638	899	266	2 774	1 700	9 161	1 393
,		Α.	 1einstehend	e ¹⁾				
Männer	2 043	1 017	150	76	295	496	2 043	874
Frauen	6 311	1 401	165	62	730	445	6 311	4 648
Insgesamt	8 354	2 418	315	137	1 025	941	8 354	5 522
	Ehep	aare mit l	edigen Kinde	rn unter 1	8 Jahren			
Erwerbstätig Selbständige und Mithelfende	5 969	2 477	451	146	1 132	749	3 492	23
Familienangehörige	790	569	265	18	239	47	221	/
Beamte	679	257	19	64	138	36	422	/
Angestellte	1 885	668	73 94	53	443	99	1 217	.8
Arbeiter	2 615	983	94	12	312	566	1 632	11
Nichterwerbstätig dar. mit überwiegendem Lebensunterhalt durch	428	147	15	8	59	65	281	34
Rente u. dgl	205	57	8	1	21	28	148	29
Zusammen	6 397	2 625	466	154	1 191	813	3 773	57
Allei	instehende	mit ledige	n Kindern ur	iter 18 Jah	ren			
Männer	138	109	17	9	34	50	138	13
Frauen	803	459	34	24	248	153	803	207
Zusammen	941	568	50	33	282	203	941	220
Lu SanAllett	. 371	J 0 6	50	33	202	203	341	دد٥

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

¹⁾ Verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete, Geschiedene mit oder ohne Kinder sowie Ledige mit Kindern.

2.11 Familien und Einkommen

Die Aufgliederung der Ehepaare nach dem monatlichen Nettoeinkommen der Ehepartner zeigt nicht nur erhebliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch, daß die Eheschließung für viele Frauen gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein eigenes Einkommen ist. Im Juni 1985 verfügten 47,0 % der 14,8 Mill. Ehefrauen über kein eigenes Einkommen. Bei den in der Familienstatistik erfaßten alleinstehenden Frauen (verheiratet getrenntlebende, verwitwete, geschiedene) war der Prozentsatz derjenigen, die z.B. von Angehörigen unterhalten werden, mit 1,2 % verschwindend gering. Gleiches gilt für die alleinstehenden Männer sowie für die Ehemänner, von denen nur 1,2 bzw. 0,8 % ohne eigenes Einkommen waren.

Dreizehn von zwanzig Ehefrauen (64,8 %), von denen Einkommensangaben vorlagen, bezogen im Juni 1985 monatliche Nettoeinkommen von weniger als 1 200 DM. Von den Ehemännern entfielen nur 8,0 % auf diese Einkommensklasse. Hier lag das Schwergewicht mit 37,6 % im Bereich zwischen 1 800 und 2 500 DM; 24,0 % der Ehemänner bezogen 1 200 bis unter 1 800 DM sowie 30,4 % 2 500 DM oder mehr im Monat. Die Ehefrauen waren in den beiden oberen Einkommensklassen lediglich mit 9,8 bzw. 4,2 % vertreten.

Der Anteil der Ehefrauen ohne eigenes Einkommen steigt bis zur Nettoeinkommenshöhe des Ehemannes von 4 000 bis unter 5 000 DM an: Bei
einem Nettoeinkommen des Ehemannes von weniger als 600 DM verfügten
21,3 % der Ehefrauen über kein eigenes Einkommen. Bei den Ehepaaren,
bei denen das Nettoeinkommen des Ehemannes zwischen 600 und 1 200 DM
betrug, belief sich dieser Anteil bereits auf 37,9 % und bei denen
mit einem Nettoeinkommen von 1 200 bis unter 1 800 DM auf 40,5 %. In
der nächsthöheren Einkommensklasse (1 800 DM bis unter 2 500 DM)
waren 51,1 % der Ehefrauen ohne eigenes Einkommen und bei den Ehepaaren, in denen der Ehemann 4 000 bis 5 000 DM netto bezog, belief
sich dieser Anteil auf 57,9 %. Daraus läßt sich der Schluß ziehen,
daß mit steigendem Einkommen des Ehemannes für die Ehefrauen die
Notwendigkeit, ein eigenes Einkommen zu erzielen, offensichtlich
geringer wird.

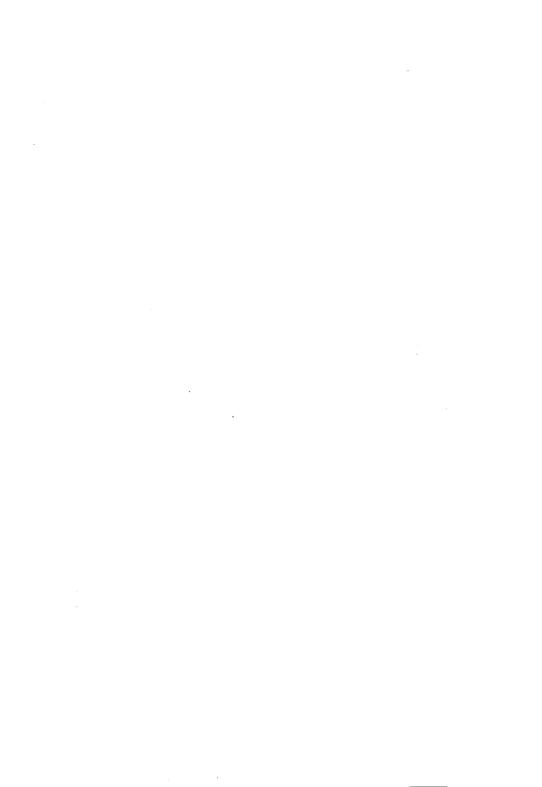
2.11 Familien und Einkommen im Juni 1985*) 1 000

Monatliches Nettoeinkommen des Ehemannes			Monatli	ches Nettoe bzw. der Al	inkommen de leinstehend	r Ehefrau en		
von bis unter DM	lns-		2.00	von	. bis unter	DM		Son-1) stige
Alleinstehende nach Geschlecht	gesamt	kein Einkommen	unter 600	600 - 1 200	1 200	1 800 2 500	2 500 und mehr	stige
			Ehepaare					
Kein Einkommen	119 179 906 3 272 5 133 1 387 1 546 619 599 1 038	/ 38 343 1 326 2 625 758 867 359 312 329 6 962	6 57 215 583 678 149 139 50 48 21	21 29 194 648 869 222 224 77 62 35 2 380	40 25 70 506 472 88 107 43 42 25	28 13 29 75 276 74 76 28 38 16	15 6 12 18 34 46 67 25 48 9	5 11 42 116 178 50 67 36 49 604
		Al	leinstehend	le ²⁾				
Männer Frauen Insqesamt	2 043 6 311 8 354	24 73 97	84 490 573	352 2 353 2 706	596 1 887 2 483	545 817 1 362	314 290 604	128 402 530

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen werden auch bei den Alleinstehenden deutlich: Während 48,7 % der alleinstehenden Frauen, von denen Einkommensangaben vorlagen, monatliche Nettoeinkommen von weniger als 1 200 DM bezogen, belief sich der entsprechende Anteil bei den alleinstehenden Männern lediglich auf 23,1 %. Am oberen Ende der Einkommensskala lagen dagegen die Anteile der Männer deutlich über denen der Frauen: 16,6 % der alleinstehenden Männer gegenüber 5,0 % der alleinstehenden Frauen erzielten monatliche Nettoeinkommen in Höhe von 2 500 DM oder mehr.

Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft, Mithelfende Familienangehörige sowie ohne Angabe.
 Verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete, Geschiedene mit oder ohne Kinder sowie Ledige mit Kindern.



3 Frauen im Berufsleben

Der Eintritt in das Erwerbsleben ist heute für Frauen selbstverständlich. Auf den Verlauf des Erwerbslebens wirken zum einen Anforderungen des familiären Bereichs ein, die sich in der Aufgabe der Erwerbstätigkeit und einer späteren, oftmals mit Schwierigkeiten verbundenen Wiederaufnahme sowie der Besetzung von Teilzeitarbeitsplätzen äußern können. Daneben bestimmen auch Faktoren wie die Ausbildung und die Berufswahl die Ausgestaltung der Erwerbstätigkeit der Frauen, die etwa durch das Erreichen bestimmter beruflicher Positionen, das Erwerbseinkommen oder auch durch Arbeitslosigkeit zu kennzeichnen ist.

Auskunft über Frauen im Berufsleben geben vor allem Ergebnisse des Mikrozensus, der nicht nur Daten über wirtschaftliche und soziale, sondern auch familienbezogene Tatbestände liefert. Daneben werden im folgenden Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik, der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel, der Arbeitskräftestichproben in der Landwirtschaft, der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes sowie der Arbeitslosenstatistik und der Statistik über berufliche Förderungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit herangezogen.

3.1 Erwerbsbeteiligung

Die Erwerbsbeteiligung läßt sich durch die Erwerbsquoten, d. h. den Anteil der Erwerbstätigen und -losen an der Bevölkerung, ausdrücken. Der Vergleich der Erwerbsquoten der Frauen insgesamt von 1970 und 1985 zeigt einen deutlichen Anstieg ihrer Erwerbsbeteiligung an. Je nach Familienstand und Altersgruppe ergeben sich aber erhebliche Unterschiede. In der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen Frauen war 1985 gegenüber 1970 ein starker Rückgang der Erwerbsbeteiliqung zu verzeichnen, der - wie auch bei der männlichen Bevölkerung - auf eine Verlängerung der Ausbildungsdauer hinweist. Demgegenüber stieg die Erwerbsbeteiligung der mittleren Altersgruppen stark an (bis zu 35 %), während sich im Alter entsprechend dem auch bei den Männern zu verzeichnenden Trend Rückgänge abzeichnen. Der Rückgang in der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen war bei den ledigen Frauen am stärksten; ihre Erwerbsquote sank um 36 %. Bei den verheirateten Frauen dieser Altersgruppe war im gleichen Zeitraum dagegen nur eine Abnahme der Erwerbsbeteiligung von 12 % zu beobachten. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung setzte sich bei den ledigen Frauen in den Altersgruppen der 20- bis unter 25jährigen (- 8 %) und 25- bis unter 35jährigen (- 3 %) noch fort, während bei den gleichaltrigen verheirateten Frauen relativ starke Zunahmen der Erwerbsbeteiligung festzustellen waren (+ 19 % bzw. + 37 %). Darüber hinaus hatten von 1970 bis 1985 die Erwerbsquoten der verheirateten Frauen in den darüber liegenden Altersgruppen bis unter 60 Jahre ebenfalls deutlich zugenommen, während sich die Erwerbsbeteiligung der gleichaltrigen ledigen Frauen, abgesehen von kleineren Schwankungen, kaum veränderte. Sehr stark zurückgegangen ist - wie bei der männlichen Bevölkerung die Erwerbsbeteiligung vom 60. Altersjahr an. Die Erwerbsquote der 65 Jahre und älteren Frauen hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert.

Die Verlaufsform der Erwerbsbeteiligung aller Frauen wird entscheidend durch die Veränderungen in der Gruppe der verheirateten Frauen bestimmt. Die Erwerbsbeteiligung der ledigen Frauen entspricht, mit etwas niedrigerem Niveau, derjenigen der männlichen Bevölkerung.

3.1 Erwerbsbeteiligung*)
Erwerbspersonen auf 100 Männer bzw. Frauen nach Altersgruppen
(Erwerbsquoten)

Jahr	Ins- gesamt ¹⁾	Alter von bis unter Jahren							
		15 - 20	20 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 60	60 - 65	65 und mehr
				Männer					
1970	59,2 57,1 58,4 60,3	66,9 57,2 48,5 47,9	86,8 79,9 82,0 80,1	96,2 94,2 93,7 91,9	98,1 98,1 98,2 97,7	95,2 95,1 95,1 95,1	87,3 85,7 82,3 79,1	69,4 58,3 44,2 33,0	16,1 11,0 7,4 5,4
				Frauen					
1970	30,9 32,6	64,4 50,6 41,4 41,9	67,1 68,4 71,1 73,8	47,9 53,9 59,5 64,4	47,1 50,5 55,1 61,8	46,3 49,4 49,6 54,0	34,7 38,4 38,7 37,8	17,8 16,4 13,0 10,9	5,8 4,4 3,0 2,1
				davon:					
			Le	dige Frauer	ı				
1970	28,2	64,9 50,1 40,9 41,7	84,4 75,3 76,9 77,6	89,0 83,7 85,8 86,2	88,0 90,0 89,7 90,8	84,5 87,1 87,4 85,0	74,7 77,7 77,2 75,7	37,6 35,6 26,3 19,4	11,4 9,1 6,5 4,5
			Vert	neiratete Fr	rauen				
1970	39,1 40,6	58,2 57,9 55,3 51,4	54,2 62,1 62,3 64,7	41,4 48,9 53,2 56,5	41,4 46,2 50,7 56,6	39,6 42,9 44,5 49,4	28,7 31,8 31,8 31,7	15,1 14,1 11,2 9,4	6,4 4,9 3,2 2,6
			Verwitwete	und geschie	edene Frauer	1			
1970 1975 1980	20,3 19,3	75,0 / /	79,0 81,8 80,2 71,7	75,2 80,3 80,2 82,3	69,9 72,4 77,6 85,8	54,2 62,2 63,0 71,0	35,6 42,5 44,9 45,8	16,7 15,7 12,8 11,4	4,3 3,2 2,2 1,5

^{*) 1970} Ergebnis der Volkszählung, 1975 Ergebnis der EG-Arbeitskräftestichprobe, 1980 und 1985 Ergebnisse des Mikrozensus.

¹⁾ Einschl. der unter 15jährigen.

3.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen

Einen der Schwerpunkte der jährlichen Mikrozensuserhebungen bildet die Untersuchung des Umfangs und der Struktur der Erwerbstätigkeit. Von besonderem Interesse ist dabei die Verteilung der Erwerbstätigen nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen. Im Vergleich der Erwerbstätigen nach diesem Merkmal ergeben sich von 1973 bis 1985 teilweise erhebliche Veränderungen. Besonders auffallend ist dabei der kontinuierliche Rückgang der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft. Fischerei von rd. 1.9 Mill. im Jahre 1973 auf rd. 1.3 Mill. in 1985. Dieser Veränderung steht im gleichen Zeitraum eine Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen, zu denen z.B. auch die Erwerbstätigen im Gastgewerbe, Reinigungsgewerbe, in Bildung und Wissenschaft und im Gesundheitswesen, ferner bei den "Gebietskörperschaften" und der "Sozialversicherung" zählen, gegenüber. Auch im Kredit- und Versicherungswesen hat es einen deutlichen Zuwachs gegeben. Andere Wirtschaftsabteilungen, wie z.B. der "Handel" oder "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", weisen im Beobachtungszeitraum vergleichsweise geringere Veränderungen bei der Zahl der in diesen Wirtschaftsabteilungen erwerbstätigen Personen auf.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen, die 1973 knapp unter 10 Mill. Personen lag, ging in den darauffolgenden Jahren zunächst zurück, stieg dann aber wieder an und betrug im Jahre 1985 10,2 Mill. Bei den erwerbstätigen Frauen ist im Beobachtungszeitraum entsprechend dem allgemeinen Trend eine starke Zunahme in den Dienstleistungsbereichen zu verzeichnen, während sich in der "Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" ein Rückgang von 1,025 Mill. erwerbstätigen Frauen im Jahre 1973 auf 591 000 1985 ergab. Dieser Rückgang ist stärker ausgeprägt als bei den Männern, was sich daraus ergibt, daß 1973 über die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft Frauen waren (53,1 %), während 1985 mehr Männer als Frauen (46,8 %) in der Landwirtschaft erwerbstätig waren. Eine überdurchschnittliche Zunahme weiblicher Erwerbstätiger ist bei den "Gebietskörperschaften Sozialversicherung" eingetreten (30,0 %). Bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe waren 1985 ein Viertel mehr Frauen beschäftigt als 1973. Der gleiche Zuwachs ergab sich für alle Erwerbstätigen in diesem Bereich. 1985 waren die meisten Frauen im Dienstleistungsbereich tätig, während 1973 der größte Teil im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe gearbeitet hatte.

3.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen*) 1 000

					·
Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	1973	1976	1979	1982	1985
	Insges	amt			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Energie- und Wasserversorgung,	1 932	1 612	1 441	1 346	1 262
Bergbau	540	535	517	552	512
Verarbeitendes Gewerbe	-12 407	11 206	11 355	11 172	10 583
Handel	3 306	3 095	3 154	3 211	3 268
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	1 556	1 525	1 528	1 517	1 512
Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe Dienstleistungen, soweit von	762	783	840	899	951
Unternehmen und Freien Berufen erbracht 2)	3 717	4 053	4 374	4 764	5 406
	425	402	466	545	465
Sozial versicherung 2)	2 422	2 542	2 672	2 769	2 667
Insgesamt	27 066	25 752	26 347	26 774	26 626
	Frau	en			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Energie- und Wasserversorgung,	1 025	837	723	655	591
Bergbau	44	46	49	49	46
Verarbeitendes Gewerbe	3 230	2 858	2 845	2 765	2 603
	1 817	1 713	1 769	1 818	1 808
	298	286	311	325	346
Kreditinstitute und Versiche- rungsgewerbe Dienstleistungen, soweit von	366	378	403	441	457
Unternehmen und Freien Berufen erbracht 2)	2 287	2 503	2 714	2 941	3 282
und Private Haushalte 2) Gebietskörperschaften und	293	259	302	360	290
Sozialversicherung 2)	616	700	747	829	800
Zusammen	9 974	9 580	9 860	10 182	10 225

^{*)} Ergebnisse des Mikrozensus.

¹⁾ Ab 1985 neue Systematik der Wirtschaftszweige; Verarbeitendes Gewerbe und Bau-

gewerbe in einer Summe, um Zeitvergleiche zu ermöglichen. 2) Anstalten und Einrichtungen, die Dienstleistungen erbringen, wie z.B. Krankenhäuser, Schulen, sind im Mikrozensus den Dienstleistungsunternehmen zugeordnet.

3.3 Erwerbstätige Frauen nach Stellung im Beruf

Ein wichtiges Gliederungsmerkmal der Erwerbstätigen ist die sog. "Stellung im Beruf". Hierbei wird nach "Selbständigen" und "Mithelfenden Familienangehörigen" einerseits und "abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter)" andererseits unterschieden. Im Juni 1985 waren von den 10,225 Mill. erwerbstätigen Frauen 9,062 Mill. abhängige Erwerbstätige (88,6 %). Der Anteil der Selbständigen und der Mithelfenden Familienangehörigen an den erwerbstätigen Frauen betrug dagegen nur 5,5 bzw. 5,9 %. Von den 601 000 weiblichen Mithelfenden Familienangehörigen arbeitete der größte Teil in der Land- und Forstwirtschaft (430 000).

Die meisten Selbständigen unter den Frauen waren im Dienstleistungssektor mit 259 000 - davon die Hälfte im Alter von 25 bis unter 45 Jahren - zu finden. Bezogen auf alle in diesem Sektor tätigen Frauen waren es 5,4 %. Unter den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Frauen waren 10,2 % Selbständige (60 000); es war dies innerhalb der Wirtschaftsbereiche der höchste Anteil weiblicher Selbständiger. Im Bereich Handel und Verkehr betrug der Anteil der als Selbständige tätigen Frauen 8,2 % (176 000) und im Produzierenden Gewerbe 2,5 % (67 000). Als abhängig Erwerbstätige arbeiteten ebenfalls die weitaus meisten Frauen im Dienstleistungssektor, nämlich 4,5 Mill. (49,8 % aller abhängig erwerbstätigen Frauen). Im Produzierenden Gewerbe waren es 2,5 Mill. Frauen, im Handel und Verkehr 1,9 Mill. und in der Land- und Forstwirtschaft 101 000, die im Juni 1985 als Abhängige tätig waren.

Die Selbständigen und die Mithelfenden Familienangehörigen waren im Durchschnitt älter als die abhängig Beschäftigten: 50,0 % der selbständig bzw. 61,6 % der als Mithelfende Familienangehörige erwerbstätigen Frauen waren 45 Jahre oder älter, während sich der Anteil dieser Altersgruppe bei den abhängig beschäftigten Frauen nur auf 27,7 % belief.

3.3 Erwerbstätige Frauen im Juni 1985 nach Stellung im Beruf *)
1 000

	Ins-	Im Alter von bis unter Jahren								
Stellung im Beruf	gesamt	15 - 25	25 - 45	45 - 65	65 u. mehr					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Selbständige Mithelfende Familienangehörige . Abhängige	60 430 101	/ 21 42	19 140 27	34 232 30	/ 38 /					
Zusammen	591	64	186	296	45					
Produzierendes Gewerbe										
Selbständige Mithelfende Familienangehörige . Abhängige	56	/ / 629	31 21 1 129	28 32 763	/ / 6					
Zusammen		633	1 180	823	13					
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung										
Selbständige Mithelfende Familienangehörige . Abhängige	176 53 1 925	6 / 549	76 18 828	80 29 543	15 5 /					
Zusammen		556	921	652	25					
Übri	Übrige Wirtschaftsbereiche									
Selbständige	62	9 / 1 179	135 28 2 165	99 27 1 144	15 5 22					
Zusammen		1 191	2 328	1 270	42					
Insgesamt										
Selbständige Mithelfende Familienangehörige . Abhängige	562 601 9 062	21 26 2 398	260 206 4 149	242 319 2 480	39 51 34					
Insgesamt	10 225	2 445	4 616	3 040	124					

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

3.4 Auszubildende nach Ausbildungsberufen

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden hat sich von 1975 (35,4 %) bis 1985 (40,6 %) erhöht. Im Bereich Pflanzenbau, Tierzucht und Fischerei war die Zunahme relativ am stärksten (von 17,8 auf 35,7 %). In den Fertigungsberufen, in denen auch 1985 die relativ größte Zahl Auszubildender anzutreffen war (48,6 % aller Auszubildenden), ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 1975 auf 1985 um 4,2 Prozentpunkte angestiegen, fiel aber mit 8,9 % auch 1985 kaum ins Gewicht. Bei den technischen Berufen hingegen war im gleichen Zeitraum ein deutlicher Anstieg von 37,7 auf 53,2 % festzustellen, während sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden in den Dienstleistungsberufen nur leicht von 71,3 auf 74,9 % erhöhte.

Zu den typischen "Frauenberufen" zählen hierbei die Floristen (1985 = 95,3 % weibliche Auszubildende), Buchhändler (82,2 %), Drogisten (94,3 %), Apothekenhelfer (99,6 %), Reiseverkehrskaufleute (81,2 %), Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen (80,6 %) oder die Friseure (92,9 %). Dabei fällt auf, daß in einigen dieser Berufe sich die Tendenz, weibliche Auszubildende einzustellen, gegenüber 1975 noch verstärkt hat. Eine deutlich ansteigende Tendenz im Bereich der technischen Berufe zeigt sich z.B. bei den Technischen Zeichnern, bei denen der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 34,7 % im Jahre 1975 auf 54,2 % im Jahre 1985 zugenommen hat. Ähnliche Zunahmen sind im Bereich der Fertigungsberufe z.B. bei den Konditoren (von 19,4 auf 44,8 %) und noch stärker bei den Schriftsetzern (von 8,5 auf 54,9 %) festzustellen, bei letzteren wohl vor allem aufgrund des Einsatzes neuer Techniken. In anderen Berufen, zumeist im Dienstleistungssektor, zeigt sich eine rückläufige Tendenz auf z.T. relativ hohem Niveau: So betrug z.B. bei den Friseuren der Anteil weiblicher Auszubildender 1975 96,0 % und 1985 92,9 %.

3.4 Auszubildende nach Ausbildungsberufen*)

Berufsbereich ¹⁾	1	1975			1985	
Augh i 1 dungahanuf	insgesamt	weibl	ich	insgesamt	weibl	
Ausbildungsberuf	1 0	000	%	1	000	%
Pflanzenbauer, Tierzüch- ter, Fischereiberufe	31,7	5,6	17,8	55,8	19,9	35,7
darunter: Florist (IH)	4,5	4,2	93,2	10,3	9,8	95,3
Bergleute, Mineral-	1,7	_	· _	10,1	_	_
Fertigungsberufe	663,7	31,0	4,7	890,5	79,0	8,9
Schriftsetzer (IH, Hw)	3,7	0,3	8,5	2,9	1,6	54,9
Zahntechniker (Hw)	7,8	3,0	38,1	10,9	5,2	48,1
Augenoptiker (Hw)	5,2	2,5	47,6	5,6	3,5	62,2
Konditor (Hw)	6,1	1,2	19,4	10,2	4,6	44,8
Kerammaler (IH)	0,2	0,1	47,3	0,3	0,2	64,2
Technische Berufe	48,8	18,4	37,7	49,5	26,3	53,2
darunter:			•			
Biologielaborant (IH)	0,9	0,6	64,7	1,6	1,1	69,1
Chemielaborant (IH)	6,6	2,6	38,6	7,7	4,0	52,3
Technischer Zeichner						54.0
(IH)	18,7	6,5	34,7	16,3	8,8	54,2
Bauzeichner (IH)	12,5	4,7	37,7	12,0	7,5	62,6
Dienstleistungsberufe	581,8	414,7	71,3	825,5	618,5	74,9
darunter:						
Kaufmann im Groß- u.	1					
Außenhandel (IH)	44,2	17,3	39,1	51,2	21,9	42,8
Buchhändler (IH)	2,5	1,9	76,0	3,5	2,9	82,2
Drogist (IH)	5,7	5,3	93,0	2,7	2,6	94,3
Apothekenhelfer (FB) .	10,9	10,9	99,8	9,8	9,7	99,6
Bankkaufmann (IH)	38,1	20,7	54,2	55,8	28,7	51,4
Sparkassenkaufmann	ł					
(ÖD)	1,9	1,2	60,6	2,8	1,5	53,9
Versicherungskaufmann (IH)	8,0	4,1	51,5	12,1	4,9	40,4
Speditionskaufmann	","	,,,	V., .	,-	.,-	
(IH)	8,7	2,7	31,3	11,0	4,6	42,0
Reiseverkehrskaufmann (IH)	2,6	2,0	79,8	4,3	3,5	81,2
Fachgeh. in steuer- u.						
wirt. berat. Berufen (FB)	18,0	12,9	71,7	24,8	20,0	80,6
Schauwerbegestalter	1		- 0 •	2.6	0.7	72 6
(IH)	5,6	3,3	58,9	3,6	2,7	73,6
Friseur (Hw)	51,1	49,1	96,0	71,1	66,0	92,9
Fachgehilfe im Gast-	4,8	4,6	96,9	4,2	4,0	94,4
gewerbe			•	-	•	•
Insgesamt	1 328,9 ^a)	469,9 ^{a)}	35,4	1 831,3	743,8	40,6

^{*)} Ergebnis: Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung.

IH = Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Hw = Handwerk, ÖD = Öffentlicher Dienst, FB = Freie Berufe.

a) Einschl. Praktikanten und Fachoberschülern, die den einzelnen Berufen nicht zugeordnet werden können.

3.5 Erwerbstätige und ihre Ausbildung

Der Ausbildungsstand der erwerbstätigen Frauen unterscheidet sich von dem der erwerbstätigen Männer teilweise nicht unerheblich. In der Untergliederung nach Abschlüssen an Schulen der allgemeinen Ausbildung zeigt sich folgendes Bild: 65,3 % der männlichen gegenüber 58,3 % der weiblichen Erwerbstätigen hatten den Volks- bzw. Hauptschulabschluß erreicht. Der entsprechende Anteil der Absolventinnen von Realschulen oder gleichwertigen Lehranstalten lag dafür mit 28,6 % deutlich über dem ihrer männlichen Kollegen (18,3 %); dafür hatten 15,8 % der erwerbstätigen Männer gegenüber 12,5 % der erwerbstätigen Frauen die allgemeine oder die Fachhochschulreife erworben.

Während fast alle im Juni 1985 Erwerbstätigen, unabhängig vom Geschlecht, einen allgemeinbildenden Schulabschluß erworben hatten (99,4 % der Frauen bzw. der Männer), konnten nur 65,3 % der erwerbstätigen Frauen gegenüber 76,8 % der erwerbstätigen Männer eine abschlossene Berufsausbildung nachweisen. Auch der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen, die einen Abschluß an einer Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule erworben haben, an der Gesamtheit derjenigen mit einem beruflichen Ausbildungsabschluß (10,5 %), liegt deutlich unter dem der entsprechenden männlichen Erwerbstätigen (21,4 %). Im Weiteren zeigt sich, daß in fast allen Berufsordnungen, die in der gegenüberstehenden Tabelle aufgeführt sind, der entsprechende Anteil der Frauen unter dem der Männer liegt. (Eine Ausnahme bilden hierbei nur die Lehrer, die durchweg eines Hochschulabschlusses bedürfen, um ihren Beruf ausüben zu können.) Dabei fällt besonders auf, daß bei Berufsordnungen, die typisch für Frauen sind, der Prozentsatz derer, die einen Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluß erworben haben, weit unter dem Durchschnitt von 10,5 % liegt; so z.B. bei den Verkäufern (Frauenanteil 80,9 %) bei 1,1 % oder bei den Sprechstundenhelfern (Frauenanteil 98,2 %) bei 5,1 %.

3.5 Erwerbstätige im Juni 1985 und ihre Ausbildung*) 1 000

			Und zwar							
		Insgesamt	mit allgemeinbildendem Schulabschluß			mit beruflichem Ausbildungsabschluß				
Ausgewählte Berufsordnung ¹	Ge schl echt		Volks- (Haupt-) schul- ab- schluß	Real- schul- oder gleich- wertiger Abschluß	Fach- hoch-/ Hoch- schul- reife	Lehr-/ Anlern- aus- bildung ²⁾	Fach- schul- ab- schluß ³⁾	Fach- hoch- schul- ab- schluß ⁴ }	Hoch- schul- ab- schluß ⁵)	
Familieneigene Landarbeits-	männlich	71	59	6	/	27	,	,	/	
kräfte, a.n.g	männlich weiblich	341	313	22	//	92	8	/	'/	
Operbekleidungsnäher	männlich weiblich	71	67	/	/	/ 36	/	/	/	
Näher, a.n.g	männlich weiblich	/ . 83	/ 78	- /	/	/ 41	/	/	/	
Köche	männlich weiblich	91 189	70 170	19 14	/	57 62	8 /	/	/	
Groß- und Einzelhandels- kaufleute, Einkäufer	männlich weiblich	410 236	198 140	145 76	66 20	283 158	46 7	13	13	
Verkäufer	männlich weiblich	226 955	151 786	59 148	16 19	162 671	13 8	/	/	
Bankfachleute	männlich weiblich	214 206	38 49	118 119	57 38	148 158	19	11	11	
Unternehmer, Geschäfts- führer, Geschäftsbe-	weiblich							·		
reichsleiter	männlich weiblich	474 94	185 46	148 33	140 15	2 46 60	94 7	52 /	55 /	
Buchhalter	männlich weiblich	94 249	41 118	43 113	10 18	78 207	8 7	. /	/	
Datenverarbeitungsfach-	männlich	141	40	45	56	70	22	15	21	
reute	weiblich	39	15	12	12	28	/	/	/	
Bürofachkräfte	männlich weiblich	1 088 1 849	481 798	421 860	182 186	775 1 347	99 51	42 22	34 18	
Stenographen, Stenotypisten, Maschinenschreiber		11 407	6 149	/ 215	42	9 315	/ 14	/ 5	/ 5	
Krankenschwestern, -pfleger,		74	34	25	14	51	6	/	/	
Hebammen	weiblich	378	133	196	48	266	30	/	7	
Sprechstundenhelfer	männlich weiblich	5 273	/ 78	170	25	203	/ 6	/	/	
Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	männlich weiblich	134	/ 39	/ 75	/ 20	/ 84	/ 28	6	/	
Real-, Volks-, Sonder- schullehrer	männlich weiblich	164 241	/	6 15	155 222	/ 7	/ 8	17 37	135 183	
Friseure	männlich weiblich	37 170	31 144	/ 24	/	13 96	19 22	/	/	
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	männlich weiblich	93 106	67 74	18 24	8 7	60 54	9 /	/	/	
Kellner, Stewards	. männlich weiblich	47 104	32 77	9 17	6 9	27 54	/	/	/	
Raum-, Hausratreiniger		16 456	15 434	15	/	6 122	/	/	/	
Erwerbstätige insgesamt	. männlich weiblich		10 714 5 966	3 005 2 927	2 598 1 277	9 189 5 6 03	1 649 372	742 201	1 124 498	

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. 1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975. 2) Einschl. gleichwertiger Berufsfachschulabschluß sowie beruflichwer Praktikum.

³⁾ Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung. 4) Einschl. Ingenieurschulabschluß. 5) Einschl. Lehrerausbildung.

3.6 Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen

Die Altersstruktur der Erwerbstätigen in einem bestimmten Beruf gibt - zusammen mit anderen Komponenten - u.a. Aufschluß über den Nachwuchs- bzw. Ersatzbedarf dieses Berufs. Sie wird beeinflußt durch Faktoren wie Veränderungen in der Dauer des Schulbesuches, vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aufgrund der flexiblen Altersgrenze, altersspezifische Arbeitslosigkeit und - insbesondere bei Selbständigen - Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit über die gesetzliche Altersgrenze hinaus. Ob der Ersatzbedarf in der durch die demographischen Faktoren bestimmten Größenordnung berufsspezifisch tatsächlich erforderlich wird, hängt allerdings auch von der wirtschaftlichen und der technischen Entwicklung sowie dem Wandel der Wirtschaftsstruktur ab, für den die Umschichtung der Erwerbstätigkeit von der Landwirtschaft und vom Produzierenden Gewerbe in den Dienstleistungssektor beispielhaft ist.

Die Altersgliederung der Erwerbstätigen zeigte im Juni 1985 in bezug auf das Geschlecht deutliche Unterschiede: Fast ein Viertel (23,9 %) der weiblichen gegenüber einem guten Sechstel (18,4 %) der männlichen Erwerbstätigen war unter 25 Jahre alt. Auf die Gruppe der 25- bis unter 35jährigen entfielen 23,4 % der Frauen und 22,6 % der Männer. Hier wird eine im Durchschnitt unterschiedliche Dauer der Ausbildung sichtbar, zumal ja die Wehr- bzw. Ersatzdienst leistenden jungen Männer zu den Erwerbstätigen zählen. Auf die 35- bis unter 45jährigen kamen 21,7 % der weiblichen sowie 22,8 % der männlichen Erwerbstätigen, während auf die 45- bis unter 55jährigen 20,9 bzw. 24,3 % entfielen. Erst in höherem Alter näherten sich die Anteilswerte wieder einander an: Von den weiblichen Erwerbstätigen waren 8,9 % 55 bis unter 65 Jahre alt und 1,2 % waren 65 Jahre oder älter; bei den männlichen Erwerbstätigen waren es 10,9 bzw. 1,1 %. Eine verstärkte Rückkehr von Frauen, deren Kinder erwachsen sind oder den elterlichen Haushalt verlassen haben, in das Erwerbsleben läßt sich aus diesen Zahlen nicht ablesen. Nur bei ganz wenigen der hier dargestellten Berufsordnungen (Näherinnen, Kaufleute, Verkäuferinnen) zeigt sich ein Verteilungsmuster, in dem die Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen Frauen - in diesem Alter kommen in der Regel die meisten

Erziehungsaufgaben auf die Eltern zu - weniger stark besetzt war als die nächstniedrigere und die nächsthöhere Altersgruppe. In ebenfalls wenigen Berufsordnungen wie z.B. bei den familieneigenen Landarbeitskräften, im Gastgewerbe, bei den Raum- und Hausratreinigerinnen sind die mittleren Altersgruppen relativ am stärksten vertreten. In der Mehrzahl der Berufsordnungen nehmen die Anteile der weiblichen Erwerbstätigen mit zunehmendem Alter ab.

3.6 Erwerbstätige im Juni 1985 in ausgewählten Berufsordnungen*)

Ausgewählte	l.		Davon im Alter von bis unter Jahren								
Berufsordnung ¹⁾	Geschlecht	Insgesamt	unter 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr			
Familieneigene Landarbeits- kräfte, a.n.g	männlich weiblich	71 341	22 17	9 44	/ 68	109	9 72	26 30			
Oberbekleidungsnäher	männlich weiblich	71	23	/ 14	/ 13	/ 16	/ 5	/			
Näher, a.n.g	männlich weiblich	83	20	/ 18	17	22	6	/			
Köche	männlich weiblich	91 189	35 32	26 37	18 40	9 55	23	/			
Groß- und Einzelhandels- kaufleute, Einkäufer	männlich weiblich	410 236	53 61	86 41	98 52	98 44	58 28	18 10			
Verkäufer	männlich weiblich	226 955	56 296	59 158	48 200	42 217	18 76	/ 9			
Bankfachleute	männlich weiblich	214 206	44 75	65 69	51 36	36 20	17 7	/			
Unternehmer, Geschäfts- führer, Geschäftsbe- reicnsleiter	männlich weiblich	474 94	8 /	69 20	150 28	156 24	80 14	12			
Buchhalter	männlich weiblich	94 249	6 26	23 57	23 75	26 65	16 23	,			
Datenverarbeitungsfach- leute	männlich weiblich	141 39	8 7	58 17	49 9	21 5	6	,			
Bürofachkräfte	männlich weiblich	1 088 1 849	159 492	269 461	268 421	251 337	136 132	, , 6			
Stenographen, Stenotypisten, Maschinenschreiber	männlich weiblich	11 407	/ 57	/ 113	123	/ 86	/ 25	/			
Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	männlich weiblich	74 378	21 134	24 112	15 57	11 52	/ 19	/			
Sprechstundenhelfer	männlich weiblich	5 273	/ 155	/ 68	/ 26	/ 15	/ 9	/			
Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen	männlich weiblich	/ 134	41	/ 55	/ 19	/ 15	/	/			
Real-, Volks-, Sonder- schullehrer	männlich weiblich	164 241	/	39 88	71 94	37 38	17 17	/			
riseure	männlich weiblich	37 170	7 100	5 29	8 26	9 - 11	6 /	/			
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	männlich weiblich	93 106	5 18	19 16	27 25	27 27	10 14	/ 6			
Kellner, Stewards	männlich weiblich	47 104	11 33	17 27	10 22	6 18	/	/			
Raum-, Hausratreiniger	männlich weiblich	16 456	20	/ 65	108	5 181	/ 78	/			
Erwerbstätige insgesamt	männlich weiblich	16 402 10 225	3 011 2 445	3 708 2 397	3 743 2 218	3 982 2 135	1 780 905	177 124			

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

¹⁾ Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

3.7 Erwerbstätige nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit

In der Berichtswoche vom 10. bis 16. Juni 1985 betrug die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit bei den erwerbstätigen Frauen im Durchschnitt 35,9 Stunden und bei den erwerbstätigen Männern 42,5 Stunden. Eine weit überdurchschnittliche Wochenarbeitszeit war sowohl bei den männlichen als auch weiblichen Erwerbstätigen in der Landund Forstwirtschaft zu verzeichnen. Hier wirkte sich die höhere wöchentliche Arbeitsstundenzahl der Selbständigen und vor allem bei den Frauen auch der Mithelfenden Familienangehörigen entscheidend aus. Aber auch die abhängig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft weisen überdurchschnittliche Wochenarbeitszeiten auf. Eine unterdurchschnittliche Wochenarbeitszeit erreichten die weiblichen Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr (34,7 Stunden) sowie Dienstleistungen (35,2 Stunden), während die Arbeitszeit der im Produzierenden Gewerbe erwerbstätigen Frauen mit 35,9 Stunden dem Gesamtdurchschnitt entsprach. Bei den erwerbstätigen Männern war hingegen im Produzierenden Gewerbe die durchschnittlich niedrigste Arbeitszeit zu verzeichnen. Die für weibliche Erwerbstätige allgemein durchschnittlich niedrigere wöchentliche Arbeitsstundenzahl ist in erster Linie dadurch bedingt, daß Frauen zu einem höheren Anteil normalerweise unter 21 bzw. 21 bis 39 Stunden in der Berichtswoche arbeiteten. Insgesamt gesehen lag die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der männlichen Erwerbstätigen um 6.6 Stunden höher. Die Abweichungen waren jedoch - nach Wirtschaftsbereichen differenziert - sehr unterschiedlich. Im Produzierenden Gewerbe betrug z.B. diese Differenz 5,0 Stunden und im Bereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 9,1 Stunden.

3.7 Erwerbstätige im Juni 1985 nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit^{*)}
3.7.1 Frauen

	Erwerbs-		on mit eisteten			Normalerweise geleistete Ar-		
	tätige		ersteten i	MI DE I LSS		beitssi		
Stellung im Beruf	zusammen	unter 21	21 - 39	40	u. mehr	zu- sammen	je Person	
			1 000			Mill. ¹⁾	Anzah1	
	Land-	und Fors	twirtscha	ft. Fisc	herei			
				•				
Selbständige Mithelfende	60	6	6	8	41	3,2	53,9	
Familienangehörige	430	80	79	43	229	20,1	46,7	
Aphängige	101	14	11	49	28	4,2	41,3	
Zusammen	591	99	95	99	297	27,5	46,5	
		Produzie	rendes Ge	werbe				
Selbständige Mithelfende	67	16	9	20	22	2,6	38,4	
Familienangehörige	56	28	8	8	12	1,7	29,7	
Abhängige	2 527	296	802	1 325	103	90,8	35,9	
Zusammen	2 649	340	820	1 353	137	95,0	35,9	
1	Handel, V	erkehr und	d Nachrici	htenüber	nittlung			
Selpständige Mithelfende	176	20	17	40	99	8,1	45,9	
Familienangehörige	53	21	9	8	15	1,8	33,4	
Abhängige	1 925	353	439	1 015	118	64,9	33,7	
Zusammen	2 154	394	464	1 064	232	74,8	34,7	
	Ü	brige Wir	tschaftsb	ereiche				
Selbständige Mithelfende	259	56	33	52	119	11,2	43,2	
Familienangehörige	62	27	9	7	20	2,2	34.7	
Abhängige	4 509	868	657	2 674	310	156,6	34,7	
Zusammen	4 830	950	699	2 733	448	169,9	35,2	
		Zı	usammen					
Selbständige Mithelfende	562	97	65	119	280	25,1	44,6	
Familienangehörige	601	155	105	66	275	25.7	42,7	
Abhängige	9 062	1 530	1 909	5 064	559	316,5	34,9	
Zusammen	10 225	1 783	2 079	5 249	1 114	367,2	35,9	

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus; normalerweise in einer Woche (ohne Berücksichtigung von Urlaub, Krankheit usw.) geleisteten Arbeitszeit.

Bei der Berechnung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden wurden die Fälle ohne Angabe mit einem mathematisch-statistischen Verfahren zugeordnet.

3.7 Erwerbstätige im Juni 1985 nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit*) 3.7.2 Männer

	Erwerbs- tätige	gele	on mit			beitsst	ete Ar- unden
Stellung im Beruf	zusammen	unter 21	21 - 39	40	u. mehr	zu- sammen	je Person
			1 000			Mill. ¹⁾	Anzahl
	Land-	und Forst	twirtscha	ft, Fisc	herei		
Selbständige Mithelfende	400	11	10	17	363	26,1	65,1
Familienangehörige	83	21	14	7	40	3,6	43,4
Abhängige	188	/	6	129	51	8,3	43,9
Zusammen	671	35	30	153	453	37,9	56,5
		Produzi e	rendes Ger	werbe			
Selbständige Mithelfende	518	13	27	156	322	26,1	51,1
Familienangehörige	6	/	/	/	/	0,2	26,3
Abhängige	7 921	32	1 910	5 321	658	318,5	40,2
Zusammen	8 446	48	1 938	5 479	981	345,1	40,9
i	Handel, V	erkehr und	d Nachric	htenüber	mittlung		
Selbständige Mithelfende	388	9	12	76	291	21,1	54,5
Familienangehörige	8	/	/	/	/	0,3	35,6
Abhängige	2 230	24	96	1 720	390	93,5	41,9
Zusammen	2 626	35	109	1 797	684	114,9	43,8
	į	brige Wir	tschaftsb	ereiche			
Selbständige Mithelfende	556	24	29	108	396	29,8	53,6
Familienangehörige	13	6	/	/	/	0,5	37,4
Abhängige	4 090	76	175	3 148	692	169,4	41,4
Zusammen	4 660	106	204	3 256	1 093	199,7	42,9
		Z	usammen				
Selbständige	1 862	57	77	356	1 372	103,5	55,5
Familienangehörige	110	34	17	10	49	4,5	41,2
Abhängige	14 429	134	2 187	10 318	1 791	589,6	40,9
Zusammen	16 402	224	2 281	10 685	3 212	697,6	42,5

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus; normalerweise in einer Woche (ohne Berücksichtigung

von Urlaub, Krankheit usw.) geleisteten Arbeitszeit.

1) Bei der berechnung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden wurden die Fälle ohne Angabe mit einem mathematisch-statistischen Verfahren zugeordnet.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste

In den folgenden Tabellen werden die laufend gezahlten (also nicht die einmaligen, wie z.B. zusätzliches Urlaubsgeld) durchschnittlichen Bruttoverdienste der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten (ohne Auszubildende und ohne Leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis) sowie die bezahlten Wochenstunden der Arbeiter dargestellt. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Situation in Industrie (bei Arbeitern und Angestellten) bzw. Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe (nur bei Angestellten).

Die Anzahl der bezahlten Stunden, die stark von der allgemeinen Konjunkturlage abhängt, ist von 1975 bis 1985 bei Männern um 0,3 Std. gesunken, bei Frauen um 1,2 Std. gestiegen. Der Abstand in der Arbeitszeit zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitern hat sich damit verringert, betrug 1985 aber immer noch rd. 1 1/2 Stunden.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der Industrie ist von 1975 bis 1985 bei männlichen und weiblichen Arbeitern um rd. 66 % gestiegen. In diesem Zeitraum hat der Durchschnittsverdienst der Männer und Frauen in allen Industriezweigen die Höhe von 10,- DM überschritten.

Von 1975 bis 1985 stiegen die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten um 68,5 %, die der weiblichen um 68,7 %. Da sich die Angestellten auf eine breitere Skala von Tätigkeiten verteilen, werden fünf Leistungsgruppen unterschieden, von denen die höchste (I) hier nicht erfaßt wird . Leistungsgruppe V umfaßt Angestellte ohne Berufsausbildung, IV Angestellte mit abgeschlossener Lehre, III Angestellte mit besonderen Fachkenntnissen oder längerer Berufserfahrung, die nach Anweisung selbständig arbeiten, und II Angestellte, die selbständige Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis erbringen. Ausgehend von den einzelnen Leistungsgruppen erreichten die Angestellten des in der jeweiligen Leistungsgruppe am geringsten bezahlten Wirtschaftszweiges bei Männern zwischen 68 % und 73 % und bei Frauen zwischen 67 % und 73 % der Angestellten des jeweils am besten bezahlten Wirtschaftszweiges.

Während in der Industrie im Gesamtdurchschnitt die Arbeiter der Leistungsgruppe 3 81 % und die Arbeiterinnen 89 % der Leistungsgruppe 1 verdienten, hatten die männlichen (44,4 %) und weiblichen (45,7 %)

Angestellten der Leistungsgruppe V weniger als die Hälfte des Verdienstes der Leistungsgruppe II Bei den Angestellten war die Verteilung ähnlich (Männer: 39: 46: 13: 2, Frauen: 7: 38: 46: 9). Während bei den Angestellten die Frauen 1985 im Gesamtdurchschnitt nur 64 % des Bruttomonatsverdienstes der Männer verdienten, erreichten sie in einzelnen Leistungsgruppen einen Vergleichsanteil bis zu 83 %. Auch bei Angestellten sind mit den Leistungsgruppen noch nicht alle auf der Qualifikation beruhenden Unterschiede zwischen Männerund Frauenverdiensten aufgedeckt. Geringeres Alter und weniger Berufserfahrung führten, wie bei den Arbeitern, zu niedrigeren Verdiensten der Frauen. Hinzu kommt, daß von den weiblichen Angestellten nur 6,1 %, von den männlichen aber 45,0 % technische Angestellte waren, deren Verdienste im Durchschnitt 13 % über denen der kaufmännischen Angestellten lagen.

Die Leistungsgruppen für Arbeiter - sie entsprechen der klassischen Dreiteilung in Fach-, angelernte und ungelernte Arbeiter (Leistungsgruppen 1, 2 und 3) - geben ein differenzierteres Bild vom Verdienstgefüge als der Gesamtdurchschnitt. Mit ihnen läßt sich z.B. zeigen, daß der Hilfsarbeiter in bestimmten Wirtschaftszweigen zum Teil mehr verdient als der Facharbeiter in anderen Wirtschaftszweigen. Die Leistungsgruppen tragen auch dazu bei, die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen etwas aufzuhellen. Während sich die Männer im Verhältnis 59: 32: 10 auf die drei Leistungsgruppen verteilten, betrugen die entsprechenden Werte für die Frauen 6: 43: 51. Daher erreichten die Frauen den Verdienst ihrer männlichen Kollegen im Gesamtdurchschnitt nur zu 73 %, in den drei Leistungsgruppen aber zu 76 %, 78 % und 83 %. Da auch die Leistungsgruppen in sich noch qualitativ abgestufte Verdienste enthalten. bei denen die Frauen wiederum in den unteren Qualifikationen stärker vertreten sein dürften, ist auch der Abstand zwischen den Geschlechtern in der gleichen Leistungsgruppe noch z.T. qualifikationsbedingt. Andere Gründe für geringere Verdienste der Frauen sind z.B. ihr im Durchschnitt jüngeres Alter und die damit verbundene geringere Berufserfahrung, ferner weniger Überstunden und - weniger häufig als bei Männern - Zuschläge für schwierige Arbeitsbedingungen (z.B. für Lärm, Hitze). Diese Faktoren lassen sich jedoch nicht quantifizieren, so daß anhand der vorliegenden Ergebnisse eine Aussage über die Gleichstellung der Geschlechter bei der Entlohnung nicht möglich ist.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste*) 3.8.1 Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttostundenverdienste der Arbeiter

in der Industrie nach ausgewählten Industriezweigen und Leistungsgruppen

			Männli	che Arb	eiter		Weibliche Arbeiter				
	1.6	D.	Brutto	stunden	verdier	nst (DM)	Be-	Brutto	stunden	verdie	ist (DM)
Industriezweig	Jahr	Be- zahlte		tungsgr	uppe	zu-	zahlte	Leistungsgruppe		zu-	
		Stunden	1	2	3	sammen	Stunden	1	2	3	sammen
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk)	1975 1985	41,2 40,9	11,02 18,10	9,90 16,42		10,40 17,23	38,3 39,5	8,11 13,75	7,65 12,80	7,30 12,18	7,52 12,54
darunter: Chemische Industrie (ohne Her- stellung von Chemiefasern)	1975 1985	41,1 40,9		10,77 17,73		11,12 18,48	39,5 39,9	9,66 15,94	8,66 14,10	7,75 12,61	8,24 13,61
Maschinenbau, Lokomotivbau ¹⁾²⁾	1975 1985	41,3 41,4	11,09 18,06	9,81 16,12		10,56 17,45	38,1 39,3	9,01 15,11	8,15 13,63	7,83 13,07	7,99 13,42
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw	1975 1985	39,5 40,3		10,78 18,44		11,54 18,93	37,6 39,4	10,51 16,92	9,73 16,25	8,65 14,25	9,40 15,52
Elektrotechnik, Reparatur von elek- trischen Geräten f.d. Haushalt 2)	1975 1985	39,9 40,3	10,62 17,63	9,25 15,32	8,73 14,68	9,99 16,68	36,9 39,2	8,29 14,74	7,80 12,97	7,57 12,80	7,68 12,91
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw	1975 1985	39,6 40,2	10,34 17,06	9,00 15,27	8,39 14,10	9,79 16,37	37,4 39,1		7,59 12,92	7,72 12,92	7,69 12,97
Herstellung von EBM-Waren, Stahl- verformung, Oberflächenverede- lung, Härtung	1975 1985	41,4 41,1	10,55 17,19	9,56 15,54	8,52 1 4, 17	9,79 16,08	38,8 39,2	8,72 14,36	7,61 12,74	7,31 12,26	7,41 12,43
Papier- und Pappeverarbeitung	1975 1985	42,0 42,1	10,46 16,95	9,12 14,71	8,16 13,46	9,44 15,51	39,3 39,9	7,64 13,06	6,97 11,59	6,46 10,74	6,77 11,23
Druckerei, Vervielfältigung	1975 1985	41,8 40,9	12,39 19,93	10,60 17,10	9,42 16,02	11,77 18,95	39,8 39,5	9,97 16,92	7,81 13,54	7,14 12,36	7,86 13,73
Herstellung von Schuhen, Repara- tur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u.ä., Schirmen	1975 1985	40,7 40,6	9,34 14,99	8,34 13,65	6,55 11,41	8,50 13,95	39,3 39,4	7,61 12,32	6,79 11,60	6,07 10,60	
Textilgewerbe	1975 1985	41,1 42,2	9,66 15,44	8,76 14,09	7,92 13,01	9,06 14,59	38,3 39,6	8,02 12,80	7,46 11,94	6,89 11,17	7,36 11,78
Bekleidungsgewerbe	1975 1985	41,4 40,8	9,81 15,38	8,84 13,86	7,85 12,30	9,19 14,45	38,5 39,2	7,47 11,93	7,12 11,21	6,47 10,08	7,07 11,13
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	1975 1985	44,6 43,6	10,32 16,82	9,33 15,26		9,70 15,92	40,8 40,4	7,54 13,20	7,04 12,37	6,68 10,80	6,80 11,22

^{*)} Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel. 1) Ohne Herstellung von Büromaschinen.

²⁾ Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

3.8 Wochenarbeitszeiten und Verdienste*)

3.8.2 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Leistungsgruppen

		•	länn lich	e Anges	tellte			Weiblio	he Ange	stellt	e
Wirtschaftszweig	Jahr				Brutt	omonats	verdiens	te (DM))		
	oum	l	eistung.	gsgruppe	?	zu-	L	eistun	gsgruppe	sgruppe	
		II	III	IV	٧	sammen	ΙΙ	III	IV	٧	zu- sammen
Industrie ¹⁾ , Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1975	3 028	2 325	1 745	1 499	2 4 68	2 423	1 842	1 354	1 153	1 570
	1985	5 132	3 789	2 751	2 279	4 158	4 117	3 059	2 234	1 883	2 64 8
darunter: Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	1975	3 390	2 538	2 048	1 603	2 741	2 969	2 126	1 583	1 329	1 950
	1985	5 731	4 208	3 336	2 723	4 668	4 907	3 596	2 664	2 240	3 352
Maschinenbau, Lokomotivbau ²⁾³⁾	1975	3 038	2 369	1 805	1 511	2 586	2 624	1 931	1 483	1 174	1 678
	1985	5 213	4 001	3 069	2 392	4 509	4 336	3 229	2 506	2 059	2 900
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von	1975	3 458	2 632	1 934	1 521	2 935	2 849	2 172	1 669	1 291	1 901
Kraftfahrzeugen usw	1985	5 769	4 335	3 208	2 509	4 987	4 910	3 586	2 745	2 239	3 286
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten f.d. Haushalt 3)	1975	3 107	2 329	1 819	1 492	2 638	2 667	1 970	1 531	1 201	1 757
	1985	5 319	3 942	2 998	2 396	4 651	4 511	3 319	2 566	2 093	3 091
Herstellung von EBM-Waren, Stahlver- formung, Oberflächenveredelung und Härtung	1975 1985	2 929 5 006	2 337 3 905	1 817 3 060	1 477 2 518	2 475 4 255	2 4 58 4 170	1 880 3 126	1 453 2 451	1 189 2 006	1 630 2 787
Textilgewerbe	1975	2 935	2 248	1 837	1 572	2 343	2 404	1 818	1 396	1 180	1 580
	1985	4 914	3 726	3 098	2 482	3 914	4 152	3 089	2 409	2 130	2 672
Bekleidungsgewerbe	1975	2 783	2 131	1 731	1 484	2 275	2 193	1 724	1 414	1 133	1 596
	1985	4 706	3 510	2 714	2 042	3 831	4 014	2 966	2 329	1 915	2 702
Nahrungs- und Genußmittelindustrie .,	1975	3 038	2 315	1 906	1 622	2 425	2 466	1 862	1 476	1 232	1 663
	1985	5 143	3 7 9 8	3 089	2 551	4 105	4 273	3 128	2 463	2 116	2 853
Hoch- und Tiefbau (einschl. Hand-	1975	3 312	2 642	1 902	1 428	2 832	2 585	1 962	1 418	943	1 726
werk), ohne Fertigteilbau im Nochbau	1985	5 276	4 130	2 872	2 233	4 503	3 938	3 088	2 253	1 593	2 759
Handel, Kreditinstitute, Ver-	1975	2 795	2 117	1 621	1 478	2 190	2 316	1 749	1 275	1 134	1 472
sicherungsgewerbe	1985	4 651	3 379	2 506	2 217	3 559	3 896	2 879	2 094	1 833	2 451
darunter:	1975	2 820	2 162	1 679	1 374	2 213	2 258	1 716	1 334	1 077	1 497
Großhandel	1985	4 805	3 591	2 619	2 080	3 644	3 920	2 934	2 189	1 833	2 509
Einzelhandel	1975	2 609	2 022	1 478	1 179	1 999	2 253	1 564	1 146	92 9	1 279
	1985	4 207	3 128	2 349	1 855	3 144	3 603	2 481	1 935	1 631	2 098
Kreditinstitute	1975	2 858	2 110	1 738	1 717	2 280	2 428	1 896	1 599	1 391	1 742
	1985	4 780	3 319	2 610	2 654	3 748	4 184	3 060	2 494	2 330	2 902
Versicherungsgewerbe	1975	2 921	2 080	1 688	1 528	2 387	2 520	1 884	1 559	1 282	1 781
	1985	4 862	3 409	2 793	2 548	4 106	4 224	3 187	2 715	2 394	3 173

^{*)} Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel.
1) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
2) Ohne Herstellung von Büromaschinen.
3) Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung.

3.9 Erwerbstätige Frauen und ihr Einkommen

Das in nebenstehender Tabelle nachgewiesene "Nettoeinkommen" schließt alle Einkommensarten (z.B. auch Rente, Pension, Kindergeld) ein, jedoch nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung. Die Verknüpfung des Merkmals "Stellung im Beruf" mit dem Merkmal "Monatliches Nettoeinkommen" erlaubt die Betrachtung der erwerbstätigen Frauen unter mehr soziologischen Gesichtspunkten. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die selbständigen Landwirte und alle Mithelfenden Familienangehörigen im Mikrozensus nicht nach dem monatlichen Nettoeinkommen befragt werden. Die folgenden Aussagen beschränken sich daher auf Selbständige in anderen Wirtschaftszweigen, ferner auf abhängig erwerbstätige Frauen, d.h. auf Arbeiterinnen, Angestellte und Beamtinnen, wobei zu berücksichtigen ist, daß in dieser Gruppe auch die Auszubildenden bzw. Anwärterinnen mit einem niedrigen Einkommen einbezogen worden sind. Zu bedenken ist ferner, daß auch Einkommen aus Teilzeittätigkeiten, die sehr viel häufiger von Frauen als von Männern ausgeübt werden, enthalten sind.

Von den 5,6 Mill. Angestellten wiesen 1,7 Mill. (30,7 %) ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 000 DM auf, 2,4 Mill. (42,5 %) verdienten zwischen 1 000 und 1 800 DM netto im Monat und nur etwa ein Fünftel (21,7 %), nämlich 1,2 Mill., gaben ein darüber liegendes monatliches Nettoeinkommen an. Bei den Arbeiterinnen, der zahlenmäßig zweitstärksten Gruppe unter den erwerbstätigen Frauen, ergab sich demgegenüber folgende Einkommensverteilung: 47,5 % (1,4 Mill.) gaben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 000 DM an und 43,3 % (1,3 Mill.) zwischen 1 000 und 1 800 DM. Nur 4,1 % (122 000) der Arbeiterinnen bezogen ein höheres Einkommen. Demgegenüber gaben von den 479 000 Beamtinnen nahezu zwei Drittel (61,2 %) an, 1 800 DM und mehr im Monat zu verdienen.

Bei der Beurteilung dieser Angaben sollte berücksichtigt werden, daß der Anteil der Verheirateten, die öfter als Alleinstehende Teilzeitbeschäftigte sind, unter den erwerbstätigen Frauen hoch ist (57,0 %). Der Anteil derer, die im Juni 1985 weniger als 1 000 DM im Monat bezogen, war bei den verheirateten Frauen mit 35,2 % deutlich höher als bei den Alleinstehenden mit 28,3 %. Darüber hinaus sollte hierbei auch die gegenüber den erwerbstätigen Männern häufig andersartige Tätigkeitsstruktur der erwerbstätigen Frauen berücksichtigt werden.

3.9 Erwerbstätige Frauen im Juni 1985 und ihr Einkommen*) 1 000

		T			hes Netto		1		T
Stellung im Beruf	Ins- gesamt	unter	600	1 000	1 200	1 800	2 200	3 000 und	Son-1)
		600	1 000	1 200	1 800	2 200	3 000	mehr	
			ediq						
		_	curg						
Selbständige und Mithelfende Familienangehörige	105	7	8	8	16	8	6	9	42
Beamtinnen	161	/	10	9	47	30	37	21	
Angestellte 2)	2 183 840	402 256	276 165	239 139	788 212	233 16	106	35 /	104 47
Zusammen	3 289	667	459	394	1 062	287	153	68	198
Zu 3diline ii · · · · ţ	3 209	007	433	334	1 002	207	133	0.0	130
		Verh	eiratet						
Selbständige und Mithelfende	914	63	43	28	51	37	28	39	625
Familienangehörige	273	63	11	10	69	51	70	47	11
Angestellte 2)	2 864	330	679	317	792	367	150	65	164
Arbeiterinnen 2)	1 778	424	497	242	464	46	8	/	95
Zusammen	5 829	820	1 230	598	1 376	500	257	153	896
		Ver	witwet						
Selbständige und Mithelfende									
Familienangehörige	98	/	/.	/	9	8	8	12	49
Beamtinnen	8 152	/	/ 10	/ 9	/ 45	/ 37	30	/ 15	5
Arbeiterinnen 2)	146	/	21	23	66	21	5	1	7
Zusammen	404	8	36	37	121	67	45	32	58
		Gesc	hieden						
Selbständige und Mithelfende									
Familienangehörige	47	/	/	/	8	7	6	9	7
Beamtinnen	38	/,	21	/ 27	6 167	7 117	12 49	11 17	13
Angestellte 2)	414 205	8	34	43	99	13	/	1/	13
Zusammen	703	15	59	74	279	144	69	37	26
		Inc	gesamt						
Calbatundian and Mithalford		****	3-0000						
Selbständige und Mithelfende Familienangehörige	1 163	75	61	44	83	60	49	69	722
Beamtinnen	479	/	22	20	122	88	121	84	18
Angestellte 2)	5 613 2 970	738 692	985 718	591 447	1 792 840	754 95	334 20	132 7	287 151
Arbeiterinnen 2)						998	525	291	1 178
Insgesamt	10 225	1 510	1 785	1 102	2 838	998	525	291	1 1/8

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

¹⁾ Selbständige Landwirtinnen, Mithelfende Familienangehörige sowie Frauen, die keine Angaben über ihr Einkommen gemacht haben. 2) Einschl. Auszubildender.

3.10 Erwerbstätige in ausgewählten Berufsordnungen und Einkommensgruppen

Bei den Nettoeinkommensgruppen, wie sie im Mikrozensus erfragt werden, ist zu berücksichtigen, daß sie nicht nur die Erwerbseinkommen einbeziehen, sondern auch andere Einkommensquellen einschließen. Dieser Sachverhalt wirkt sich zusätzlich sowohl auf die unterschiedliche Einkommensverteilung bei Männern und Frauen generell als auch innerhalb der Berufe aus. Einkünfte, die nicht aus Erwerbstätigkeit entstanden sind, finden sich in der Regel bei Frauen weniger häufig. Dazu kommt, daß es in einer Reihe von Berufen, insbesondere in solchen des Handwerks, weit weniger selbständige Frauen als Männer gibt.

Nach dieser Abgrenzung der Einkommen im Mikrozensus hatte gut ein Sechstel aller Erwerbstätigen (17,7 %) im Juni 1985 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 000 DM, weitere 12,3 % lagen zwischen 1 000 und 1 400 DM. 35,8 % verfügten über 1 400 bis 2 200 DM. Ein Viertel (24,6 %) dagegen gab ein Einkommen in der Gruppe von 2 200 DM und mehr an, während 9,6 % keine Angaben machten.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Berufen liegt der Anteil der erwerbstätigen Frauen, die ein monatliches Nettoeinkommen von bis zu 1 000 DM angegeben haben besonders hoch bei den Raum- und Hausratreinigerinnen (69,3 %), Friseusen (62,4 %) und Verkäuferinnen (52,6 %). Vor allem bei den Ersteren dürfte dieser Prozentsatz darauf zurückzuführen sein, daß diese Frauen in größerem Umfang teilzeitbeschäftigt sind.

Am oberen Ende der hier dargestellten Einkommensskala sind Frauen nur relativ selten zu finden. Hinzu kommt, daß in den typischen "Frauenberufen" im Juni 1985 monatliche Nettoeinkommen von 2 200 DM oder mehr in statistisch gesichertem Umfang nur in wenigen Berufsordnungen festgestellt werden konnten.

3.10 Erwerbstätige im Juni 1985 in ausgewählten Berufsordnungen und Einkommensgruppen*) 1 000

Ausgewählte 1)	Geschlecht	Insgesamt		Nettoeinko	nem monatlich mmen von er DM	en	Sonstige ²
Berufsordnung*'	descrieent	Insyesame	unter 1 000	1 000	1 400 - 2 200	2 200 und mehr	Sonstige
Familieneigene Langarbeits- kräfte, a.n.g	männlich weiblich	71 341	/	/	/	/	70 340
Oberbekleidungsnäher	männlich weiblich	/ 71	/ 35	27	6	/	/
Näher, a.n.g	männlich weiblich	/ 83	37	31	/ 10	/	/ 5
Köche	männlich weiblich	91 189	23 74	15 64	35 39	15	/ 11
Groß- und Einzelhandels-	männlich	410	40	27	96	210	38
kaufleute, Einkäufer	weiblich	236	73	44	57	34	28
Verkäufer	männlich	226	32	34	94	55	12
	weiblich	955	502	231	125	15	82
Bankfachleute	männlich	214	20	9	60	116	10
	weiblich	206	47	33	101	16	10
Unternehmer, Geschäfts- führer, Geschäftsbe- reichsleiter	männlich weiblich	474 94	6 12	8 10	53 28	376 34	33 10
Buchhalter	männlich	94	/	5	32	52	/
	weiblich	249	55	43	100	29	22
Datenverarbeitungsfach- leute	männlich weiblich	141 39	/ 5	/ 6	31 18	101	/
Bürofachkräfte	männlich	1 088	76	59	427	476	50
	weiblich	1 849	517	371	700	125	137
Stenographen, Stenotypisten,	männlich	11	/	/	6	/	/
Maschinenschreiber	weiblich	407	7 4	68	182	60	24
Krankenschwestern, -pfleger,	männlich	74	16	/	36	15	14
Hebammen	weiblich	378	109	57	181	18	
Sprechstundenhelfer	männlich weiblich	5 273	/ 103	/ 94	50	/ 6	/ 20
Kindergärtnerinnen,	männlich	/	/	,	/	/	/
Kinderpflegerinnen	weiblich	134	36	30	58	6	
Real-, Volks-, Sonder-	männlich	164	/	/	11	- 144	/
schullehrer	weiblich	241	12	28	63	130	8
Friseure	männlich	37	7	6	12	10	/
	weiblich	170	106	31	13	6	13
Gastwirte, Hoteliers,	männlich	93	11	13	28	29	12
Gaststättenkaufleute	weiblich	106	32	17	23	14	20
Kellner, Stewards	männlich	47	9	11	19	5	/
	weiblich	104	42	27	23	5	8
Raum-, Hausratreiniger	männlich weiblich	16 456	/ 316	/ 80	8 42	/	/ 15
Erwerbstätige insgesamt	männlich	16 402	1 431	1 098	6 762	5 723	1 386
	weiblich	10 225	3 294	2 164	2 773	815	1 178

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. 1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

Selbständige in der Landwirtschaft, Mithelfende Fami-lienangehörige bzw. Personen ohne Angabe des Ein-kommens.

3.11 Erwerbstätige Frauen nach Zahl der Kinder

Im Juni 1985 waren 10,3 Mill. Frauen, die in Privathaushalten lebten, erwerbstätig. Dies entsprach einem Anteil von 37,7 %. Von ihnen waren 9,2 Mill. als Arbeitnehmerinnen, 689 000 als Selbständige oder Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Land- und Forstwirtschaft und 491 000 als Selbständige oder Mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit ledigen Kindern betrug 4,3 Mill., wobei 52,2 % ein Kind, 35,3 % zwei Kinder und 12,5 % drei und mehr Kinder in ihrer Familie hatten.

Durchschnittlich kamen auf 100 erwerbstätige Frauen mit Kindern 164 Kinder. Bei den Arbeitnehmerinnen mit Kindern (3,5 Mill.) überwog die Einkindfamilie (55,3 %). Der Anteil der Zweikinderfamilie betrug 34,7 % und der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit drei und mehr Kindern 10,0 %. Auf 100 Arbeitnehmerinnen, die in ihrer Familie Kinder hatten, kamen im Durchschnitt 157 Kinder. Bei den als Selbständige bzw. Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen mit Kindern ergaben sich folgende Relationen: Mit einem Kind 37,7 %, mit zwei Kindern 37,9 % und mit drei und mehr Kindern 24,4 %. Im Durchschnitt hatten 100 Frauen dieser Gruppe 197 Kinder. Diese etwas höhere Kinderzahl wird insbesondere durch die in der Land- und Forstwirtschaft als Selbständige oder Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen beeinflußt. Betrachtet man nur die Frauen mit Kindern dieser Gruppe allein (363 000), so hatten 28,1 % ein Kind, 36,1 % zwei Kinder und 35,8 % drei und mehr Kinder in ihrer Familie. Auf 100 in der Landund Forstwirtschaft als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätige Frauen, die in ihrer Familie Kinder hatten, kamen im Durchschnitt 226 Kinder. Bei den nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern zeigte sich eine relativ ähnliche Aufgliederung nach der Kinderzahl wie bei den erwerbstätigen Frauen insgesamt: 47,9 % hatten nur ein Kind, 36,4 % zwei Kinder und 15,7 % drei und mehr Kinder. Auf 100 nichterwerbstätige Frauen, die Kinder in ihrer Familie hatten, kamen 174 Kinder.

Im Juni 1985 waren von den 1,5 Mill. ausländischen Frauen, die in Privathaushalten lebten, 44,4 % erwerbstätig. Von den erwerbstätigen ausländischen Frauen mit Kindern hatten 41,6 % nur ein Kind in ihrer Familie. Für die erwerbstätigen ausländischen Frauen mit zwei Kindern

3.11 Erwerbstätige Frauen im Juni 1985 nach Zahl der Kinder * }
1 000

•]						
Frauen	Frauen		Mithe	ndige und lfende angehörige	Abh	Nicht- erwerbs-	
Kinder	insgesamt	zu- sammen	zu- sammen	darunter außerhalb der Land- u. Forst- wirtschaft	zu- sammen	darunter außerhalb der Land- u. Forst- wirtschaft	tätige
		Ins	gesamt				
Insgesamt ohne Kinder mit Kindern 1 Kind 2 Kinder 3 Kinder 3 Kinder und mehr (inder insgesamt	27 476 17 267 10 208 5 073 3 668 1 467 17 331	10 347 6 096 4 251 2 220 1 499 533 6 974	1 180 431 750 283 284 183 1 477	689 303 386 180 153 53 658	9 167 5 665 3 502 1 937 1 215 350 5 497	9 063 5 601 3 463 1 922 1 201 340 5 421	17 129 11 171 5 957 2 854 2 169 934 10 357
		Auslän	derinnen				
Zusammen ohne Kinder mit Kindern I Kind 2 Kinder 3 Kinder	1 482 645 838 307 310 221 1 711	658 306 352 147 139 66 646	39 14 25 9 11 5 48	36 13 23 9 10 /	619 292 327 138 128 61 598	615 290 325 137 128 60 593	825 339 486 161 171 154 1 064

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

in der Familie betrug der entsprechende Anteil 39,5 %; 18,8 % lebten mit drei und mehr Kindern zusammen. Von den nichterwerbstätigen ausländischen Frauen mit Kindern hatten 35,1 % zwei Kinder in der Familie. Der Anteil der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern, in deren Familie drei und mehr Kinder lebten, belief sich auf 31,8 %. Daraus ergibt sich, daß auf 100 Frauen dieser letztgenannten Gruppe im Durchschnitt 219 Kinder entfielen.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen

Von den 15- bis 24jährigen Frauen waren im Juni 1985 50,0 % erwerbstätig. Sie stellten fast ein Viertel (24,0 %) aller erwerbstätigen Frauen. Unter den erwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe waren 15,6 % verheiratet, 5,9 % von ihnen hatten ledige Kinder. Von den nichterwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe waren 14,4 % verheiratet und 13,2 % hatten ledige Kinder in ihrer Familie.

Bei den 25- bis 34jährigen Frauen war der Anteil der Erwerbstätigen etwas höher (56,5 %). In dieser Altersgruppe waren die Unterschiede hinsichtlich des Familienstandes und der Kinderzahl noch stärker als in der jüngsten Gruppe: Bei den Nichterwerbstätigen betrug der Anteil der Verheirateten 81,3 % und 81,7 % hatten mindestens ein Kind. Bei den Erwerbstätigen dagegen lag der Anteil der Verheirateten mit 60,3 % niedriger, und nur 44,0 % hatten mindestens ein Kind in der Familie.

Bei den 35- bis 44jährigen Frauen erreichte der Grad der Erwerbstätigkeit 56,4 %. Bei den nichterwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe betrug der Anteil der Verheirateten 90,7 % und 88,7 % hatten mindestens ein lediges Kind. Bei den erwerbstätigen Frauen war der Anteil der Verheirateten mit 74,0 % höher als in den unteren Altersgruppen, jedoch deutlich niedriger als bei den nichterwerbstätigen Frauen. Von den erwerbstätigen Frauen hatten 69,9 % mindestens ein lediges Kind in der Familie. Der Anteil der Alleinstehenden mit Kindern war in dieser Altersgruppe bei den erwerbstätigen Frauen mit 15,4 % gut zweieinhalb Mal so hoch wie bei den nichterwerbstätigen Frauen mit 5,9 %.

Von den 45- bis 54jährigen Frauen waren immerhin noch 50,0 % erwerbstätig. Von den Erwerbstätigen dieser Altersgruppe waren 73,6 % verheiratet und 55,0 % hatten auch ledige Kinder in der Familie. Bei den nichterwerbstätigen Frauen zeigte sich gegenüber der nächstjüngeren Altersgruppe eine ähnliche Entwicklung. Die vergleichsweise geringere Kinderzahl der 45- bis 54jährigen Frauen wurde zweifellos dadurch hervorgerufen, daß in diesem Alter ein großer Teil der Kinder bereits die Familie verlassen hatte.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen im Juni 1985^{*)}
3.12.1 Frauen insgesamt
1 000

Alter des France		Ver-			Alleinstehend	1	
Alter der Frauen von bis unter Jahren	Ins- heiratet gesamt zusammen- lebend		zu- sammen	ledig ¹⁾	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden
		T					
		Insgesar	ΠT				
15 - 25 25 - 35 35 - 45 45 - 55 55 - 65 65 und mehr	4 958 4 331 3 970 4 303 4 142 5 772	746 3 006 3 229 3 471 2 746 1 745	4 212 1 325 742 832 1 396 4 027	4 149 957 255 223 322 450	36 103 90 66 41 38	26 74 269 842 3 351	25 240 323 273 191 188
Insgesamt	27 476	14 943	12 533	6 356	374	4 564	1 239
		ohne Kin	der				
15 - 25 25 - 35	4 482 1 714	349 661	4 134 1 052	4 098 883	24 52	/ 8	11 110
35 - 45	869 1 677 3 140 5 386	458 1 162 1 980 1 614	411 515 1 160 3 773	226 209 310 445	38 35 33 35	20 122 658 3 117	127 149 159 176
Zusammen	17 267	6 223	11 044	6 171	216	3 927	731
	mit Kin	dern (ohne Ali	tersbegrenz	ung)			
15 - 25	476 2 618 3 102 2 626 1 003 386	397 2 345 2 770 2 309 767 131	79 273 331 317 236 254	52 74 30 14 12 5	12 51 52 31 9	18 54 147 183 234	14 130 196 124 32 12
Zusammen	10 208	8 719	1 489	186	158	637	508

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

Von den 55- bis 64jährigen Frauen waren 22,0 % erwerbstätig. Hiervon waren - bedingt durch zunehmende Verwitwung - nur noch 58,4 % verheiratet. Ledige Kinder in der Familie hatten nur noch 28,5 %. Bei den Nichterwerbstätigen lag der Anteil der Verheirateten mit 68,5 % höher. Bei der Gruppe der Älteren (65 Jahre und älter) liegt das Übergewicht bei den Alleinstehenden, vor allem bei den nichterwerbstätigen Frauen, aber auch bei der sehr kleinen Zahl der noch in diesem Alter erwerbstätigen Frauen sind die Alleinstehenden in der Überzahl.

¹⁾ Einschl. Lediger, die Kinder in einer Familie sind.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen im Juni $1985^{*)}$ 3.12.2 Erwerbstätige Frauen 1 000

		Ver-		,	Alleinstehend	i	
Alter der Frauen von bis unter Jahren	Zu- sammen	heiratet zusammen- lebend	zu- sammen	ledig ¹⁾	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden
		Zusamm	en				
		Zusami	en en				
15 - 25 25 - 35 35 - 45 45 - 55 55 - 65 65 und mehr	2 481 2 445 2 240 2 150 911 120	388 1 474 1 658 1 582 532 46	2 094 971 581 567 379 75	2 059 734 217 185 138 18	20 61 64 44 12 /	15 47 141 152 51	13 162 254 197 77
Zusammen	10 347	5 680	4 667	3 350	202	407	709
15 - 25	2 334 1 369 674 967 652 101	ohne Kin 271 547 333 596 341 36	2 063 822 341 371 311 65	2 039 690 193 173 132 18	16 38 29 24 9	/ 6 14 66 108 42	8 88 104 108 62
Zusammen	6 096	2 124	3 972	3 245	116	237	374
	mit Kind	lern (ohne Al	tersbegrenz	ung)			
15 - 25	148 1 077 1 566 1 183 260 19 4 251	117 927 1 325 986 191 9	31 150 241 197 68 10	20 43 23 12 6 /	/ 23 35 21 / - 85	/ 9 33 75 45 9	6 75 150 89 15 /

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

¹⁾ Einschl. Lediger, die Kinder in einer Familie sind.

3.12 Familienstand und Alter der Frauen im Juni 1985^{*)} 3.12.3 Erwerbstätigenquoten

Prozent

		Ver-	Alleinstehend							
Alter der Frauen von bis unter Jahren	Zu- sammen	heiratet zusammen- lebend	zu- sammen	ledig ¹⁾	ver- heiratet getrennt- lebend	ver- witwet	ge- schieden			
		Zusamm	en							
15 - 25	50,0 56,5 56,4 50,0 22,0 2,1 37,7	52,0 49,0 51,4 45,6 19,4 2,6 38,0	49,7 73,3 78,4 68,2 27,2 1,9 37,2	49,6 76,7 84,8 82,6 43,0 4,0 52,7	55,8 58,8 71,1 66,4 28,3 /	57,3 63,1 52,5 18,1 1,5	53,4 67,7 78,8 72,4 40,1 /			
		ohne Kin	der							
15 - 25 25 - 35 35 - 45 45 - 55 55 - 65 50 und mehr Zusammen	52,1 79,9 77,6 57,7 20,8 1,9	77,7 82,7 72,7 51,3 17,2 2,2 34,1	49,9 78,1 82,9 72,0 26,8 1,7	49,8 78,2 85,6 82,6 42,7 3,9	65,8 72,4 75,9 67,1 28,4 /	79,2 70,3 54,1 16,3 1,4	67,3 79,7 82,4 72,9 38,9 /			
	mit Kin	dern (ohne Al	tersbearenz	una)						
15 - 25	31,1 41,1 50,5	29,5 39,5 47,8	39,1 54,9 72,7	39,4 59,0 79,1	45,0 67,6	47,8 60,4	42,0 57,5 76,5			
45 - 55	45,0 25,9 4,9	42,7 25,0 7,2	62,1 28,9 3,8	83,8 50,8 /	65,6 / -	51,1 24,4 3,7	71,7 46,4 /			
Zusammen	41,6	40,8	46,7	56,7	54,0	26,7	66,0			

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

¹⁾ Einschl. Lediger, die Kinder in einer Familie sind.

3.13 Erwerbstätige Frauen mit Kindern nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit

Fast zwei Drittel der im Juni 1985 erwerbstätigen Frauen hatten in der Berichtswoche normalerweise 40 Stunden und mehr gearbeitet. 20,3 % hatten eine übliche Arbeitszeit von 21 bis 39 Stunden und 17,4 % waren in der Berichtswoche normalerweise 20 und weniger Stunden tätig. Am höchsten war der Anteil derjenigen Frauen, die eine volle Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden leisteten, in der Altersgruppe der 15- bis unter 25jährigen (85,6 %). Mit höherem Alter nahm dieser Anteil ab. Innerhalb der Altersgruppe der 45- bis unter 65jährigen entfielen 51,9 % und innerhalb der Altersgruppe der 65 Jahre und älteren Frauen 41,4 % auf die Arbeitszeitkategorie 40 Wochenstunden und mehr. Die relativen Anteile der teilzeitbeschäftigten Frauen nahmen dagegen mit höherem Alter stark zu: 22,4 bzw. 25,8 % der 45- bis unter 65jährigen erwerbstätigen Frauen arbeiteten normalerweise nur bis 20 bzw. 21 bis 39 Stunden in der Woche.

Bei den alleinstehenden erwerbstätigen Frauen waren die gleichen altersspezifischen Veränderungstendenzen hinsichtlich der Arbeitszeitaufgliederung zu beobachten. Allerdings lag hier ein etwas höheres
Ausgangsniveau vor: 88,0 % der 15- bis unter 25jährigen alleinstehenden erwerbstätigen Frauen arbeiteten normalerweise 40 und mehr Stunden in der Woche.

Bei den erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 18 Jahren in der Familie ist, unabhängig vom Alter der Kinder, ein höherer Anteil von erwerbstätigen Müttern mit einer normalen Wochenarbeitszeit bis 20 Stunden zu verzeichnen. Bei diesen Müttern lagen die Anteile, je nach dem Alter der Mutter, zwischen 23,8 und 32,7 %. Für erwerbstätige Mütter mit einer Wochenarbeitszeit von 21 bis 39 Stunden beliefen sich, ebenfalls unabhängig vom Alter der Kinder unter 18 Jahren, die Anteile zwischen 23,0 und 25,5 %. Die Quote der erwerbstätigen Mütter mit einer vollen Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden war allgemein sehr viel niedriger als in der Gesamtheit aller erwerbstätigen Frauen. Die alleinstehenden erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren hatten, im Vergleich zur Gesamtheit aller erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren (42,8 %), einen höheren Anteil an der Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden (55,8 %).

Dementsprechend war bei einer Arbeitszeit bis 20 Stunden in der Woche der Anteil der alleinstehenden erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren mit 17,5 %, im Vergleich zu allen erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren (31,9 %), nur etwa halb so hoch.

Von den als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen hatten 63,7 % eine Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden, 14,6 % von 21 bis 39 Stunden und 21,7 % von unter 20 Stunden in der Berichtswoche. Für die erwerbstätigen Mütter dieser Gruppe mit Kindern unter 18 Jahren ergab sich keine wesentlich andere Aufgliederung. Anders sah die Arbeitszeitsituation dagegen bei den abhängig beschäftigten Frauen aus: 62,1 % waren normalerweise 40 und mehr Stunden in der Woche tätig, 21,0 % arbeiteten 21 bis 39 Stunden und 16,9 % bis 20 Stunden in der Woche. Bei den abhängig beschäftigten Müttern mit Kindern unter 18 Jahren lag der Anteil der bis 20 Stunden bzw. 21 bis 39 Stunden in der Woche Tätigen z.T. erheblich über der Vergleichsquote aller abhängig beschäftigten Frauen, während der Anteil der abhängig beschäftigten Mütter mit einer Wochenarbeitszeit von 40 und mehr Stunden weit unter der Vergleichsquote lag.

3.13 Erwerbstätige Frauen mit Kindern im Juni 1985 nach ihrer wöchentlichen Arbeitszeit *

	Em	Erwerbstätige Frauen insgesamt				Mit Kindern unter 6 Jahren				Mit Kindern unter 18 Jahren			
Stellung im Beruf		dav weis	on norma e geleis enarbeit	tete		dave	on normal geleist enarbeits	ete	Zu-	davon normaler- weise geleistete Wochenarbeitszeit			
Alter von bis unter Jahren	ins- ge- samt	bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr	zu- sam- men	bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr	sam- men	bis ein- schl. 20	21 bis 39	40 und mehr	
			Stunder		1		Stunden				Stunden		
	1 000		Z		1 000		2		1 000	L	%		
				I	nsgesamt								
Selbständige und Mithelfende									503	22.6	14.7	61,7	
Familienangehörige .	1 180	21,7	14,6	63,7	141	28,6	15,6	55,8	503	23,6	14,7		
Abhängige	9 167	16,9	21,0	62,1	832	34,8	24,0	41,2	2 603	33,5	27,3	39,1	
Insgesamt	10 347	17,4	20,3	62,3	972	33,9	22,8	43,3	3 106	31,9	25,3	42,8	
15 - 25	2 481	3,6	10,8	85,6	141	23,8	23,0	53,2	147	23,8	23,0	53,2	
25 - 45	4 685	21,0	21,6	57,4	817	35,9	22,7	41,4	2 365	32,7	25,5	41,7	
45 - 65	3 061	22,4	25,8	51,9	14	/	1	51,8	593	30,7	24,9	44,4	
65 und mehr	120	37,5	21,1	41,4	1	-	-	/	/	/	/	/	
				dar. Al	leinsteh	ende ¹⁾							
Selbständige und Mithelfende													
Familienangehörige .	271	16,8	12,8	70,3	7	/	/	/	34	/	/	73,8	
Abhängige	4 396	5,9	14,6	79,4	99	19,8	26,3	53,9	427	17,9	27,8	54,4	
Zusammen	4 667	6,6	14,5	78,9	105	20,3	25,8	53,9	461	17,5	26,6	55,8	
15 - 25	2 094	2,4	9,6	88,0	27	/	22,3	62,5	30	/	22,5	62,4	
25 - 45	1 553	7,9	16,6	75,5	76	22,1	26,9	51,0	334	17,1	27,1	55,8	
45 - 65	947	11,3	21,5	67,2	/	/	/	/	96	19,8	26,5	53,7	
65 und mehr	75	38,0	19,3	42,8	-	-	-	-	/	1	-	/	

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung in Privathaushalten.

¹⁾ Einschl. Lediger, die Kinder in einer Familie sind.

3.14 Erwerbstätige nach ausgewählten Berufsgruppen sowie nach Staatsangehörigkeit

Angaben über Erwerbstätige in beruflicher Gliederung werden nur in Abständen von zwei Jahren erhoben. In der Tabelle sind die Ergebnisse des Mikrozensus von Juni 1985 enthalten, und zwar beschränkt auf die beiden größten Berufsgruppen, nämlich die Fertigungs- und die Dienstleistungsberufe, die zu diesem Zeitpunkt 86,7 % aller Erwerbstätigen bzw. 89,9 % der erwerbstätigen Frauen umfaßten. Dabei entfielen 74,2 % der erwerbstätigen Frauen gegenüber 44,0 % der erwerbstätigen Männer auf die Dienstleistungsberufe, wogegen 15,7 % der ersteren und 40,7 % der letzteren in Fertigungsberufen tätig waren. Die erwerbstätigen deutschen Frauen waren weit überwiegend (75,8 %) in Dienstleistungsberufen und nur zu einem relativ geringen Teil (13,8 %) in den Fertigungsberufen anzutreffen. Zwar waren auch mehr erwerbstätige Ausländerinnen in Dienstleistungs- als in Fertigungsberufen beschäftigt, jedoch war der Unterschied in den Anteilswerten - 50,8 zu 43,7 % - wesentlich geringer.

Die Fertigungs- bzw. die Dienstleistungsberufe werden zwar weit überwiegend in Unternehmen oder Institutionen der entsprechenden Wirtschaftsbereiche ausgeübt, es zeigen sich aber auch deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Im Juni 1985 übten 75,0 % der Frauen gegenüber 85,5 % der Männer, die in Fertigungsberufen tätig waren, diese in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes aus, wogegen 83,1 % der Frauen und 78,7 % der Männer in Dienstleistungsberufen in den Wirtschaftsbereichen Handel, Verkehr und Dienstleistungen beschäftigt waren. Der Anteil deutscher Frauen, die einen Fertigungsberuf in den letztgenannten Wirtschaftsbereichen ausübten, lag mit 25,3 % über dem entsprechenden Anteil der Ausländerinnen (22,0 %). Zugleich übertraf auch der Anteil deutscher Frauen mit Dienstleistungsberufen im Produzierenden Gewerbe (16,7 %) den entsprechenden Ausländerinnenanteil (13,6 %).

Die von deutschen Frauen am häufigsten ausgeübten Fertigungsberufe waren Textilverarbeitung sowie Hilfsarbeit ohne nähere Tätigkeitsangabe mit 16,4 bzw. 18,6 %. Die höchsten Anteilswerte in den Dienst-

leistungsberufen waren bei den deutschen Frauen mit 31,5 % in der Berufsgruppe der Bürofach- und Bürohilfskräfte und mit 17,2 % bei den Warenkaufleuten zu verzeichnen. Unter den in Fertigungsberufen tätigen Ausländerinnen waren die Hilfsarbeiterinnen mit 25,5 und die Speisenbereiterinnen mit 15,4 % am stärksten vertreten, während in den Dienstleistungsberufen Ausländerinnen am häufigsten in den Reinigungsberufen mit 23,8 und bei den Bürofach- bzw. Bürohilfskräften mit 15,6 % in Erscheinung traten.

3.14 Erwerbstätige im Juni 1985 nach ausgewählten Berufsgruppen sowie nach Staatsangehörigkeit*) 1 000

				Darunter Wirtschaftsbereiche							
Ausgewählte _{l)} Berufsgruppen	Geschlecht		esant	1	erbe	Handel, Verkehr und Nachrichten- übermittlung		Übrige Wirt- schaftsbereiche			
		Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder		
			Ferti	gungsberuf	e						
Erwerbstätige insgesamt	männlich weiblich	15 033 9 571	1 368 654	7 488 2 369	958 280	2 480 2 074	146 81	4 410 4 544	249 286		
Fertigungsberufe zusammen	männlich weiblich	5 821 1 317	853 286	4 942 981	764 222	459 116	35 17	410 217	52 46		
darunter: Kunststoffverarbeiter	männlich weiblich	26 14	7 /	25 13	7 /	/	/	/	/		
Metallverformer (spanlos)	männlich weiblich	34 12	9 /	33 11	9 /	/	/	/	/		
Montierer und Metall- berufe a.n.g	männlich weiblich	128 106	49 34	117 103	47 33	6 /	/	5 /	/		
Spinnberufe	männlich weiblich	8 10	5 /	8 10	5 /	/	/	/	1		
Textilverarbeiter	männlich weiblich	21 216	7 30	18 183	6 27	/ 19	/	/ 14	/		
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	männlich weiblich	42 38	7 6	36 36	6 5	/	/	/	/		
Speisenbereiter	männlich weiblich	72 146	20 44	6 18	/	/ 8	/	63 120	18 38		
Warenprüfer, Versand- fertigmacher	männlich weiblich	126 156	26 29	99 118	22 25	17 29	/	11 8	//		
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	männlich weiblich	364 245	151 73	255 177	128 62	39 29	9 5	67 38	13		
			Dienstl	eistungsbe	rufe						
Erwerbstätige insgesamt	männlich weiblich	15 033 9 571	1 368 654	7 488 2 369	958 280	2 480 2 074	146 81	4 410 4 544	249 286		
Dienstleistungsberufe zusammen	männlich weiblich	6 849 7 258	368 332	1 419 1 214	94 45	1 857 1 873	102 60	3 553 4 145	171 227		
darunter: Warenkaufleute	männlich weiblich	760 1 245	40 39	178 209	/	517 965	26 26	60 66	9		
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungs- fachleute	männlich weiblich	255 366	12 12	117 117	/	36 135	/	101 112	ს 5		
Bürofach-, Bürohilfs- kräfte	männlich weiblich	1 106 2 283	22 52	336 704	7 18	308 474	6 11	458 1 097	9 23		
Übrige Gesundheitsdienst- berufe 2)	männlich weiblich	126 791	5 39	6 6	/	/ 14	/	120 771	/ 38		
Lehrer	männlich weiblich	369 349	19 11	/	,	/	,	363 347	19 11		
Körperpfleger	männlich weiblich	35 179	/ 12	. /	, ,	. /	//	34 174	/		
Gästebetreuer	männlich weiblich	103 210	48 31	/ 7	/	/	,	99 192	46 28		
Hauswirtschaftliche Berufe	männlich weiblich	7 158	/ 15	/ 8	/	/	/	137	13		
		1 200		v	/	1	/	121	13		

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. 1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975.

²⁾ Gesundheitsdienstberufe außer Ärzte und Apotheker.

3.15 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit der männlichen Ausländer lag 1985 mit mehr als zwei Dritteln der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe. Die deutschen männlichen Erwerbstätigen waren fast zur Hälfte in diesem Bereich tätig. Von den Ausländerinnen arbeiteten etwa gleich viele, nämlich jeweils über vier Zehntel, im Produzierenden Gewerbe und in den Übrigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen), während von den deutschen Frauen nahezu die Hälfte auf den Dienstleistungsbereich und etwa ein Viertel auf das Produzierende Gewerbe entfiel.

In der Gliederung nach der Stellung im Beruf ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen. Der Anteil der Arbeiter war bei den Ausländern weitaus größer als bei den Deutschen, alle anderen Gruppen wiesen bei den Ausländern geringere Anteile auf als bei den Deutschen. Unabhängig von der Nationalität waren Frauen weniger als Männer als Arbeiter sowie als Selbständige und Mithelfende Familienangehörige tätig, wogegen der Anteil der Auszubildenden bei den Frauen über dem der Männer lag.

Von den ausländischen Männern waren drei Viertel, von den deutschen nur vier Zehntel Arbeiter. Unter den Ausländerinnen waren fast zwei Drittel, von den deutschen etwa ein Viertel Arbeiterinnen. Dagegen waren nahezu sechs Zehntel der Deutschen als Beamtinnen und Angestellte, aber nur etwas mehr als ein Viertel der Ausländerinnen als Angestellte tätig.

3.15 Erwerbstätige im Juni 1985 nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit^{*)} 1 000

		1		Davon								
Wirtschafts- bereich	Ge- schl.			Selbst. u. Mithelf. Familien- angehörige		Ange- stellte/ Beamte		Arbeiter		Auszu- bildende		
		Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	Deut- sche	Aus- län- der	
Land- u. Forst- wirtschaft, Fischerei	m W	656 584	15 7	478 487	/	30 22	/	118 55	10 /	29 20	/	
Produzierendes Gewerbe	m w	7 488 2 369	958 280		20 6	2 008 1 019	74 31	4 424 1 091	836 240		28 /	
Handel, Verkehr und Nachrich- tenübermitt- lung	m W	2 480 2 074	146 81		22 7	1 205 1 377	36 33	778 332			/	
Übrige Wirt- schafts- bereiche	m W	4 410 4 544			53 22	3 100 3 063	94 107	667 832			5 15	
Insgesamt	m W	15 033 9 571	1 368 654		101 39	6 343 5 481	204 171	5 987 2 310			36 22	

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

3.16 Ausländische Erwerbstätige nach Alter und Familienstand

Nicht nur bei der Bevölkerung insgesamt, auch bei den Erwerbstätigen, unterscheidet sich die Altersgliederung der Ausländer erheblich von der der Deutschen. Gleiches gilt auch für die Gliederung nach dem Familienstand.

Im Juni 1985 waren 654 000 Ausländerinnen im Bundesgebiet erwerbstätig, das war fast ein Drittel (32,3 %) aller ausländischen Erwerbstätigen. Der Anteil der Frauen an den ausländischen Erwerbstätigen war in der Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen mit 38,5 % und bei den bis 25jährigen mit 38,6 % am höchsten. Dieser Anteil war bei den 35jährigen und älteren ausländischen Erwerbstätigen mit einem guten Viertel (28,0 %) deutlich kleiner als bei den jüngeren.

Die Hälfte der erwerbstätigen Ausländerinnen (49,1 %) war jünger als 35 Jahre. Bei den erwerbstätigen Deutschen war der Anteil dieser Altersgruppe mit 47,2 % geringer. Dafür lag der Anteil der 45jährigen und älteren erwerbstätigen Ausländerinnen mit 20,3 % erheblich unter dem der Deutschen (31,7 %).

Von den erwerbstätigen Ausländerinnen waren annähernd drei Viertel (70,4 %) verheiratet, während sich dieser Anteil bei den Deutschen auf 56,1 % belief. Der Anteil der Alleinstehenden war dementsprechend bei den Ausländerinnen deutlich niedriger. Dies war vor allem dadurch bedingt, daß der Anteil der Ledigen unter ihnen mit 21,0 % um rd. ein Drittel geringer war als bei den Deutschen (32,9 %).

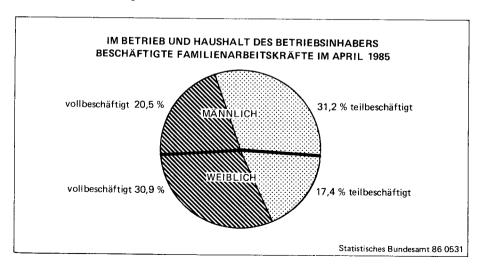
3.16 Ausländische Erwerbstätige im Juni 1985 nach Alter und Familienstand *)

	Ins-	Familienstand						
Alter von bis unter Jahren	gesamt	ledig	ver- heiratet	ver- witwet	ge- schieden			
	1 000		Ž					
	In	sgesamt						
unter 25	308	69,8	29,6	/	/			
25 - 35	527	19,5	76,4	/	3,7			
35 - 45	668	7,2	88,0	0,8	4,0			
45 - 55	409	5,5	88,3	1,7	4,5			
55 - 65	102	7,6	78,4	6,9	7,0			
65 und mehr	9	/	70,7	/	/			
Insgesamt	2 022	19,6	75,6	1,1	3,7			
	Ņ	länner						
unter 25	189	72,2	27,5	/	/			
25 - 35	324	22,8	74,9	/	2,0			
35 - 45	468	6,4	90,5	/	2,8			
45 - 55	305	4,9	91,3	/	3,3			
55 - 65	74	/	88,7	/	/			
65 und mehr	7	/	73,0	/	/			
Zusammen	1 368	19,0	78,1	0,5	2,5			
	F	rauen						
unter 25	119	66,0	32,9	/	/			
25 - 35	203	14,3	78,7	/	6,4			
35 - 45	200	9,0	82,3	/	7,0			
45 - 55	103	7,2	79,6	5,2	8,0			
55 - 65	28	/	51,1	/	/			
65 und mehr	/	/	/	/	1			
Zusammen	654	21,0	70,4	2,4	6,2			

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

3.17 Betriebsinhaber und Familienangehörige in der Landwirtschaft

In den landwirtschaftlichen Betrieben wurden - nach der Arbeitskräfteerhebung vom April 1985 - 2,50 Mill. Betriebsinhaber und Familienangehörige im Alter von 15 und mehr Jahren ermittelt. Fast die Hälfte dieser Personen waren Frauen (1,21 Mill.). Bei den 735 000 Betriebsinhabern waren die Frauen allerdings nur mit einem Anteil von 8,2 % vertreten. Der Anteil der weiblichen Familienangehörigen, die im landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. Haushalt des Betriebsinhabers) tätig waren, betrug dagegen 73,2 %. Von den 675 000 männlichen Betriebsinhabern hatten fast die Hälfte (46,7 %) angegeben, in ihrem Betrieb vollbeschäftigt zu sein, während der andere Teil mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigt war. Daneben waren 44,4 % der männlichen Betriebsinhaber noch anderweitig erwerbstätig. Bei den 60 000 weiblichen Betriebsinhabern waren 63,8 % im landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigt und 36,2 % teilbeschäftigt. Nur 18,5 % der weiblichen Betriebsinhaber waren noch anderweitig erwerbstätig. Von den 1,8 Mill. Familienangehörigen waren 50,9 % mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushaltstätigkeiten) beschäftigt, der entsprechende Anteil bei den weiblichen Familienangehörigen (51,1 %) lag nur wenig über dem der männlichen Familienangehörigen (50,6 %). Von den männlichen Familienangehörigen waren 43,2 % und von den weiblichen Familienangehörigen 19,1 % anderweitig erwerbstätig.



3.17 Betriebsinhaber und Familienangehörige in der Landwirtschaft im April 1985*)

Altor		Und zwar									
Alter	Personen- gruppe	Ins-	im Betrieb ei halt 1) be		im Betrieb beschäftigt		rweitig rbstätig				
bis unter Jahren	Geschlecht	gesamt	zu- sammen	voll- beschäftigt	zu- sammen	zu- sammen	und im Be trieb be- schäftigt				
	-				<u>'</u>		1 331141 31				
15 - 25	Betriebsinhaber	14	14	6	14	7	7				
	dar. Frauen	2	2	1	2	1	1				
	Familienangehörige	567	225	46	169	294	77				
	dar. Frauen	258	93	17	39	132	12				
	Zusammen	581	239	53	184	301	84				
	dar. Frauen	259	95	18	40	133	13				
25 - 65	Betriebsinhaber	675	675	339	675	301	301				
20 00	dar. Frauen	48	48	34	48	10	10				
	Familienangehörige	881	772	546	622	191	85				
	dar. Frauen	690	651	509	502	86	. 29				
	Zusammen	1 556	1 447	885	1 297	492	386				
	dar. Frauen	738	699	543	550	96	39				
65 u.	Betriebsinhaber	46	46	11	46	2	2				
mehr	dar. Frauen	11	11	4	11	0	(
INCTIT	Familienangehörige	318	184	37	108	2	1				
	dar. Frauen	201	120	27	46	1	(
	Zusammen	364	230	47	154	5	\$				
	dar. Frauen	211	131	31	57	2	1				
Insgesamt	Betriebsinhaber	735	735	356	735	310	310				
	dar. Frauen	60	60	38	60	11	11				
	Familienangehörige	1 767 1 148	1 181 865	629 553	900 587	487 220	16:				
	dar. Frauen	1 140	503	333	30 7	220	•				
	Insgesamt	2 501	1 916	985	1 635	797	474				
	dar. Frauen	1 208	925	592	647	231	5				

^{*)} Arbeitskräftestichprobe in der Landwirtschaft. - Bundesgebiet ohne Hamburg, Bremen und Berlin.
1) Des Betriebsinhabers.

3.18 Personalentwicklung im unmittelbaren öffentlichen Dienst

Die Personalentwicklung von 1963 bis 1983 im öffentlichen Dienst ist sowohl bei den Vollzeit- als auch bei den Teilzeitbeschäftigten durch eine Zunahme gekennzeichnet. Bei den Vollzeitbeschäftigten fiel sie mit 27,6 % wesentlich niedriger aus als bei den Teilzeitbeschäftigten mit 206,4 %. Das Ansteigen der Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen war mit 61,2 % bei den Vollzeitbeschäftigten und mit 247,0 % bei den Teilzeitbeschäftigten deutlich stärker als in der Gesamtheit.

Unterschieden nach der dienstlichen Stellung der Vollzeitbeschäftigten zeigte sich der stärkste Anstieg in diesem Zeitraum bei den Beamtinnen und Richterinnen mit 111,1 %. Der Anteil der Frauen an den Beamten und Richtern nahm von 13,2 % (1963) auf 20,5 % (1983) zu. Die Zahl der weiblichen Angestellten stieg im gleichen Zeitraum um 68,5 % an, während sich der Anteil der Frauen an den Angestellten von 50,0 % (1963) auf 55,3 % (1983) erhöhte. Die Zahl der Arbeiterinnen ging in diesem Zeitraum bei einem um rd. 17 % gleichbleibenden Anteil um 11,6 % zurück.

Teilzeitbeschäftigung wurde im öffentlichen Dienst in zunehmendem Maße von Frauen ausgeübt: Ihr Anteil stieg von 82,3 % (1963) auf 93,1 % (1983). Besonders ausgeprägt war dieser Anstieg bei den Beamtinnen und Richterinnen, deren Anteil von 36,1 auf 93,4 % anstieg, wobei er 1974 mit 96,8 % sogar noch etwas höher gelegen hatte. Der Anteil der weiblichen Angestellten stieg in der gleichen Zeit von 66,2 auf 91,7 % an. Bereits 1963 wiesen die Arbeiterinnen den höchsten Anteilswert (87,4 %) auf. Daran hatte sich auch 1983 mit einem Anteil von 94,6 % nichts geändert.

3.18 Personalentwicklung im unmittelbaren öffentlichen Dienst*)

Beschäftigungsumfang	Ge-	Ein-	2. Ok	tober		30. Juni	
Dienstverhältnis	sch1.	heit	1963	1969	1974	1980	1983
Vollbeschäftigte	i w w	1 000 1 000 %	2 840,4 685,5 24,4	3 011,9 801,9 26,6	3 430,6 1 002,5 29,2	3 597,9 1 099,1 30,5	3 623,4 1 104,7 30,5
Beamte u. Richter	Z W W	1 000 1 000 %	1 248,2 165,0 13,2	1 378,7 222,3 16,1	1 535,0 279,2 18,2	1 672,5 340,7 20,4	1 701,0 348,3 20,5
Angestellte	Z W W	1 000 1 000 %	740,2 369,9 50,0	861,0 440,2 51,1	1 054,7 568,8 53,9	1 125,5 617,1 54,8	1 127,4 623,2 55,3
Arbeiter	Z W W	1 000 1 000 %	852,0 150,6 17,7	772,2 139,4 18,1	840,9 154,5 18,4	799,9 141,3 17,7	795,0 133,2 16,8
Teilzeitbeschäftigte ¹⁾	i W W	1 000 1 000 %	165,4 136,0 82,3	222,3 196,1 88,2	307,1	428,6 400,3 93,4	506,8 471,9 93,1
Beamte u. Richter	z W W	1 000 1 000 %	1,9 0,7 36,1	2,5	24,5	53,1	110,8 103,5 93,4
Angestellte	z W W	1 000 1 000 %		60,5	122,4	179,7	214,3 196,4 91,7
Arbeiter	Z W W	1 000 1 000 %		133,1	160,2	167,4	181,7 171,9 94,6

^{*)} Ergebnis der Personalstandstatistik, bereinigte Daten.

1) Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines Vollbeschäftigten.

3.19 Arbeitslose

Ende September 1985 waren bei den Arbeitsämtern 2 150 897 Personen als arbeitslos gemeldet. Bezogen auf die abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) ergab das eine Arbeitslosenquote von 8,7 %. Fast die Hälfte der Arbeitslosen waren Frauen; deren Arbeitslosenquote war mit 10,4 % deutlich höher als die der Männer (7,5 %).

Von den 1 018 653 arbeitslosen Frauen suchten 22,6 % eine Teilzeitbeschäftigung. 62,0 % der teilzeitarbeitsuchenden arbeitslosen Frauen wünschten eine Vormittagsbeschäftigung; nur 10,7 % eine Nachmittagsstelle. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Teilzeitarbeit fast ausschließlich von Frauen gesucht wird. Lediglich 2,4 % der Arbeitslosen, die eine Teilzeitarbeit wünschten, waren Männer; oder anders ausgedrückt: 22,6 % der arbeitslosen Frauen gegenüber 0,5 % der arbeitslosen Männer suchten Ende September 1985 eine Teilzeitbeschäftigung.

Mehr als vier von zehn arbeitslosen Frauen hatten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, da sie die Voraussetzung für den Leistungsbezug nicht erfüllten. Dabei dürfte es sich vorwiegend um Frauen handeln, die neu auf den Arbeitsmarkt kamen oder sich nach einer längeren Unterbrechung wieder um einen Arbeitsplatz bemühten. Die Hälfte der arbeitslosen Frauen hatte keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Zahl der arbeitslosen Frauen mit Fachhoch- bzw. Hochschulabschluß war im Jahr 1985 mit rd. 55 900 relativ hoch und ist in den letzten Jahren besonders stark angestiegen. Diese für Frauen ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist u.a. dadurch bedingt, daß unter den weiblichen Arbeitslosen überdurchschnittlich viele Angehörige der Berufe vertreten waren, bei denen die Aufnahmefähigkeit des Marktes begrenzt ist (z.B. den Lehrerberufen).

3.19 Arbeitslose Ende September 1985*)

Gegenstand der	Insges	samt	Weiblich			
Nachweisung	Anzah 1	%	Anzah 1	%	% ¹⁾	
Insgesamt	2 150 897	100	1 018 653	100	47,4	
	nach Alter	sgruppen				
Alter von bis unter Jahren						
unter 25	563 545 951 411 635 941	26,2 44,2 29,6	300 893 462 879 254 881		53,4 48,7 40,1	
nach d	er gewünsch	ten Arbei	tszeit			
Vollzeitarbeit Teilzeitarbeit	1 914 516 236 381	89,0 11,0	788 044 230 609	,	41,2 97,6	
na	ch der Beru	fsausbild	ung			
Mit abgeschl. Berufsausb Praktische Berufsausb Berufsfach/Fachschulen Fachhoch-/Hochschule	1 081 816 857 866 106 415 117 535	39,9 4,9 5,5	508 932 381 073 71 973 55 886	37,4 7,1 5,5	47,0 44,4 67,6 47,5	
Ohne abgeschl. Berufsausb	1 069 081	49,7	509 721	50,0	47,7	
, n	ach dem Lei	stungsbez	ug			
Empfänger von Arbeitslosengeld Arbeitslosenhilfe	678 740 568 350		344 676 155 723		50,8 27,4	
Personen, die Arbeitslosengeld/ -hilfe beantragt haben		10,4	98 957	9,7	44,2	
Personen ohne Anspruch auf Leistungen	680 009	31,6	419 297	41,2	61,7	
nac	h der Stell	ung im Be	ruf			
Angestellte	797 137 1 353 760		557 443 461 210	- ,	69,9 34,1	

^{*)} Bundesanstalt für Arbeit. 1) Anteil an der Spalte "Insgesamt".

3.20 Berufliche Förderung

Die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur beruflichen Förderung erreichen die Frauen noch immer in deutlich geringerem Maße als die Männer, wenngleich der Anteil der Frauen bei den Eintritten in derartige Maßnahmen von 24,4 % im Jahre 1974 auf 33,5 % im Jahre 1985 zugenommen hat. Dabei haben sich die Gewichte zwischen den einzelnen Maßnahmearten verschoben: Während der Anteil der Frauen an den Personen, die in Fortbildungsmaßnahmen eintraten, deutlich von 20,8 auf 33,3 % anstieg, ging dieser Anteil bei der Umschulung um 4,8 und bei der Einarbeitung um 3,7 Prozentpunkte zurück.

In bezug auf die Beendigung der Maßnahmen fällt zunächst auf, daß der Anteil der Frauen an den Personen, die das Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung insgesamt erreicht hatten (1974: 21,9 %, 1985: 33,1 %), in etwa den Proportionen bei den Eintritten entsprach (1974: 24,4 %, 1985: 33,5 %). Sobald es sich aber um qualifizierte Abschlüsse wie Meisterprüfungen handelte, zeigte sich eine wesentlich geringere Beteiligung, obwohl auch hier im Vergleich der Jahre 1985 und 1974 prozentual eine ansteigende Tendenz festzustellen war. Im Jahre 1985 legten nur 8,7 % (1974: 5,7 %) Frauen im Rahmen derartiger Maßnahmen die Meisterprüfung ab. Bei denjenigen, die auf diesem Wege eine Lehre erfolgreich abschließen konnten, waren 31,1 % Frauen, hier ist gegenüber 1974 (= 13,1 %) eine deutliche Steigerung festzustellen.

Bei denjenigen, die das Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung nicht erreicht hatten, lag der Anteil der Frauen mit 33,0 % im Jahre 1985 gleich hoch wie bei den erfolgreichen Abschlüssen. In ca. neun von zehn Fällen äußerte sich der Mißerfolg in einem vorzeitigen Ausscheiden. Besonders auffallend ist hierbei, daß der Anteil der Frauen an den "Abbrechern" sich von 1974 (= 16,9 %) auf 1985 (= 33,9 %) verdoppelt hat.

Bei der Maßnahme der Einarbeitung hat sich hingegen der Anteil der Frauen von 1974 (= 36,4 %) auf 1985 (= 31,0 %) leicht verringert. Hier war der Anteil der Frauen an denen, die die Maßnahme erfolgreich beendet haben, sowohl 1985 (= 31,6 %) als auch 1974 (= 37,5 %) deutlich höher als bei denen, die die Einarbeitung nicht beendeten (26,5 bzw. 29,8 %).

3.20 Berufliche Förderung*)

			Teiln	ehmer					
Gegenstand		1974			1985				
der Nachweisung	insges.	w	eibl.	insges.		eibl.			
	1 000		1 %	10	000	%			
Eintritte in Ma	örderung ¹⁾								
Fortbildung	200	42	20,8	337	112	33,3			
Umschulung	36	15	41,0	45	16	36,2			
Einarbeitung	11	4	34,2	28	8	30,5			
Insgesamt	248	60	24,4	409	137	33,5			
Austritte aus Maßnahmen zur beruflichen Förderung $^{1)}$									
Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung erreicht	138	30	21,9	269	89	33,1			
dar. mit Prüfung	121	25	20,6	171	50	29,5			
zum Meister	20	1	5,7	22	2	8,7			
Lehrabschluß	8	1	13,1	23	7	31,1			
Sonstige	93	23	24,5	126	41	32,7			
Schulungsziel in Fortbildung und Umschulung nicht erreicht	23	4	16,5	83	27	33,0			
dar. vorzeitig ausge- schieden	. 18	3	16,9	74	25	33,9			
Einarbeitung	7	2	36,4	22	7	31,0			
beendet	6	2	37,5	20	6	31,6			
nicht beendet	1	0	29,8	2	1	26,5			
Insgesamt	168	39	21,7	374	123	32,9			

^{*)} Bundesanstalt für Arbeit.

1) Meldungen; nicht identisch mit Personen, die im Berichtszeitraum die Maßnahmen begonnen bzw. beendet haben.



4 Bildung

Das Erreichen bestimmter beruflicher bzw. gesellschaftlicher Positionen ist u.a. davon abhängig, welche schulische Bildung eine Person erworben hat. Für die Darstellung und die Analyse der Situation der Frauen in Beruf und Gesellschaft sind deshalb die Ergebnisse der Bildungsstatistik von besonderer Bedeutung.

Diese Daten werden aus verschiedenen Quellen gewonnen:

- Der Mikrozensus gibt in zweijährigen Abständen einen Überblick über den Stand der schulischen und beruflichen Bildung der gesamten Bevölkerung.
- Die Schulstatistik liefert Daten über die Schüler an Schulen der allgemeinen sowie der beruflichen Aus- und Fortbildung.
- Die Hochschulstatistik weist nach, welche Fächer von den Studierenden belegt, welche Hochschulen von ihnen besucht und welche Prüfungen von ihnen abgelegt werden.
- Die Personalstatistik erbringt Angaben über die Unterrichtenden an Schulen und Hochschulen.

Die Ergebnisse dieser Statistiken zeigen, daß in bezug auf die schulische wie auf die berufliche Bildung in der Vergangenheit erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar waren, die z.T. auch noch in die nahe Zukunft fortwirken werden. Sie machen aber auch deutlich, daß diese Unterschiede im Lauf der Zeit immer geringer geworden sind, und sie lassen vermuten, daß in nicht allzu ferner Zukunft das Geschlecht kein entscheidender Bestimmungsgrund mehr für das berufliche und gesellschaftliche Schicksal sein wird.

4.1 Bevölkerung nach Bildungsabschluß

Alle zwei Jahre werden im Rahmen des Mikrozensus die erworbenen Schul- bzw. beruflichen Bildungsabschlüsse der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erfragt. Die Daten vom Juni 1985 zeigen, daß hinsichtlich des Bildungs- bzw. Ausbildungsstandes zwischen Männern und Frauen beträchtliche Unterschiede bestehen: So war der Prozentsatz der Frauen, die die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife erworben (8,9 %) oder die einen Hochschul- bzw. Fachhochschulabschlußerreicht hatten (3,8 %), erheblich geringer als der der Männer (15,6 % bzw. 9,1 %) (beide Prozentzahlen bezogen auf die Bevölkerung im Alter von fünfzehn oder mehr Jahren). Selbst der Anteil der Frauen, die eine Lehr- bzw. Anlernausbildung abgeschlossen hatten, lag mit 40,8 % um rund ein Fünftel unter dem der Männer (51,1 %). Insgesamt hatten 68,7 % der Männer gegenüber 46,8 % der Frauen eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.

Aus diesen Differenzen werden unterschiedliche Einstellungen in bezug auf Bildung und Ausbildung von Knaben und Mädchen sichtbar, die sich aber im Laufe der Zeit verändert haben. Diese Veränderung wird in der Aufgliederung nach dem Alter deutlich, und zwar überlagern sich hier zwei Entwicklungstendenzen:

- Jüngere Menschen haben tendenziell in höherem Umfang eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. die Schulbildung einer weiterführenden Schule als ältere Menschen.
- Früher hatten Männer in höherem Umfang eine abgeschlossene Berufsausbildung als Frauen. Seit einiger Zeit ist dieser Unterschied zurückgegangen.

Von den im Juni 1985 25 bis unter 35 Jahre alten Männern hatten 57,3 % eine Lehre oder eine Anlernzeit abgeschlossen, bei den 65jährigen bzw. älteren waren es hingegen 52,6 %. Bei den Frauen der gleichen Altersgruppen waren es 58,0 bzw. 26,2 %. Ähnliche Differenzen ergeben sich bei den Personen mit abgeschlossener Hochschul- bzw. Fachhochschulausbildung. Hier sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei den 25- bis unter 35jährigen gegenüber den älteren relativ gering; 9,5 % der Frauen gegenüber 13,9 % der Männer dieser Altersgruppe waren Hochschul- bzw. Fachhochschulabsolventen. Bei den 65jährigen oder älteren waren die entsprechenden Anteile deutlich niedriger, nämlich 1,2 % zu 7,4 %.

4.1 Bevölkerung im Juni 1985 nach Bildungsabschluß*)

		1		Und 2	war			
\			lgemeinbilde chulabschluß		mit berufsbildendem oder Hochschulabschluß			
Alter von bis unter Jahren	gesamt H	Volks-/ Haupt- schul- abschluß ¹)	Realschul- oder gleich- wertiger Abschluß	Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	Lehr-/ Anlern- aus- bildung ²)	Fachschul- abschluß 3)	Fachhoch- schul-/ Hochschul- abschluß 4)	
	1 000			1	\$ 5)			
		Weibli	ich					
15 - 25 25 - 35 35 - 45 45 - 55 55 - 65 50 und mehr Zusammen	4 860 4 259 3 943 4 284 4 131 5 960 27 436	33,5 54,4 67,4 78,4 80,6 83,3 66,5	30,4 26,4 21,5 15,3 13,2 11,7	14,7 18,1 9,9 5,1 4,7 2,8 8,9	34,5 58,0 55,3 42,3 35,8 26,2 40,8	1,3 4,2 3,5 2,1 1,8 1,2 2,2	0,9 9,5 7,1 3,1 2,4 1,2 3,8	
		Männl	ich					
15 - 25	5 187 4 360 4 040 4 410 3 260 3 327 24 583	43,6 54,6 64,8 76,2 76,0 76,4 63,6	21,4 18,0 16,4 11,8 11,8 11,6	14,3 26,6 18,2 11,3 11,1 10,0	35,0 57,3 54,9 55,7 56,2 52,6 51,1	1,0 8,7 12,6 11,9 9,8 9,0 8,5	0,5 13,9 15,8 9,9 8,8 7,4	

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, nur Personen ab 15 Jahren.

¹⁾ Einschl. ohne Angabe.
2) Einschl. gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses sowie beruflichen Praktikums.
3) Einschl. Meister-/Technikerausbildung.
4) Einschl. Lehrerausbildung.
5) Anteil an der Spalte "Insgesamt".

4.2 Schüler in der allgemeinen Aus- und Fortbildung

Von den Schülern in Schulen der allgemeinen Ausbildung waren im Schuljahr 1985/86 48,8 % Mädchen bzw. Frauen. An den Schulen der allgemeinen Fortbildung, die in der Regel Berufstätigen einen höheren Bildungsabschluß ermöglichen, war der Anteil der Schülerinnen mit 47,5 % etwas niedriger. Der Vergleich mit dem Schuljahr 1972/73 zeigt, daß sich die Zahl der Schülerinnen an diesen Schulen in verhältnismäßig kurzer Zeit stark erhöht hat (+ 76,4 %). Die Anzahl der Schülerinnen in den Schulen der allgemeinen Ausbildung, deren Besuch in der Regel der Schulpflicht unterliegt, hat sich dagegen entsprechend der rückläufigen Kinderzahlen verringert. Ihr Anteil ist insgesamt fast gleich geblieben.

In bezug auf einzelne Schularten sind hingegen z.T. recht deutliche Veränderungen des weiblichen Anteils der Schüler festzustellen: So hat sich in diesem Zeitraum z.B. der Anteil der Schülerinnen an Grund- und Hauptschulen um 1,2 Prozentpunkte auf 47,7 % im Schuljahr 1985/86 verringert, während sich der Anteil der Schülerinnen an Gymnasien gleichzeitig um 4,8 Prozentpunkte auf 50,5 % vergrößerte. Der Anteil der Schülerinnen an Realschulen ist mit 53,1 % fast gleich geblieben.

Die Bildungssituation der Mädchen hat sich in den letzten dreizehn Jahren erheblich verbessert: Bezogen auf die Gesamtheit der Schülerinnen an Schulen der allgemeinen Ausbildung betrug der Anteil der Schülerinnen, die Realschulen und Gymnasien besuchten, im Schuljahr 1972/73 noch 27,0 %, dagegen war er im Schuljahr 1985/86 auf 41,4 % angestiegen. Daß aus früheren Jahren ein "Nachholbedarf" vorhanden ist, zeigt u.a. der wachsende Anteil der Schülerinnen an Schulen der allgemeinen Fortbildung. Dabei ist auffallend, daß dieser Anteil an den Abendgymnasien im Schuljahr 1985/86 mit 51,5 % mehr als die Hälfte der Schüler ausmachte. Bezogen auf die Gesamtheit der Schülerinnen an Schulen der allgemeinen Fortbildung ist festzustellen, daß sich das Schwergewicht weiter zu den Schulformen hin verschoben hat, die den Erwerb der Hochschulreife ermöglichen: Entfielen im Schuljahr 1972/73 72,7 % dieser Schülerinnen auf Abendgymnasien und Kollegs, so waren es im Schuljahr 1985/86 77,5 %.

4.2 Schüler in der allgemeinen Aus- und Fortbildung*)

			Sch	üler im	Schuljah	ır				
Schulart		1972	2/73			198	5/86			
	insge	samt	weib1	ich	insge		weibl			
	1 000	%	1 000	% 1)	1 000	%	1 000	% 1)		
Schulen der allgemeinen Ausbildung										
Grund- und Hauptschulen	6 510	68,5	3 180	48,9	3 828	53,8	1 826	47,7		
Sonderschulen	365	3,8	146	40,1	271	3,8	105	38,8		
Realschulen	981	10,3	527	53,7	1 049	14,7	556	53,1		
Gymnasien	1 567	16,5	716	45,7	1 750	24,6	884	50,5		
Gesamtschulen	83	0,9	40	48,1	217	3,1	103	47,5		
Insgesamt	9 506	100	4 610	48,5	7 116	100	3 475	48,8		
	Schi	ulen der	allgemei	nen For	bildung					
Abendhauptschulen		•	•		0,7	1,8	0,4	52,2		
Abendrealschulen .	10	32,3	3	30,0	9	21,9	4	44,6		
Abendgymnasien	12	38,7	5	41,7	17	39,8	9	51,5		
Kollegs	9	29,0	3	33,3	15	36,6	7	44,5		
Insgesamt	31	100	11	35,5	42	100	20	47,5		

^{*)} Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

¹⁾ Anteil jeweils an der Spalte "Insgesamt".

4.3 Schüler in der beruflichen Aus- und Fortbildung

Die Tendenz zu einer besseren Ausbildung der Mädchen und Frauen läßt sich auch im beruflichen Schulwesen nachweisen. In den Berufsschulen, die in der Regel pflichtmäßig von unter 18 jährigen Auszubildenden bzw. sonstigen Erwerbstätigen besucht werden und die den weitaus größten Teil der Schüler und Schülerinnen des beruflichen Schulwesens aufweisen, ist der Anteil der Schülerinnen konstant. Dagegen haben die Anteile der Schülerinnen in den höheren Stufen des beruflichen Schulwesens vom Schuljahr 1972/73 auf das Schuljahr 1985/86 durchweg zugenommen. Bei den Berufsaufbauschulen hat dieser Anteil, bei insgesamt abnehmender Schülerzahl, von 18,8 auf 31,9 % zugenommen. In den Berufsfachschulen, die bereits im Schuljahr 1972/73 mehrheitlich von Schülerinnen (61,6 %) besucht wurden, ist deren Anteil im Schuljahr 1985/86 auf knapp zwei Drittel (65,8 %) angewachsen, und auch an den Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien ist der Anteil im gleichen Zeitraum von 25,2 auf 36,8 % angestiegen.

Eine ähnliche Zunahme zeigt der Anteil der Schülerinnen im Bereich der beruflichen Fortbildung an den Fachschulen (1972/73: 36,0 %; 1985/86: 43,5 %). An den Schulen des Gesundheitswesens ist der entsprechende Anteil leicht rückläufig (von 86,6 auf 86,4 %). Hier wird möglicherweise im Ansatz die Auflösung traditionell geschlechtsspezifischer Berufsbilder sichtbar, die auf längere Sicht die Pflegeberufe möglicherweise nicht mehr als typische Frauenberufe erscheinen läßt.

4.3 Schüler in der beruflichen Aus- und Fortbildung*)

		Schüler im Schuljahr										
Schulart		1972	2/73			198	5/86					
	insge	camt	weibl	ich	insge	samt	weibl	ich				
	1 000 1	%	1 000	% 1)	1 000	%	1 000	% 1)				
	<u> </u>		·									
	Schu	len der	beruflic	hen Aus	bildung							
Berufsschulen	1 619	81,0	674	41,6	2 025	79,0	842	41,6				
Vollzeitform	5	0,2	•		113	4,4	45	39,7				
Teilzeitform	1 607	80,4		•	1 892	73,8	791	41,8				
Berufssonder- schulen	8	0,4	3	43,3	20	0,8	7	33,7				
Berufsaufbau- schulen	37	1,8	. 7	18,8	10	0,4	3	31,9				
Vollzeitform	15	0,8	3	22,6	8	0,3	3	35,4				
Teilzeitform	22	1,1	3	16,1	2	0,1	0	13,2				
Berufsfachschulen	237	11,8	146	61,6	392	15,3	258	65,8				
Fachoberschulen/ Fachgymnasien	106	5,3	27	25,2	136	5,3	50	36,8				
Insgesamt	1 998	100	853	42,7	2 563	100	1 154	45,0				
	Schi	ılen der	beruflic	c hen For	tbildung							
Fachschulen	123	63,6	44	36,0	102	47,8	44	43,5				
Vollzeitform		•	•	•	82	38,3	38	46,7				
Teilzeitform		•	•	•	20	9,5	6	30,7				
Schulen des Ge- sundheitswesens .	70	36,5	61	86,6	112	52,2	96	86,4				
Insgesamt	193	100	105	54,4	214	100	141	65,9				

^{*)} Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

¹⁾ Anteil jeweils an der Spalte "Insgesamt".

4.4 Schulabgänger nach Abschlußarten

Die Aufgliederung der Schulabgänger nach der Art des Schulabschlusses bestätigt die bei den Schulbesuchern festzustellende Tendenz, einen höheren Abschluß zu erreichen. Diese Tendenz ist bei den Schülerinnen besonders ausgeprägt. 1972 waren noch 17,0 % der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß, bis 1985 verringerte sich der Anteil auf 6,6 %. Gleichzeitig ging der Anteil der Mädchen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne Hauptschulabschluß verließen, von 15,2 % im Jahre 1972 auf 5,4 % im Jahre 1985 zurück. Auch bei den Schulabgängern mit Hauptschulabschluß zeigt der Anteil der Mädchen eine rückläufige Tendenz: Gingen 1972 noch 46,1 % der Mädchen mit diesem Abschluß ab, so waren es 1985 nur 26,4 %.

Was die höheren Abschlüsse betrifft, so sind deren Anteile durchweg angestiegen, relativ am stärksten beim Erwerb der Fachhochschulreife von 1,3 % im Jahre 1972 auf 5,2 % im Jahre 1985. Aber auch bei den Abschlüssen an Realschulen sowie beim Erwerb der Hochschulreife sind die Anteile deutlich angestiegen. Erwarben 1972 noch 26,8 % der Schulabgängerinnen den Abschluß an einer Realschule (o. dgl.), so waren es 1985 bereits 42,3 %. Der Anteil derer, die die Hochschulreife erwarben, hat sich im gleichen Zeitraum von 10,6 auf 21,0 % verdoppelt.

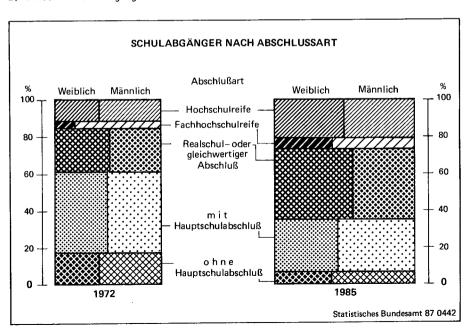
Aus den Daten über Schulbesuch und die Schulabschlüsse wird klar, daß die eingangs konstatierte Benachteiligung der Mädchen hinsichtlich des Schulbesuchs und der beruflichen Ausbildung in früheren Jahrzehnten heute nicht mehr festzustellen ist. Im Gegenteil zeigt sich gerade im Verlauf des letzten Jahrzehnts, daß die Mädchen nicht nur in verstärktem Maße höhere Abschlüsse erwerben, sondern daß sie darin die Jungen bereits überflügelt haben: 1972 erwarben 12,8 % der männlichen Schulabgänger gegenüber 10,6 % der Schulabgängerinnen die Hochschulreife; 1985 waren es hingegen 20,7 % der ersteren und 21,0 % der letzteren. Das heißt, während die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife 1985 fast doppelt so hoch war wie im Jahr 1972 (+ 105,3 %), stieg die Zahl der Schulabgängerinnen mit Hochschulreife im gleichen Zeitraum um 175,6 % an.

4.4 Schulabgänger nach Abschlußarten*)

	Schul abgänger									
Abschlußart		19	72		1985					
i	insgesamt		weiblich		insgesamt		weiblich			
	1 000	%	1 000	% 1)	1 000	%	1 000	% 1)		
Ohne Hauptschul- abschluß	141	17,0	59	41,7	73	6,6	29	39,5		
Mit Hauptschul- abschluß	363	43,6	179	49,4	320	28,9	143	44,6		
Mit Realschul- oder gleichwerti- gem Abschluß 2) .	202	24,3	104	51,5	416	37,6	229	55,0		
Mit Fachhochschul- reife 2)	27	3,2	5	17,4	68	6,1	28	41,2		
Mit Hochschul- reife 2)	98	11,8	41	41,2	230	20,8	113	49,3		
Insgesamt	832	100	388	46,6	1 106	100	542	48,9		

^{*)} Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

Anteil jeweils an der Spalte "Insgesamt".
 Einschl. Schulabgängern an beruflichen Schulen.



4.5 Studenten und Studienanfänger nach Fächergruppen im Wintersemester 1985/86

Der verstärkte Zustrom von Frauen an die Hochschulen äußert sich darin, daß im Wintersemester 1985/86 37,8 % der Studierenden Frauen waren, gegenüber 30,9 % im Wintersemester 1970/71.

Jeweils mehr als ein Viertel der Studenten hatte im Wintersemester 1985/86 Fächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (26,9 %) sowie der Ingenieurwissenschaften (29,2 %) belegt. Mit deutlichem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (16,9 %) und Sprach- und Kulturwissenschaften (12,9 %). Bei den Studentinnen war hingegen ein eindeutiger Vorrang der Sprachund Kulturwissenschaften mit einem Anteil von 33,3 % festzustellen. Die Fächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kamen in der Beliebtheit bei den weiblichen Studierenden auf den zweiten Platz (27,0 %). Dann erst folgte die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften mit 13,0 %. Bei der Humanmedizin war der Anteil der Studenten (6,8 %) und der Studentinnen (7,8 %), bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl, nicht sehr verschieden. Die Ingenieurwissenschaften spielten bei den Studentinnen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen nur eine untergeordnete Rolle: nur 6,3 % der im Wintersemester 1985/86 an deutschen Hochschulen eingeschriebenen Studentinnen hatten Fächer dieses Bereichs belegt.

Bei den Studentinnen und Studenten, die im Wintersemester 1985/86 ihr Studium begannen, ergab sich eine ähnliche Verteilung auf die Fächergruppen wie bei den Studierenden insgesamt, wobei allerdings einige Verschiebungen der Anteilswerte zu konstatieren waren. So standen bei den Studienanfängern die Ingenieurwissenschaften, die hier ein höheres Gewicht aufzuweisen hatten, als bei den Studenten insgesamt, mit 36,4 % deutlich an der Spitze, gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, mit 27,4 %, was dem Anteil bei allen Studenten fast entsprach. Von den Studienanfängerinnen haben sich die meisten für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, jedoch mit höherem Anteil (32,7 %) als bei den Studentinnen insgesamt (27,0 %) entschieden. An zweiter Stelle folgten bei den Studienanfängerinnen die Sprach- und Kulturwissenschaften (29,9 %), im Vergleich zu den Studentinnen insgesamt (33,3 %) war deren Anteil etwas niedriger. An dritter Stelle kam

mit 14,3 % bei den Studienanfängerinnen gegenüber 13,0 % bei den Studentinnen die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften. Die angehenden Ärzte und Ärztinnen waren zwar auch hier (mit 3,4 % bzw. 4,2 %) fast gleich stark vertreten, aber gegenüber den Studenten der höheren Semester doch in deutlich geringerem Maße.

4.5 Studenten und Studienanfänger nach Fächergruppen im Wintersemester 1985/86*)

		Insgesamt					Deutsche			
Fächergruppe	ins- gesam	- 1	We	eibli	ich	ins- gesamt		weiblich		ch
		Anza	h]		% 1)	.		zah1		% 1)
		S	tudent	ten						-
Sprach- und Kulturwissen-										
schaften	275 18			156 833	61,1 41,9		010 972		007 658	61,2 42,6
Rechts-, Wirtschafts- und					•					,.
Sozialwissenschaften Mathematik, Naturwissen-	360	099	136	360	37,9	346	535	132	330	38,2
schaften	205			505	31,8		559		867	32,1
Humanmedizin	96	216 548		421 609	41,0 55,1		726 115		251 434	41,1
Agrar-, Forst- und Er-	٥	340	3	009	33,1	0	115	3	434	56,2
nährungswissenschaften	35	052	16	182	46,2	33	233	15	740	47,4
Ingenieurwissenschaften	273			821	11,6		469	30	140	11,9
Kunst, Kunstwissenschaft	63		36	638	57,3	59	907	34	353	57,3
Sonstige Fächer/Ohne Angabe	·	499		197	39,5		295		87	29,5
Insgesamt	1 336	395	505	722	37,8	1 261	821	481	867	38,2
	dar	. Sti	udi ena	an fär	nger					
Sprach- und Kulturwissen-										
schaften	28	973	20	444	70,6	25	045	17	970	71,8
Sport	1	145		600	52,4	1	078		576	53,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	50	583	22	335	44,2	/1Ω	631	21	536	44,3
Mathematik, Naturwissen-	30	303	LL	333	77,2	40	031	21	550	44,5
schaften	28			751	34,1		128		329	34,4
Humanmedizin	-	407	2	891	45,1	5	936	2	694	45,4
Veterinärmedizin Agrar-, Forst- und Er-		666		394	59,2		591		363	61,4
nährungswissenschaften	5	755	2	770	48,1	5	550	2	700	48,6
Ingenieurwissenschaften	42			922	11,6		959		684	11,7
Kunst, Kunstwissenschaft		651	4	119	61,9	6	033	3	755	62,2
Sonstige Fächer	1	244		119	48,8		116		43	37,1
Zusammen	171	470	68	345	39,9	160	067	63	650	39,8

^{*)} Ergebnisse der Studentenindividualerhebung.

¹⁾ Anteil jeweils an der Spalte "Insgesamt".

4.6 Studenten nach Hochschularten

Die Zahl der Studierenden an Hochschulen hat im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen und im Wintersemester 1985/86 deutlich mehr als eine Million erreicht. Gegenüber dem Wintersemester 1972/73 bedeutet dies einen Anstieg um 103,0 %. Die Universitäten, an denen der Großteil (im Wintersemester 1985/86 68.2 %) der Studierenden eingeschrieben waren, hatten mit 108,3 % eine noch etwas stärkere Zunahme zu verzeichnen. Die pädagogischen Hochschulen, an denen im Wintersemester 1985/86 1,1 % der Studierenden eingeschrieben waren, wiesen im Vergleich zum Wintersemester 1972/73 einen Rückgang von 78.6 % auf. Dies ist nicht nur auf die verminderten Berufschancen für Lehrkräfte, sondern überwiegend auf die Übernahme von Lehramtsstudiengängen in den universitären Bereich zurückzuführen. Die Kunsthochschulen, auf die im Wintersemester 1985/86 1,6 % der Studierenden entfielen, hatten im Vergleich zum Wintersemester 1972/73 eine Zunahme um 53.2 % zu verzeichnen. Die Fachhochschulen, auf die im Winterseme-22,5 % der Studierenden entfielen, wiesen mit 173.6 % ster 1985/86 den stärksten Zuwachs im gleichen Zeitraum auf.

Die Zunahme der Zahl der Studentinnen in dem zuvor erwähnten Zeitraum betrug 155,4 %. Von den Studentinnen, die im Wintersemester 1985/86 eine Hochschule besuchten, waren 73,3 % an einer Universität eingeschrieben. 2,0 % befanden sich an Pädagogischen Hochschulen. Wenn ihre Zahl vom Wintersemester 1972/73 bis zum Wintersemester 1985/86 auch um 76,9 % zurückgegangen ist, so stellten sie doch über zwei Drittel der Studierenden an dieser Hochschulart und charakterisierten damit das Lehramt als "typischen Frauenberuf". An den Kunsthochschu-2,1 % der Studentinnen eingelen waren im Wintersemester 1985/86 schrieben. Gegenüber dem Wintersemester 1972/73 war hier eine Zunahme der Studentinnen um 87,0 % zu verzeichnen. Auch an den Fachhochschulen, die vor 13 Jahren noch einen relativ niedrigen Anteil von Studentinnen aufwiesen, hat deren Zahl im gleichen Zeitraum überproportional (+ 345,7 %) zugenommen. Im Wintersemester 1985/86 waren 17,2 % der Studentinnen an den Fachhochschulen eingeschrieben.

4.6 Studenten nach Hochschularten*)

			Darun	ter an						
Wintersemester	Ins- gesamt	Univer- sitäten	Pädago- gischen Hochschulen	Kunsthoch- schulen	Fachhoch- schulen 1)					
		_								
		Insgesa	mt							
1972/73 1974/75 1976/77 1978/79 1980/81 1981/82 1982/83 1983/84 1984/85 1985/86	658 204 788 792 872 125 938 752 1 036 303 1 121 434 1 198 330 1 267 263 1 311 699 1 336 395	437 662 521 084 575 754 632 724 727 736 782 597 828 663 868 208 893 932 911 552	68 396 78 865 73 149 55 013 19 131 19 149 18 724 17 542 15 985 14 615	14 015 15 160 15 304 16 191 18 044 18 867 19 405 20 141 20 860 21 464	109 934 133 149 156 980 171 698 199 801 223 015 250 496 275 670 291 822 300 726					
Frauen										
1972/73 1974/75 1976/77 1978/79 1980/81 1981/82 1982/83 1983/84 1984/85 1985/86	198 050 262 397 293 064 331 562 380 216 422 179 456 391 479 343 494 941 505 722	122 249 163 438 187 219 222 938 278 288 308 208 332 883 349 370 361 789 370 517	43 104 50 561 47 649 36 804 12 756 13 036 12 887 12 103 10 932 9 971	5 618 6 236 6 524 7 322 8 360 8 860 9 157 9 708 10 109 10 504	19 471 29 999 36 551 45 383 58 900 67 498 75 594 81 077 84 508 86 782					
	Anteil der	weiblichen S	itudierenden i	n %						
1972/73	30,1 33,3 33,6 35,3 36,7 37,6 38,1 37,8 37,8	27,9 31,4 32,5 35,2 38,2 39,4 40,2 40,2 40,5 40,6	63,0 64,1 65,1 66,9 66,7 68,1 68,8 69,0 68,4 68,2	40,1 41,1 42,6 45,2 46,3 47,0 47,2 48,2 48,5 48,9	17,7 22,5 23,3 26,4 29,5 30,3 30,2 29,4 29,0 28,9					

^{*)} Ergebnisse der Studentenindividualerhebung.

¹⁾ Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

4.7 Von deutschen Studenten bestandene Prüfungen an Hochschulen

Die Zahl der von deutschen Studierenden bestandenen Prüfungen an Hochschulen zeigt nach einem Höchststand im Prüfungsjahr 1977 in den Prüfungsjahren 1978 bis 1981 eine abfallende Tendenz. Seitdem ist eine erneute Zunahme zu verzeichnen, die dazu führte, daß im Prüfungsjahr 1984 die Zahl der 1977 erfolgreich abgelegten Prüfungen deutlich übertroffen wurde. Die zeitliche Entwicklung der von deutschen Studentinnen abgelegten Prüfungen zeigt einen ähnlichen Verlauf, wobei allerdings hier eine erheblich stärkere Zunahme als bei den Studenten zu verzeichnen ist: Im Prüfungsjahr 1984 legten 88,7 % mehr Studentinnen erfolgreich eine Prüfung ab als elf Jahre zuvor. Bei den Studenten betrug die Steigerung hingegen nur 20,6 %.

Die Anzahl der Absolventinnen, die eine Diplomprüfung an einer Universität oder eine entsprechende Abschlußprüfung bestanden haben, hat sich zwar vom Prüfungsjahr 1973 auf das Prüfungsjahr 1984 mehr als verdreifacht (+ 219,5 %), jedoch war ihr Anteil an den bestandenen Prüfungen dieser Art in diesem letzten Jahr mit 32,8 % immer noch vergleichsweise niedrig. Bei den Promotionen ist eine Entwicklung festzustellen, die sich in einer langsamen und fast stetigen Zunahme ausdrückt. Auch wenn der Anteil der Frauen, die eine Doktorprüfung bestanden hatten, relativ niedrig war (im Prüfungsjahr 1984 23,5 %), so war doch die relative Zunahme der Zahl der Promotionen gegenüber dem Prüfungsjahr 1973 bei den Frauen (98,6 %) mehr als dreimal so hoch als bei den Männern (29,1 %).

Die zeitliche Entwicklung der Lehramtsprüfungen ist durch einen beträchtlichen Anstieg bis zum Prüfungsjahr 1977 (+ 41,9 % gegenüber 1973) und danach durch einen starken Rückgang bis zum Prüfungsjahr 1984 (- 39,9 % gegenüber 1977) gekennzeichnet. Dieser Rückgang wirkte sich relativ stärker bei der Anzahl der männlichen Lehramtsprüflinge (- 49,8 %) als bei der Anzahl der weiblichen Absolventinnen (- 31,6 %) aus. Der Anteil der Absolventinnen von Lehramtsprüfungen ist von 54,4 % im Prüfungsjahr 1973 auf 61,6 % im Prüfungsjahr 1984 angestiegen.

Von den Absolventinnen einer Hochschulprüfung haben sich 1984 30,6 % einer Lehramtsprüfung unterzogen (1973: 59,8 %). Bei den männlichen Hochschulprüflingen betrug 1984 der entsprechende Anteil nur 11,5 % (1973: 19,3 %).

			Dav	von	
Prüfungs- jahr 1)	Bestandene Prüfungen ₂) insgesamt ²)	Diplom (U)- und entspr. Abschluß-3) prüfungen	Doktor- prüfungen	Lehramts- ₂₎ prüfungen	Diplom (FH)/ Kurzstudien- gänge 4)
		Insge	esamt		
1973	97 870 113 006 120 322 119 177 118 864 117 448 126 235 132 594 136 503	30 349 31 802 35 489 40 436 43 828 44 637 48 125 52 164 54 514	9 342 10 497 10 521 11 033 11 341 11 340 12 042 12 585 13 137	29 861 40 132 42 378 34 866 30 222 27 211 27 628 27 213 25 453	28 318 30 575 31 934 32 842 33 473 34 260 38 440 40 632 43 399
		Frai	ıen		
1973 1975 1977 1979 1980 1981 1982 1983 1984	27 133 36 769 40 702 41 616 40 992 40 819 45 579 49 211 51 188	5 594 5 849 8 012 10 782 12 413 12 641 14 441 16 408 17 874	1 554 1 677 1 664 2 064 2 245 2 335 2 545 2 853 3 086	16 234 22 613 22 920 20 118 17 235 15 441 16 092 16 253 15 675	3 751 6 630 8 106 8 652 9 099 10 402 12 501 13 697 14 553
	Anteil der	von Frauen bes	standenen Prüf	ungen in %	
1973	27,7 32,5 33,8 34,9 34,5 34,8 36,1 37,1	18,4 18,4 22,6 26,7 28,3 28,3 30,0 31,5 32,8	16,6 16,0 15,8 18,7 19,8 20,6 21,1 22,7 23,5	54,4 56,4 54,1 57,7 57,0 56,8 58,3 59,7 61,6	13,2 21,7 25,4 26,3 27,2 30,4 32,5 33,7 33,5

^{*)} Ergebnisse der Prüfungsstatistik.

¹⁾ Prüfungsjahr = Wintersemester und darauffolgende Sommersemester (z.B. 1984 = WS 1983/84 und SS 1984).

Personenzählung: Die in den Jahren 1973 bis 4981 gemeldeten Fallzahlen der
 Staatsprüfung für das Lehramt wurden in Personenzahlen umgerechnet. In der Regel erwirbt jeder Absolvent die Lehrbefähigung für zwei Unterrichtsfächer. Ab Prüfungsjahr 1982 wurden die Fallzahlen durch die Ergebnisse der Individualerhebung ersetzt.

³⁾ Ohne Fachhochschulstudiengänge.

⁴⁾ In Fachhochschulstudiengängen.

4.8 Lehrer an Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung

Der Beruf des Lehrers an Schulen der allgemeinen Ausbildung hat insbesondere nach dem 2. Weltkrieg eine besondere Anziehungskraft auf Frauen ausgeübt. Inzwischen sind - mit steigender Tendenz - mehr als die Hälfte der hauptberuflichen Lehrer an solchen Schulen Frauen. Dabei fällt jedoch auf, daß dieser Anteil an Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen deutlich geringer als an den Grund- und Hauptschulen ist, auch wenn hier die Anteilswerte ebenfalls eine steigende Tendenz aufweisen.

Im Schuljahr 1985/86 waren 64,4 % der Lehrer an Grund- und Hauptschulen Frauen - gegenüber 60,8 % dreizehn Jahre zuvor -, so daß man hier, von einem "typischen" Frauenberuf sprechen kann. Auch die Mehrzahl der Lehrer an Realschulen (51,5 %) waren im Schuljahr 1985/86 Frauen. An den Gymnasien überwog dagegen auch im Schuljahr 1985/86 noch die Zahl der männlichen Lehrer, wenngleich auch hier der Anteil der Lehrerinnen mit 36,2 % um einiges höher war als im Schuljahr 1972/73 (33,6 %). Bei den hauptberuflichen Lehrkräften an Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung ist der Anteil der Frauen hingegen rückläufig (1972/73 = 34,8 %; 1985/86 = 31,8 %).

4.8 Lehrer an Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung $^{\star)}$

		Lehrer im Schuljahr							
Beschäftigungsverhältnis		1972/73							
Schulart	ins- gesamt	weibl	lich	ins- gesamt	weib	lich			
	1 (000	% 1)	1 0	000	% 1)			

Schulen der allgemeinen Aus- und Fortbildung

Hauptberufliche Lehrer ²⁾						
an Schulen der allgemeinen Ausbildung an Grund- und Hauptschulen an Sonderschulen an Realschulen an Gymnasien an Gesamtschulen	353 205 25 40 76 8	188 125 16 19 25	53,4 60,8 62,0 49,1 33,6 45,0	491 ⁻ 234 42 61 126 29	267 151 26 31 46 13	54,4 64,4 62,9 51,5 36,2 46,9
an Schulen der allgemeinen Fortbildung	1	0	24,1	3	1	35,3
Insgesamt	354	189	53,3	494	268	54,3
Nebemberufliche Lehrer ³⁾	116	44	37,5	48	24	49,6

Schulen der beruflichen Aus- und Fortbildung

Hauptberufliche Lehrer ²⁾						
an Schulen der beruflichen Ausbildung an Berufsschulen 4) an Berufsaufbauschulen	41 25 1	14 7 0	33,7 26,9 22,9	82 46 1	24 10 0	29,9 21,9 29,1
an Berufsfachschulen an Fachoberschulen/Fach- gymnasien	12 3	6 1	52,2 21,8	26 10	12 2	47,0 22,2
an Schulen der beruflichen Fortbildung	7	3	41,2	9	5	48,4
Insgesamt	48	17	34,8	91	29	31,8
Nebenberufliche Lehrer ³⁾	80	19	23,3	57	18	31,6

^{*)} Ergebnisse der jährlichen schulstatistischen Erhebungen.

Anteil jeweils an der Spalte "Insgesamt".
 Voll- und teilbeschäftigt.
 Stundenweise beschäftigt.

⁴⁾ Einschl. Berufssonderschulen.

4.9 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen

In den oberen Stufen der allgemeinbildenden Schulen sowie in den Hochschulen ist auch in den letzten Jahren noch eine Zunahme des Anteils der Schülerinnen bzw. Studentinnen zu verzeichnen. Im schulischen Bereich ist die Angleichung an die Geschlechterrelation der Gesamtbevölkerung schon sehr weitgehend erreicht. Im Hochschulbereich ist dies - mit Ausnahme in den Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst und Kunstwissenschaften sowie in der Veterinärmedizin - jedoch noch nicht der Fall. Der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen betrug im Wintersemester 1984/85 37,7 %. Wie weit die Frauen noch davon entfernt sind, in den Spitzenpositionen des Bildungssystems einen Gleichstand mit ihren männlichen Kollegen zu erreichen, zeigte der Anteil der Professorinnen und Assistentinnen an den Hochschulen. Von den am 2. Oktober 1984 hauptberuflich tätigen Professoren waren 5,2 % Frauen. Bei den Assistenten, dem sogenannten akademischen Mittelbau, betrug der Anteil der Frauen 10,6 % und bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern 17.7 %.

Wie bei den Studierenden zeigen sich wesentliche Unterschiede ebenfalls zwischen den einzelnen Fächergruppen: Nur 1,1 % der Professoren der Ingenieurwissenschaften und 2,3 % der Professoren im Bereich Naturwissenschaften waren Frauen. Überdurchschnittlich war der Anteil der Professorinnen in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (8,7 %), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (7,7 %). Am häufigsten waren Professorinnen in den Fächergruppen Sport (12,2 %) und Kunst, Kunstwissenschaften (12,5 %). Assistentinnen waren relativ am häufigsten in der Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaft (25,8 %), Veterinärmedizin (17,5 %), in den Sprachund Kulturwissenschaften (15,8 %) sowie in der Humanmedizin (11,1 %). Unter den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern der Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaften waren 31,5 % Frauen; in den Sprach- und Kulturwissenschaften betrug ihr Anteil 26,7 % und in der Veterinärmedizin 25,9 %.

4.9 Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen am 2. Oktober 1984^*)

			_		
Fächergruppen	Ins- gesamt	Profes- soren	Assi- stenten	Wiss. u. künstl. Mit- arbeiter	Lehrkräfte für be- sondere Aufgaben
	In	sgesamt			
Sprach- und Kulturwissen-	1				
schaften	13 757	5 741	600	6 240	1 177
Sport	905	189	9	425	282
Rechts-, Wirtschafts- und	11 204	F 206	200	4 020	050
Sozialwissenschaften Mathematik, Naturwissen-	11 384	5 296	300	. 4 830	958
schaften	20 392	5 642	632	13 839	280
Humanmedizin	19 228	3 097	342	15 516	273
Veterinärmedizin	921	244	40	637	-
Agrar-, Forst- und Ernäh-	2 225	764	47	1 447	
rungswissenschaften Ingenieurwissenschaften	2 325 15 729	764 6 896	47 79	1 447 8 488	68 266
Kunst, Kunstwissenschaft	2 953	1 938	31	591	393
Zentrale Einrichtungen und				031	050
ohne Angabe	3 779	415	30	2 912	422
Fächergruppen insgesamt	91 373	30 221	2 110	54 925	4 118
	Anteil de	r Frauen in	%		
Sprach- und Kulturwissen-	l				
schaften	19,4	8,7	15,8	26,7	34,7
Sport	20,2	12,2	-	20,0	26,6
Rechts-, Wirtschafts- und	10.4	7 7	0.7		
Sozialwissenschaften Mathematik, Naturwissen-	12,4	7,7	8,7	17,1	15,6
schaften	9,9	2,3	6,7	13.1	13,6
Humanmedizin	20,4	3,6	11,1	23,9	25,6
Veterinärmedizin	20,0	4,9	17,5	25,9	_
Agrar-, Forst- und Ernäh-	15.5	F 1	10.6	01.1	10.0
rungswissenschaften Ingenieurwissenschaften	15,5 3,3	5,1 1,1	10,6 2,5	21,1 4,8	16,2
Kunst, Kunstwissenschaft	17,8	12,5	25,8	31,5	8,7 22,7
Zentrale Einrichtungen und	,5	,0	20,0	01,5	, ,
ohne Angabe	19,1	6,5	3,3	19,0	33,4
Fächergruppen zusammen	13,7	5,2	10,6	17,7	24,4

^{*)} Ergebnisse der jährlichen Personalerhebung an Hochschulen.

		,
	ř	

5 Sozialwesen

Im sozialen Rechtsstaat bzw. in der sozialen Marktwirtschaft fällt dem Sozialwesen die Aufgabe zu, dort wirksam zu werden, wo materielle Disparitäten ein staatliches Eingreifen erforderlich machen. Derartige Eingriffe können zum einen dadurch erfolgen, daß der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für eine versicherungsrechtliche Lösung festlegt. Zum anderen kann der Staat direkt durch Gesetz für eine Verminderung von Ungleichgewichten sorgen.

Im folgenden Kapitel werden zunächst die Unterhaltsquellen der Bevölkerung dargestellt, wobei deutliche Differenzen zwischen den Anteilswerten von Männern und Frauen sichtbar werden, während bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (bis unter 20 Jahre) keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellbar sind.

Als Beispiel für eine versicherungsrechtliche Verringerung von Disparitäten werden zunächst die Leistungen der Arbeitsförderung abgehandelt. In deren Rahmen werden auf der Grundlage der Arbeitslosenversicherung, deren Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleichen Teilen entrichtet werden, Beträge an Arbeitslose (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) und Kurzarbeiter bezahlt; außerdem erhalten Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung u.a. Unterhaltsgeld. Ein weiteres Beispiel dieser Art ist die Krankenversicherung.

Als Beispiel für den direkten staatlichen Eingriff seien hier die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz angeführt. Die Sozialhilfe wird aus Steuereinnahmen als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen Personen gewährt, die sich in einer Notlage befinden und die von anderen Personen, Institutionen bzw. Sozialleistungssystemen keine oder keine ausreichenden Hilfen erhalten. Die Sozialhilfe soll den Hilfsbedürftigen sowohl ein Leben ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht, als auch sie wieder zur Selbstvorsorge befähigen. Der Umstand, daß 56 % der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt weiblich sind, zeigt ein weiterhin bestehendes Defizit in der materiellen Stellung der Frauen auf, das derzeit ohne den Eingriff des Gesetzgebers nicht verringert werden könnte.

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung

Von der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erzielten 1985 vier Zehntel die hauptsächlichsten Einnahmen zur Bestreitung des Lebensunterhalts aus eigener Erwerbstätigkeit. Über ein Drittel lebte überwiegend von Zuwendungen durch Angehörige. Rente oder dergleichen war für ein Fünftel die wesentlichste Einnahmequelle, während nahezu zwei Prozent der Bevölkerung hauptsächlich Arbeitslosengeld oder -hilfe zur Verfügung stand.

Getrennt nach Geschlechtern, ergaben sich für den überwiegenden Lebensunterhalt im Durchschnitt z.T. erhebliche Unterschiede. Die Männer lebten zu 54,5 % von Einnahmen aus eigener Erwerbstätigkeit, Frauen aber nur zu 28,9 %. Dagegen lebte fast die Hälfte der weiblichen Bevölkerung von Zuwendungen der Angehörigen, bei der männlichen Bevölkerung betrug dieser Anteil ein Viertel. War die Rente oder dergleichen die wesentlichste Einnahmequelle, so lag hier der Anteil der weiblichen Bevölkerung mit 22,6 % über dem der männlichen Bevölkerung mit 18,2 %, während bei Arbeitslosengeld oder -hilfe die Anteile der Männer die Anteile der Frauen überwogen (2,5 bzw. 1,4 %).

Bei diesen Angaben muß berücksichtigt werden, daß Personen bis zum fünfzehnten Lebensjahr zu fast 100 % von Angehörigen unterhalten wurden. In der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen lag dieser Anteil immerhin noch bei über zwei Dritteln. Der Unterhalt durch Angehörige spielte bei den Männern ab dem zwanzigsten Lebensjahr keine wesentliche Rolle mehr. Im Alter von 20 bis 59 Jahren dominierte die eigene Erwerbstätigkeit als Haupteinnahmequelle und erreichte bei den 35- bis 44jährigen das Maximum mit über 92 %. Ab dem sechzigsten Lebensjahr überwog dann bei den Männern die Rente als wichtigste Einnahmequelle die Erwerbstätigkeit.

Die Bedeutung der Zuwendungen von Angehörigen als wesentlichste Quelle des Einkommens ist, wie schon erwähnt, bei der weiblichen Bevölkerung sehr groß. Von den unter 20 jährigen lebte der weitaus größte Teil, von den 45- bis 59 jährigen lebten relativ die meisten vom Unterhalt durch Angehörige, während die 60 Jahre oder älteren Frauen, wie auch die Männer, im wesentlichen von ihrer Rente oder dergleichen lebten. Die 20 bis 44 Jahre alten Frauen hatten

als Haupteinnahmequelle die eigene Erwerbstätigkeit mit einem Maximum von 61,5 % bei den 20- bis 24jährigen. Dieser Anteil ging mit zunehmendem Alter kontinuierlich zurück. Er lag aber auch bei den 45 bis 54 Jahre alten Frauen nur geringfügig unter dem des Unterhalts durch Angehörige.

Die Angaben für die Frauen verschieben sich allerdings, wenn der Familienstand mit berücksichtigt wird. So bezogen von den ledigen Frauen die 20- bis 59 jährigen ihre wesentlichsten Einnahmen aus der Erwerbstätigkeit. Den höchsten Wert erreichten die 35- bis 44 jährigen mit 82,8 %. Der Unterhalt durch Angehörige hatte bei den ledigen Frauen von 25 und mehr Jahren nur noch geringe Bedeutung. Verheiratete Frauen wurden dagegen, mehr als andere, wenn von den unter 15 jährigen abgesehen wird, überwiegend von Angehörigen versorgt. Nur bei den 20- bis 24 jährigen überwogen mit 51,0 % die Einnahmen aus eigener Erwerbstätigkeit. Verwitwete oder geschiedene Frauen im Alter von 20 bis 54 Jahren lebten wiederum überwiegend von der Erwerbstätigkeit als Einnahmequelle, wovon die 35- bis 44 jährigen mit nahezu drei Vierteln den größten Anteil aufwiesen. Die Rente war ab 55 Jahren die Haupteinnahmequelle, während der Unterhalt durch Angehörige kaum ins Gewicht fiel.

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung im Juni 1985^{*)}

	Ins-	Überwiegender Lebensunterhalt durch						
Alter von bis unter Jahren	gesamt	Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente oder dergleichen	Angehörige			
	1_000		,	,				
		Insge	esamt					
unter 15	8 968 4 931 5 116 8 619 7 983 8 694 3 825 3 565 9 286 60 987	29,4 65,9 68,8 71,9 67,7 50,6 16,8 1,8	1,0 4,3 3,7 2,6 2,6 3,3 0,6 /	1,7 2,2 4,6 3,5 2,7 5,9 20,5 60,7 86,4 20,5	98,3 67,3 25,1 24,1 22,9 23,9 25,6 21,9 11,8 36,5			
		Mänr	ner					
unter 15	4 579 2 550 2 637 4 360 4 040 4 410 1 822 1 437 3 327 29 162	31,8 70,1 84,6 92,4 90,0 72,3 29,5 3,1 54,5	1,1 4,4 4,3 3,4 3,6 5,0 1,2 /	1,8 2,1 4,9 3,6 2,6 5,3 21,3 68,2 95,8 18,2	98,2 65,1 20,6 7,5 1,6 1,1 1,5 1,0 1,1			
		Frai	uen					
unter 15	4 389 2 381 2 479 4 259 3 943 4 284 2 003 2 128 5 960 31 825	26,8 61,5 52,7 50,8 44,7 30,9 8,2 1,1 28,9	1,0 4,2 3,0 1,7 1,5 1,9 0,3 /	1,6 2,4 4,4 3,3 2,8 6,5 19,7 55,6 81,2 22,6	98,4 69,7 29,9 41,0 44,7 47,4 47,5 35,9 17,7			

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.

5.1 Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung im Juni 1985^{\star})

	Ins-	Überwiegender Lebensunterhalt durch						
Alter von bis unter Jahren	gesamt	Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente oder dergleichen	Angehörige			
	1 000		9.	,				
		dav	on:					
		ledige	Frauen					
unter 15	l 4 388	_	_	1,6	98,4			
15 - 20	2 327	26,7	0,9	2,4	70,0			
20 - 25	1 729	66,1	4,0	5,1	24,9			
25 - 35	905	76,4	4,9	6,3	12,4			
35 - 45	254	82,8	4,5	7,5	5,2			
45 - 55	234	79,2	3,4	13,8	3,5			
55 - 60	150	69,5	4,1	23,7	1			
60 - 65	184	16,9	,,_	80,5	,			
65 und mehr	501	2,8	-	94,5	2,8			
		-						
Zusammen	10 672	28,1	1,5	9,2	61,2			
		verheirate	te Frauen					
unter 15		_	_	_	-			
15 - 20	53	32,3	,	/	59,3			
20 - 25	724	51,0	4,8	2,1	42,1			
25 - 35	3 091	44,7	2,2	1,3	51,8			
35 - 45	3 294	45.7	1,1	0,9	52,2			
45 - 55	3 510	40,3	1,0	1,9	56,9			
55 - 60	1 462	25,5	1,3	9,1	64,1			
60 - 65	1 304	6,8	1,,	35,5	57,4			
65 und mehr	1 776	1,6	/	42,7	55,7			
Zusammen	l	34,0	1,3	9,9	54,8			
Lusammen	15 214	34,0	1,3	3,3	34,0			
	ve	rwitwete/gesc	hiedene Frauen					
unter 15	, /	-	-	/	_			
15 - 20	/	/	-	/	/			
20 - 25	26	49,6	/	22,9	22,1			
25 - 35	263	65,2	6,3	16,1	12,4			
35 - 45	395	73,0	4,5	15,7	6,8			
45 - 55	540	58,3	4,2	32,8	4,6			
55 - 60	391	36,2	3,0	58,2	2,6			
60 - 65	640	8,4	/	89,5	1,8			
65 und mehr	3 683	0,6	-	97,9	1,4			
	1	-,-			•			

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus. - Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung.

17,0

79,1

2,8

5 939

Zusammen ...

5.2 Leistungen der Arbeitsförderung

Zu den Aufgaben nach dem Arbeitsförderungsgesetz gehören die Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung der beruflichen Bildung, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe.

Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaft erfüllt hat sowie Arbeitslosengeld beantragt hat. Die Dauer des Anspruchs richtet sich nach der vorherigen Beschäftigungsdauer. Arbeitslosenhilfe bekommt, wer Voraussetzungen erfüllt, die auch für den Bezug von Arbeitslosengeld bestimmt sind, aber keinen Anspruch auf dieses hat, weil die Anwartschaft nicht erfüllt ist. Die Arbeitslosenhilfe wird ohne zeitliche Begrenzung geleistet.

Im Jahr 1985 waren von den rd. 836 000 Empfängern von Arbeitslosengeld rd. 366 000 (= 43,8 %) Frauen. Dieser Anteil lag unter dem Wert von 1976, während in den Jahren 1977 bis 1980 stets mehr als die Hälfte der Bezieher von Arbeitslosengeld Frauen waren. Die Anzahl dieser Frauen ist seit 1976 ständig gesunken und erreichte 1980 den Tiefpunkt mit etwas über 246 000. Sie stieg dann sprunghaft auf 402 000 im Jahre 1982 an und ist seitdem in einem erneuten Rückgang begriffen, lag aber 1985 immer noch um 21,4 % über der Zahl von 1976. Bei den männlichen Beziehern von Arbeitslosengeld war der Rückgang allerdings noch stärker ausgeprägt, erreichte aber schon 1979 den tiefsten Stand. Für 1980 war wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen. 1985 stieg die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld auf den höchsten Stand seit 1976 an. Im Vergleich zu 1980 betrug die Zunahme bei den Frauen knapp 50 %, bei den Männern sogar 126 %.

Der Anteil der Frauen, die Arbeitslosenhilfe bezogen haben, ist von etwas über 23 % im Jahr 1976 auf fast 32 % im Jahr 1980 gestiegen. 1985 ist der Anteil auf rd. 26 % gesunken, was einer Anzahl von 162 000 Frauen entsprach.

Von den rd. 135 000 Empfängern von Unterhaltsgeld im Jahre 1985 waren über ein Drittel Frauen. Dieser Anteil ist gegenüber 1976 (27 %) deutlich gestiegen. Bei den Beziehern von Kurzarbeitergeld war der Anteil der Frauen in dem Zeitraum von 1976 bis 1980 sehr unterschiedlich, zuletzt lag er bei 16 %, was etwa 37 000 Frauen entsprach.

5.2 Leistungen der Arbeitsförderung*)

Merkma1	1976	1978	1980	1982	1984	1985				
Empfänger von Arbeitslosengeld										
Insgesamt	615 352	516 267	454 329	926 404	859 007	835 668				
Frauen	301 354	278 645	246 292	401 993	376 332	365 883				
Frauen in %	49,0	54,0	54,2	43,4	43,8	43,8				
	Ε	mpfänger vo	n Arbeitslo	senhilfe						
Insgesamt	164 476	157 116	121 632	290 726	597 847	617 190				
Frauen	38 269	43 664	38 428	78 635	156 910	162 446				
Frauen in %	23,3	27,8	31,6	27,0	26,2	26,3				
Empfänger von Unterhaltsgeld ¹⁾										
Insgesamt	85 454	64 661	98 734	143 688	131 283	134 523				
Frauen	23 064	22 841	35 725	50 680	45 529	47 040				
Frauen in %	27,0	35,3	36,2	35,3	34,7	35,0				
Empfänger von Kurzarbeitergeld										
Insgesamt	277 008	190 714	136 562	606 064	383 700	234 515				
Frauen	67 011	41 979	38 353	145 814	58 888	37 291				
Frauen in %	24,2	22,0	28,1	24,1	15,3	15,9				

^{*)} Bundesanstalt für Arbeit. 1) Für die Teilnahme an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung,einschl. Übergangsgeld für Rehabilitanden.

5.3 Empfänger von Sozialhilfe

Von den 2 808 000 Personen, die 1985 Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch genommen hatten, waren rund sechs von zehn (56,4 %) weiblichen Geschlechts. Damit waren von 1 000 weiblichen Einwohnern der Bundesrepublik Deutschland fünfzig Sozialhilfeempfängerinnen. Ein großer Teil der Hilfeempfängerinnen waren Frauen im Alter von 65 Jahren oder mehr mit einem Anteil von einem Viertel (25,8 %), sowie die unter 18jährigen mit mehr als einem Fünftel (23,5 %).

Die Anzahl der weiblichen Sozialhilfeempfänger hat in den Jahren von 1965 bis 1985 mit 80,8 % weniger stark zugenommen als die der männlichen Hilfeempfänger mit 132,1 %. Den stärksten Anstieg, und zwar um fast das Achtfache von 23 000 auf 190 000 Personen, hatten in dem genannten Zeitraum die 18- bis unter 25jährigen Frauen zu verzeichnen. Lag ihr Anteil an allen Hilfeempfängerinnen 1965 noch bei 2,6 %, so betrug er 1985 12,0 %. Im Gegensatz hierzu nahm die Anzahl der 50 bis unter 65 Jahre alten Frauen um rd. ein Fünftel auf 160 000 ab. Ihr Anteil halbierte sich von 22,6 % im Jahr 1965 auf 10,1 % im Jahr 1985.

Rund 1 152 000 weibliche Personen erhielten 1985 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, wobei die unter 18jährigen mit fast drei Zehnteln (27,6 %) die größte Gruppe bildeten. Von den 621 000 Personen weiblichen Geschlechts, die 1985 Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten hatten, waren gut vier Fünftel (43,8 %) 65 Jahre oder älter gewesen. Diese Hilfe umfaßt eine Reihe von Hilfearten, die eine individuelle Anpassung der Sozialhilfeleistungen an die unterschiedlichen persönlichen und familiären Verhältnisse der Bedürftigen ermöglicht. Der Anteil der weiblichen Personen an den einzelnen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen lag, außer bei der Eingliederungshilfe für Behinderte, teilweise erheblich über dem der männlichen Hilfeempfänger. Die Hilfe zur Pflege wurde 1985 am häufigsten gewährt. An zweiter Stelle folgte die Krankenhilfe, die außerdem auch Leistungen bei der Schwangerschaft, Sterilisation sowie der Familienplanung umfaßt. Acht von zehn Empfängern von Altenhilfe (83,8 %) waren Frauen. Bei der Hilfe zur Pflege sowie bei der vorbeugenden Gesundheitshilfe machten die Frauen jeweils zwei Drittel (67,2 bzw. 67,6 %) der Empfänger aus.

5.3 Empfänger von Sozialhilfe^{*)}
1 000

Jahr				avon in bis uni	Alter ter		•
Hilfearten ¹⁾	Empfänger insgesamt	Darunter weiblich	unter 18	18 - 25	25 - 50	50 - 65	65 und mehr
			<u> </u>	25	50	0.5	Helli
1965	1 404	876	195	23	161	198	298
1970	1 491	934	211	30	160	172	361
1975	2 049	1 268	305	63	229	175	497
1980	2 144	1 280	288	97	274	145	476
1985	2 808	1 583	371	190	454	160	408
und zwar:							
Laufende Hilfe zum Lebens-	2.050	1 152	210	160	380	118	175
unterhalt	2 058	1 152	318	160	380	110	1/5
lagen	1 104	621	92	54	141	62	272
darunter: Vorbeugende Gesundheits-	Ì						
hilfe	41	28	11	1	10	2	3
Krankenhilfe (einschl. Hilfe bei Schwanger-							
schaft oder bei Sterili- sation sowie Hilfe zur							
Familienplanung)	341	171	40	25	68	18	20
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	5	5	0	2	2	0	
Eingliederungshilfe für		3	U	2	2	U	-
Behinderte	224	92	29	17	32	7	7
Hilfe zur Pflege Altenhilfe	467 19	313 16	9	8	30 0	35 1	229 14

^{*)} Statistik der Sozialhilfe (außerhalb von und/oder in Einrichtungen).

¹⁾ Personen, die Hilfe verschiedener Art erhalten haben, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

5.4 Bevölkerung nach der Art des Krankenversicherungsschutzes

Angaben über den Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung werden jährlich im Mikrozensus erhoben. Der Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung, der 1957 schon relativ hoch war - 95,3 % der Bevölkerung hatte damals in irgendeiner Form einen Krankenversicherungschutz - ist bis Juni 1985 auf 99,6 % angestiegen, so daß für die Bevölkerung praktisch ein vollkommener Krankenversicherungsschutz besteht.

In der gesetzlichen Krankenversicherung waren 89,3 % der Bevölkerung versichert, 8,4 % hatten einen Versicherungsschutz durch private Krankenversicherungen und 2,0 % einen sonstigen Versicherungsschutz. Bei der männlichen Bevölkerung war der Anteil der in den Privatkrankenkassen oder durch sonstigen Versicherungsschutz Krankenversicherten um die Hälfte höher (12,6 %) als bei der weiblichen Bevölkerung (8,4 %).

Von den weiblichen Versicherten waren fast die Hälfte (44,7 %) als Familienmitglieder versichert, während sich dieser Anteil bei den männlichen Versicherten auf weniger als ein Viertel (22,7 %) belief. Umgekehrt waren 42,3 % der männlichen gegenüber 27,4 % der weiblichen Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen pflichtversichert. In diesen Zahlen spiegelt sich sehr deutlich die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern wider. Die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern wider. Die unterschiedlich hohen Anteilswerte bei den freiwillig Versicherten -7,1 % der weiblichen bzw. 17,1 % der männlichen Versicherten waren freiwillig krankenversichert – sind zusätzlich auch durch die unterschiedliche Höhe der Erwerbseinkommen von Männern und Frauen bedingt.

Der Anteil der weiblichen Versicherten, die als Rentner versichert waren, war mit 19,4 % deutlich höher als der entsprechende Anteil der männlichen Versicherten (14,5 %). Ursächlich hierfür ist vor allem die Tatsache, daß die Mehrzahl der Personen im "Rentenalter" Frauen sind.

Ohne Krankenversicherungsschutz waren etwa 215 000 Personen, wovon die Hälfte Frauen waren. Auch der Anteil dieser Personen an der Bevölkerung war bei Männern und Frauen mit 0,4 % bzw. 0,3 % nahezu gleich.

5.4 Bevölkerung im Juni 1985 nach der Art der Krankenkasse/-versicherung und Art des Versicherungsschutzes*)

			Dayon				
Versicherungsschutz Beteiligung am Erwerbsleben	Insges	amt	pflicht- ver- sichert	frei- willig ver- sichert	als Rentner ver- sichert	als Familien- mitglied mitver- sichert	bes. Ver- sicherungs- schutz 1) u. nicht kranken- ver- sichert
	1 000	12			% 2)		
			Männlich				
Ortskrankenkasse ³⁾ und Innungs- krankenkasse	13 497 3 691	46,3 12,7	55,4 50,5	5,7 9,2	16,7 18,8	22,2 21,4	x x
Krankenkasse	792 694 6 719 2 787	2,7 2,4 23,0 9,6	45,5 35,9 35,7	6,8 1,8 23,5 79,7	18,9 45,0 12,1 ×	28,8 17,3 28,7 20,3	x x x
Sonstiger Versicherungsschutz Nicht krankenversichert	876 107	3,0 0,4 100	42,3	x x 17,1	x x 14,5	x x 22.7	100 100 3.4
Zusammen	16 402	56,2	69,6	25.5	0.7	0.3	4,0
Erwerbstätige		43,8	7,4	6,2	32,3	51,6	2,6
			Weiblich				
Ortskrankenkasse ³⁾ und Innungs- krankenkasse	14 533 3 558	45,7 11,2	27,9 20,0	2,7 2,5	25,5 21,1	44,0 56,4	. x
Landwirtschaftliche Krankenkasse Bundesknappschaft Ersatzkasse Private Krankenversicherung	765 9 359 2 348	2,6 2,4 29,4 7,4	11,4 3,5 41,0 ×	2,9 / 5,8 52,1	19,9 40,0 13,4 ×	65,8 56,0 39,8 47,9	x x x
Sonstiger Versicherungsschutz Nicht krankenversichert	314 109 31 825	1,0 0,3 100	× × 27,4	х х 7,1	x x 19,4	× × 44.7	100 100 1,3
Zusammen Erwerbstätige		32,1	79,5	12,0	1,0	7,4	0,1
Erwerbslose und Nichterwerbs- personen		67,9	2,8	4,8	28,2	62,3	1,9

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

¹⁾ Anspruchsberechtigt als Sozialhilfeempfänger, Kriegsschadenrentner oder Empfänger von Unterhalt aus dem Lastenausgleich, Freie Heilfürsorge der Polizei, Bundeswehr und Zivildienstleistenden.
2) Anteil an der Spalte "Insgesamt".
3) Einschl. ausländischer Krankenkasse.
4) Einschl. der Betriebskrankenkasse der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums sowie der See-Krankenkasse.

6 Gesundheitswésen

Im Gesundheitszustand der Bevölkerung sind mehr oder weniger deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen. Diese Unterschiede werden in einer Reihe von Statistiken des Gesundheitswesens erfaßt und nachgewiesen.

Ab 1986 werden im Rahmen des Mikrozensus alle zwei bis drei Jahre Fragen zur Gesundheit gestellt. Bei dieser Befragung gilt eine Person dann als krank, wenn sie sich zum Zeitpunkt der Befragung oder in einem vierwöchigen Berichtszeitraum davor in ihrem Befinden so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre üblichen Beschäftigungen (Erwerbstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Im April 1982 wurden rd. 253 000 Haushalte, das entspricht 1 % aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, zu diesem Thema befragt.

Die Zahl der Behinderten wurde erstmals zum 31. Dezember 1979 aufgrund des Schwerbehindertengesetzes aus den Unterlagen der Versorgungsämter ermittelt. Hierbei handelt es sich um Personen mit einer anerkannten Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 % und mehr. Die Statistik wird zweijährlich jeweils zum Jahresende durchgeführt.

Um Maßnahmen zur Abwendung von Ansteckungsgefahren treffen zu können, schreibt der Gesetzgeber im Bundes-Seuchengesetz u.a. auch eine Meldepflicht für die an aktiver Tuberkulose Erkrankten vor. Jeder Arzt muß umgehend dem zuständigen Gesundheitsamt den an Tuberkulose Erkrankten melden. Diese Meldungen bilden die Grundlage für die Tuberkulosestatistik.

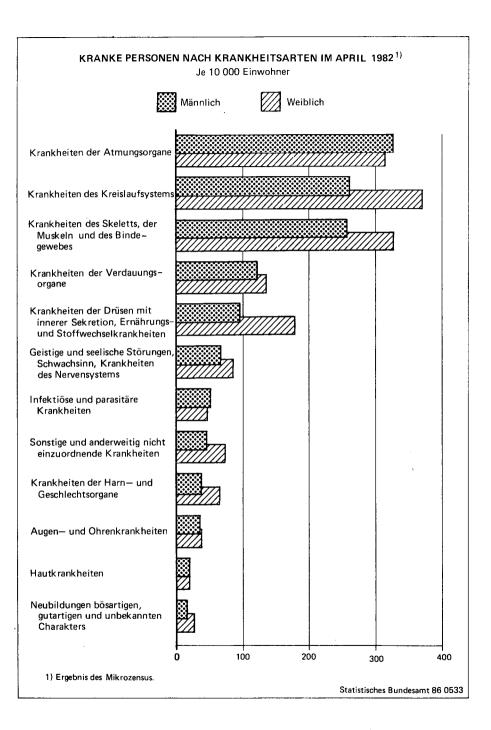
Bei jedem Sterbefall muß ein Arzt die Todesursache auf dem Leichenschauschein vermerken. Damit ist die Möglichkeit gegeben, eine Todesursachenstatistik durchzuführen. Als ein Sonderfall dieser Statistik wird die Müttersterblichkeit besonders dargestellt.

Seit Ende Juni 1976 gibt es aufgrund des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts für die Bundesrepublik Deutschland eine Statistik der Schwangerschaftsabbrüche, die auf Angaben der ausführenden Ärzte beruht. Schließlich werden jährlich die im Gesundheitswesen tätigen Personen nach Geschlecht und Berufen erfaßt und nachgewiesen.

6.1 Kranke Personen nach Krankheitsarten

Im April 1982 gaben 9,4 Mill. Bundesbürger an, krank gewesen zu sein, das entsprach 15,2 % der gesamten Bevölkerung. Von diesen waren 5,4 Mill. (57,8 %) Frauen und 3,9 Mill. (42,2 %) Männer. Frauen waren relativ häufiger krank als Männer, nämlich von 10 000 Frauen 1 682, von 10 000 Männern dagegen 1 338. Die höhere Krankheitshäufigkeit der Frauen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der älteren Generation ein besonders starker Frauenüberschuß vorhanden ist, da die Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als die Männer und daß sich gerade im hohen Alter viele Gebrechen einstellen. Ein Indiz hierfür ist, daß 41,7 % der weiblichen gegenüber 28,7 % der männlichen Kranken 65 Jahre oder älter waren.

Als häufigste Krankheitsarten wurden von den Männern und von den Frauen Krankheiten der Atmungsorgane (hierzu zählen Infektionen der oberen Luftwege, Grippe, Bronchitis, Emphysem und Asthma), Krankheiten des Kreislaufsystems (Bluthochdruck, ischämische und sonstige Herzkrankheiten, Krankheiten der Venen und sonstige Krankheiten des Kreislaufsystems) sowie Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes bezeichnet. Die Häufigkeit an Kreislaufkrankheiten bei Frauen entspricht nicht den landläufigen Vorstellungen, denen Männer als gefährdeter gelten als Frauen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Mikrozensus die Antworten zum Krankheitsgeschehen so widerspiegelt, wie sie von den Befragten den Interviewern gegeben wurden. Nach der Schwere der Erkrankung wurde nicht qefraqt. Die Erqebnisse der Befragung sind folglich von den subjektiven Vorstellungen der Befragten über den Krankheits- bzw. Gesundheitszustand der einzelnen Haushaltsmitglieder mehr oder weniger stark beeinflußt.



6.1 Kranke Personen im April 1982 nach Krankheitsarten*) 6.1.1 in 1000

-			Mä	innlich				We	eiblich		
Art der Krankheiten	Ins-		dav	on im A	llter vo		bis unte	r	Jahren		
	gesamt	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr
Infektiöse und parasitäre Krankheiten . Neubildungen bösartigen, gutartigen	303	154	82	28	31	14	149	78	29	23	20
und unbekannten Charakters Krankheiten der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoff-	129	46	/	6	21	18	83	/	6	41	36
wechselkrankheiten	856	284	6	23	118	137	572	6	32	178	356
Nervensystems	471	196	9	61	89	38	275	7	60	128	79
Augen- und Ohrenkrankheiten	222	102	20	23	30	29	120	16	18	27	60
Krankheiten des Kreislaufsystems	1 962	771	7	42	351	370	1 191	6	66	406	714
Krankheiten der Atmungsorgane	1 980	966	265	308	258	136	1 014	236	350	267	161
Krankheiten der Verdauungsorgane Krankheiten der Harn- und Geschlechts-	792	357	23	89	161	84	435	21	83	174	157
organe	322	113	/	18	46	45	208	8	63	96	42
Schwangerschaft, bei Entbindung	12						12	,	11	,	/
und im Wochenbett	124	60 60	11	25	18	х 6	64	9	24	19	12
Hautkrankheiten	124	00	11	25	10	0	04	,	24	13	12
Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes Sonstige und anderweitig nicht	1 810	760	/	130	428	197	1 050	7	90	480	474
einzuordnende Krankheiten	373	137	15	23	38	61	236	16	、 28	47	146
Insgesamt	9 356	3 945	449	775	1 588	1 133	5 411	409	861	1 885	2 257

6.1.2 Je 10 000 Einwohner

		ŀ	Ma	innlich				We	eiblich		
Art der Krankheiten	Ins-		dav	on im A	Alter vo	n	bis unte	r	Jahren		
	gesamt	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr	zu- sammen	unter 15	15 - 40	40 - 65	65 und mehr
Infektiöse und parasitäre Krankheiten . Neubildungen bösartigen, gutartigen	49	52	153	24	32	40	46	154	27	22	33
und unbekannten Charakters Krankheiten der Drüsen mit innerer Sekretion, Ernährungs- und Stoff-	21	16	/	5	22	51	26	/	6	39	59
wechselkrankheiten	139	96	12	20	125	397	178	11	30	172	588
Nervensystems	76	67	17	54	94	109	85	13	56	124	131
Augen- und Ohrenkrankheiten	36	35	38	20	32	83	37	31	17	26	99
Krankheiten des Kreislaufsystems	318	261	14	38	370	1 074	370	11	61	392	1 179
Krankheiten der Atmungsorgane	321	327	497	274	272	394	315	471	327	257	265
Krankheiten der Verdauungsorgane Krankheiten der Harn- und Geschlechts-	129	121	43	79	170	244	135	42	78	168	259
organe Fehlgeburt, Komplikationen in der Schwangerschaft, bei Entbindung	52	38	/	16	48	130	65	15	59	92	69
und im Wochenbett	l x	x	x	x	x	×	12	/	11	/	/
Hautkrankheiten	2Ô	20	20	23	18	18	20	18	22	18	20
und des Bindegewebes	293	257	/	116	451	570	327	14	84	463	782
einzuordnende Krankheiten	60	46	28	20	40	177	73	32	26	45	241
Insgesamt	1 517	1 338	843	690	1 674	3 286	1 682	814	802	1 820	3 726

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

6.2 Kranke Personen nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Art der Behandlung

Von den rd. 9,4 Mill. Personen, die sich im April 1982 als krank bezeichnet hatten, waren rd. 2,9 Mill. (30,6 %) erwerbstätig und 6,5 Mill. (69,4 %) nichterwerbstätig. Für die männliche Bevölkerung wurde zu diesem Befragungszeitpunkt eine Krankenquote von 13,4 % und für die weibliche Bevölkerung von 16,8 % ermittelt. Am niedrigsten war diese Quote in der Gruppe der unter 15jährigen, wo sie für die weiblichen Jugendlichen 8,1 % und für die männlichen 8,4 % betrug. Mit zunehmendem Alter erhöhte sich die Krankenquote: Bei den 40- bis unter 65jährigen Männern erreichte sie 16,7 %, bei den gleichaltrigen Frauen 18,2 %. In der Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren hatten sich von den Männern 32,9 % und von den Frauen 37,2 % als krank bezeichnet. Für die erwerbstätigen Personen lagen die Krankenquoten allgemein niedriger, und zwar für Männer bei 10,1 % und für Frauen bei 11,7 %.

Die Arbeitsunfähigkeitsquote lag bei den 40- bis unter 65jährigen Erwerbstätigen mit 2,9 % (männliche Erwerbstätige 2,8 und weibliche Erwerbstätige 3,1 %) am höchsten. Am stärksten wichen die Quoten der Arbeitsunfähigkeit zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 15- bis unter 40jährigen voneinander ab (2,4 % Männer und 3,1 % Frauen). Von den nichterwerbstätigen männlichen Personen hatten sich 17,6 % und von den nichterwerbstätigen weiblichen Personen 19,2 % als krank bezeichnet. Die entsprechenden Häufigkeiten bzw. Quoten nach Behandlungsarten lagen im Niveau fast durchweg höher als in der Gruppe der erwerbstätigen Personen.

Weitaus die meisten kranken Personen (77,5 % der Frauen sowie 74,1 % der Männer) hatten sich lediglich in ambulanter ärztlicher Behandlung befunden. Lediglich 0,7 % der erkrankten Frauen bzw. 0,9 % der erkrankten Männer waren ausschließlich stationär in ein Krankenhaus aufgenommen worden. Hierbei ist bemerkenswert, daß – abgesehen von den Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren, die nur in geringem Umfang stationär behandelt wurden – nach Alter und Geschlecht erhebliche Unterschiede sichtbar wurden: Während der Anteil der krankheitshalber stationär behandelten Männer mit zunehmendem Alter fast gleich blieb, nahm der Anteil der stationär behandelten Frauen mit zunehmendem Alter deutlich von 1,4 % bei den 15- bis unter 40jährigen auf 0,5 % bei den 65jährigen oder älteren ab.

6.2 Kranke Personen im April 1982 nach der Beteiligung am Erwerbsleben und der Art der Behandlung*)

		1	Und zwar				Und zwar	
Alter von bis unter Jahren Beteiligung am Erwerbsleben 1)	Ins- gesamt	nur sta- tionär im Kranken- haus	nur in ambu- lanter ärzt- licher Behand- lung	ar- beits- un- fähig	Ins- gesamt	nur sta- tionär im Kranken- haus	nur in ambu- lanter ärzt- licher Behand- lung	ar- beits- un- fähig
		1 00	00			je 10	000 2)	
			Männlio	ch .				
unter 15 Nichterwerbstätige 15 - 40	449	/	323	-	843	/	607	-
Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	573 202 775	/ / 7	404 120 524	199 199	682 712 690	/ / 6	481 425 467	236 236
40 - 65 Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	1 058 531 1 588	10 / 15	781 404 1 185	225 - 225	1 326 3 502 1 674	13 / 15	980 2 664 1 249	282 - 282
65 und mehr Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	48 1 085 1 133	/ 8 9	35 856 891	5 - 5	2 223 3 360 3 289	/ 25 25	1 643 2 651 2 588	241 241
Insgesamt Erwerbstätige Nichterwerbstätige Insgesamt	1 679 2 267 3 945	16 19 35	1 220 1 703 2 924	429 - 429	1 012 1 757 1 338	10 15 12	735 1 320 991	258 258
			Weibli	ch				
unter 15	409	,	298		814	,	593	
Nichterwerbstätige 15 – 40 Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	409 496 365 861	, , , 12	351 236 587	175 175	871 725 802	13 / 11	617 469 547	307 307
40 - 65 Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	654 1 232 1 885	6 7 13	501 971 1 472	133	1 508 2 045 1 820	15 12 13	1 157 1 612 1 422	307 307
65 und mehr Erwerbstätige Nichterwerbstätige Zusammen	37 2 220 2 257	11 11	30 1 804 1 834	/ -	2 326 3 762 3 724	/ 19 19	1 898 3 057 3 027	/ -
Insgesamt Erwerbstätige Nichterwerbstätige Insgesamt	1 186 4 225 5 411	14 26 39	883 3 309 4 192	309 - 309	1 165 1 922 1 682	13 12 12	867 1 505 1 303	304 304

^{*)} Ergebnis des Mikrozensus.

1) Nichterwerbstätige = Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

2) Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe.

6.3 An Tuberkulose Erkrankte

Die aktive Tuberkulose, an der noch vor 50 Jahren viele Menschen starben (72 Todesfälle auf 100 000 Einwohner im Jahre 1934), hat heute viel von ihrem Schrecken verloren. Die Sterbeziffer ist ständig zurückgegangen; 1985 starben von 100 000 Einwohnern nur 2 an aktiver Tuberkulose.

1985 meldeten die Gesundheitsämter im Bundesgebiet 16 973 Aktiv-Tuberkuloseerkrankte als Zugänge, darunter waren 6 294 Frauen (37,1 %). Wie in früheren Jahren entfiel auch im Berichtsjahr der überwiegende Teil aller Zugänge (85,7 %) auf die Tuberkulose der Atmungsorgane. Unter den Gesamtzugängen der Tuberkulose der Atmungsorgane waren 4 937 (33,9 %) Frauen. Bei 40,6 % dieser Neuzugänge wurde eine ansteckende Tuberkulose der Atmungsorgane diagnostiziert. Der Anteil der Frauen machte dabei über ein Drittel aus. Bei der Tuberkulose anderer Organe lag der Anteil der Frauen mit 55,9 % der Zugänge höher.

6.3 An Tuberkulose Erkrankte 1985*)

	Tuber	kulose		
A1+		i	ngsorgane	Tuberkulose
Alter von bis unter	Erkrankte	mit Nachweis	ohne Nachweis	anderer
Jahren	LIKI dikte	von	von	Organe
		Tuberkulose- bakterien	Tuberkulose- bakterien	Ť
		Dakterren	Dukterreit	
	:	Insgesamt		
unter 15	856	48	672	136
15 - 20	552	174	323	55
20 - 30	2 450	932	1 274	244
30 - 40	2 331	984	1 012	335
40 - 50	2 930	1 220	1 313	397
50 - 60	2 766	1 132	1 206	428
60 und mehr	5 088	2 398	1 858	832
Insgesamt	16 973	6 888	7 658	2 427
		Männlich		
unter 15	448	23	369	56
15 - 20	262	82	153	27
20 - 30	1 343	527	705	111
30 - 40	1 508	692	639	177
40 - 50	2 169	996	984	189
50 - 60	2 034	915	908	211
60 und mehr	2 915	1 495	1 121	299
Zusammen	10 679	4 730	4 879	1 070
		Weiblich		
unter 15	408	25	303	80
15 - 20	290	92	170	28
20 - 30	1 107	405	569	133
		292	373	158
30 - 40	823			208
40 - 50	761	224	329	
50 - 60	732	217	298	217
60 und mehr	2 173	903	737	533
Zusammen [6 294	2 158	2 779	1 357

^{*)} Tuberkulosestatistik.

6.4 Schwerbehinderte

Als Schwerbehinderte gelten Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 v.H. oder mehr zuerkannt worden ist. Am 31. Dezember 1985 waren bei den Versorgungsämtern 5,37 Mill. Schwerbehinderte registriert. Etwas weniger als die Hälfte davon (47,1 %), nämlich 2,53 Mill. waren Frauen.

Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Alter naturgemäß häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung wird dies vor allem bei den Frauen deutlich. Mehr als drei Viertel (76,5 %) der schwerbehinderten Frauen waren älter als 55 Jahre, der entsprechende Anteil bei den Männern belief sich dagegegen lediglich auf 70,8 %.

Im Durchschnitt war Ende 1985 jeder elfte Einwohner der Bundesrepublik Deutschland schwerbehindert. Von 100 Frauen waren 8 bei der Versorgungsverwaltung als Schwerbehinderte registriert, von 100 Männern dagegen 10. Die Schwerbehindertenquote, das heißt die Zahl der schwerbehinderten Männer und Frauen bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters und Geschlechts, zeigt darüber hinaus, daß es in allen Altersklassen relativ weniger weibliche als männliche Schwerbehinderte gibt. Diese Quote nimmt mit steigendem Alter zu und erreichte bei den Frauen in der Altersklasse der über 65jährigen ihren höchsten Stand. In dieser Altersgruppe waren 22,0 % der Frauen schwerbehindert, der entsprechende Anteil bei den Männern betrug 33,0 %.

Die weitaus meisten Behinderungen waren krankheitsbedingt, insgesamt nämlich 4,3 Mill. oder 80,1 %. Bei den Frauen war eine Krankheit in 88,0 % der Fälle relativ häufiger die Ursache der Behinderung als bei den Männern (73,0 %), bei denen dagegen das Leiden verhältnismäßig öfter durch eine Kriegsbeschädigung, einen Arbeits- bzw. Verkehrsunfall verursacht wurde.

Eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen war bei den weiblichen Schwerbehinderten mit 37,6 % am häufigsten. Darunter befanden sich allein 617 000 Herz- und Kreislaufkranke, das ist etwa ein Viertel aller schwerbehinderten Frauen. Am zweithäufigsten wurde bei den weiblichen Schwerbehinderten eine Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes oder eine Deformierung des Brustkorbes als schwerwiegendste Behinderung festgestellt.

Generell zeigte sich, daß die Frauen im Falle einer Schwerbehinderung eher einen höheren Grad der Behinderung aufweisen als die Männer. Während beispielsweise der Grad der Behinderung bei 23,0 % der schwerbehinderten Frauen 100 v.H. betrug, belief sich dieser Anteil bei den Männern auf lediglich 20,7 %. Ebenso lag bei den schwerbehinderten Frauen der Anteil der Mehrfachbehinderten mit 39,6 % höher als bei den schwerbehinderten Männern (33,1 %).

6.4 Schwerbehinderte am 31.12.1985 nach Art der schwerwiegendsten Behinderung $^{\star \, \flat}$

Art der schwerwiegendsten	Incoccant	Dav	on im Alter	von bis	bis unter Jahren				
Behinderung	Insgesamt	unter 25	25 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr			
	Mä	nnlich							
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	110 777 .	2 118	7 275	10 273	39 647	51 464			
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	468 019	16 415	44 786	65 476	157 094	184 248			
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brust- korbes	374 925	3 594	26 959	66 949	156 045	121 378			
Blindheit und Sehbehinderung	106 830	5 518	10 869	13 746	27 900	48 797			
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen .	103 023	9 538	11 315	13 150	31 975	37 045			
Kleinwuchs, Entstellungen u.a	4 473	414	733	704	1 361	1 261			
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 056 701	19 702	57 917	157 811	394 488	426 783			
Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Sucht- krankheiten	331 939	65 992	83 097	52 050	64 747	66 053			
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	282 061	13 657	27 760	41 002	106 498	93 144			
Schwerbehinderte, für die eine Aufglie- derung nach Art der schwerwiegendsten Behinderung nicht möglich ist	2 105	7	191	157	409	1 341			
Insgesamt	2 840 853	136 955	270 902	421 318	980 164	1 031 514			
	We	eiblich							
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	18 235	1 270	2 199	2 405	3 855	8 506			
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	348 051	12 036	29 771	40 156	82 066	184 022			
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brust-	421 939	4 780	19 986	47 027	127 253	222 893			
Raindheit und Sehbehinderung	124 516	4 073	7 575	9 057	18 840	84 971			
Blindheit und Sehbehinderung	82 354	7 573	9 066	8 343	16 529	40 843			
Kleinwuchs, Entstellungen u.a	105 335	447	9 564	24 794	33 402	37 128			
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	951 488	15 265	41 455	87 603	225 249	581 916			
Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Sucht- krankheiten	279 843	46 604	59 755	39 936	48 709	84 839			
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	197 530	9 987	21 885	31 950	60 404	73 304			
Schwerbehinderte, für die eine Aufglie- derung nach Art der schwerwiegendsten Behinderung nicht möglich ist	1 490	21	86	97	268	1 018			
Insgesamt	2 530 781	102 056	201 342	291 368	616 575	1 319 440			
ingesune	1 2 300 701								

^{*)} Statistik der Behinderten.

6.5 Sterbefälle nach Todesursachen

Eine Vorstellung von den gesundheitlichen Risiken läßt sich anhand der Sterbefälle nach Todesursachen, gegliedert nach Alter und Geschlecht, gewinnen.

Bei der Einschätzung der Ergebnisse ist zu beachten, daß bei jedem Todesfall nur eine Krankheit (Todesursache) - das sogenannte Grundleiden - statistisch erfaßt wird. Daß Menschen in höherem Alter im Regelfall an mehreren Gebrechen leiden, ist mit dieser Statistik nicht zu erkennen.

Die Zahl der Gestorbenen sagt allein auch noch nichts über die Sterbehäufigkeit aus. Es werden deshalb Sterbeziffern, d.h. Todesfälle je 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts, berechnet.

Im Jahre 1985 starben 369 914 Personen weiblichen und 334 382 männlichen Geschlechts. Insgesamt überwogen eindeutig die natürlichen, also durch Krankheiten bedingten Todesursachen mit 95,0 %. Bei den Frauen lag mit 96,2 % der Anteil um 2,6 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Dementsprechend fallen relativ mehr Männer einem Unfall oder einer sonstigen nicht natürlichen Todesursache zum Opfer.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Todesursachen ist zu berücksichtigen, daß 1985 85,1 % der Frauen und 70,0 % der Männer zum Zeitpunkt des Todes 65 Jahre und älter waren. Hierin drückt sich auch die etwa 6 1/2 Jahre längere Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern aus.

Beide Geschlechter starben überwiegend an Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems. Mit 54,3 % lag der Anteil dieser Todesursachen bei den
Frauen um 7,0 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Weitere häufige Todesursachen für Frauen waren bösartige Neubildungen mit
22,0 %, Krankheiten der Atmungsorgane mit 5,1 %, Krankheiten der Verdauungsorgane mit 4,3 % und Unfälle mit 2,5 %. Etwa die gleiche
Reihenfolge der Todesursachen ergibt sich auch bei den Männern,
allerdings mit jeweils etwas größeren Anteilen (Krebs: 24,3 %; Krankheiten der Atmungsorgane: 7,6 %; Krankheiten der Verdauungsorgane:
5,1 %; Unfälle: 3,5 %). Für beide Geschlechter waren die Infektionskrankheiten in weniger als 1 % der Fälle die Todesursache. Betrachtet

man die Zahl der Gestorbenen nach Altersgruppen, so ergibt sich, daß die chronischen Krankheiten mit Schwergewicht erst nach dem 35. Lebensjahr Ursache für den Tod sind. Demgegenüber spielen die Unfälle sowohl bei Frauen als auch bei Männern schon in früheren Lebensjahren eine größere Rolle.

Die Sterbeziffern (Todesfälle pro 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts) bestätigen diese Aussage. Bei allen genannten Todesursachen war die Sterblichkeit der Frauen im Jahre 1985 geringer als die der Männer. Bei den besonders häufigen Krankheiten des Kreislaufsystems ergibt sich für die Frauen mit 630,6 eine höhere Sterbeziffer als für die Männer (542,1). Aufgrund der längeren Lebenserwartung tritt ein altersbedingtes Versagen des Kreislaufsystems bei Frauen häufiger auf als bei Männern.

6.5 Sterbefälle 1985 nach Todesursachen*)
6.5.1 Anzahl

		gesamt ¹		Dav	on im Alt	er von	. bis unt	er Ja	hren	
Todesursachen	1115	gesamt	0	0 - 15		15 - 35		35 - 65		d mehr
	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich
Krankheiten Infektiöse und parasitäre	313 090	355 825	3 566	2 842	3 683	2 331	77 583	44 255	228 256	306 395
Krankheiten Bösartige Neubildungen ausgen. der lymphat. u.	2 463	2 394	100	104	117	62	791	388	1 455	1 840
blutbildenden Organe Bösartige Neubildungen des lymphat. u. haematopoetischen	76 085	76 338	95	112	720	588	23 984	20 061	51 286	55 577
Gewebes	5 043	5 059	74	58	303	183	1 590	1 219	3 076	3 599
Diabetes mellitus Krankheiten des Kreis-	3 595	7 184	2	1	45	34	823	709	2 725	6 440
laufsystems Krankheiten der Atmungs-	158 177	200 813	64	52	673	367	32 078	12 650	125 361	187 743
organe Krankheiten der Verdau-	25 461	19 035	152	98	188	168	3 412	1 540	21 709	17 229
ungsorgane Krankheiten der Harn- und	17 157	15 844	28	22	387	192	7 479	3 384	9 263	12 246
Geschlechtsorgane Komplikationen der Schwangerschaft, bei Entbindung und im	3 922	4 739	7	7	27	27	597	551	3 291	4 154
Wochenbett	×	63	x	-	x	55	х	8	х	
gabe einer Psychose Alle sonstigen Krank-	1 656	4 893	-	-	-	-	3	5	1 653	4 888
heiten Unfälle und Gewaltein-	19 531	19 463	3 044	2 388	1 223	655	6 826	3 740	8 437	12 679
wirkungen	21 292 11 693	14 089 9 275	758 665	480 409	6 536 3 837	1 830 953	8 315 3 619	3 338 1 164	5 681 3 572	8 44 6 74
schädigung	8 576		39	20	2 395	652	4 186	1 891	1 954	1 47
einwirkungen	1 023	773	54	51	304	225	510	283	155	214
Insgesamt	334 382	369 914	4 324	3 322	10 219	4 161	85 898	47 593	233 937	314 836

^{*)} Statistik der Todesursachen.

¹⁾ Einschl. Sterbefällen unbekannten Alters.

6.5 Sterbefälle 1985 nach Todesursachen*) 6.5.2 Je 100 000 Einwohner

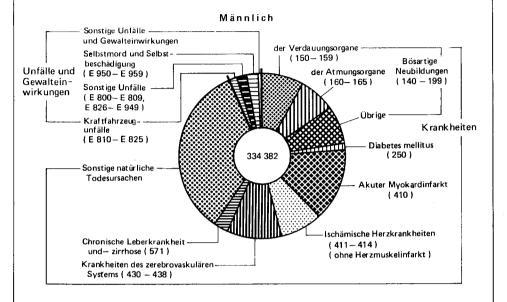
	Inco	esamt ¹⁾	Davon im Alter v				er von bis unter Jahren					
Todesursachen	Insg	esamt	0	- 15	15	- 35	35	- 65	65 un	d mehr		
	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ~ lich	wefb~ lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich		
(rankheiten Infektiöse und parasitäre	1 072,9	1 117,4	75,6	63,0	37,4	25,0	674,0	366,7	7 344,8	5 154,		
Krankheiten Bösartige Neubildungen	8,4	7,5	2,1	2,3	1,2	0,7	6,9	3,2	46,8	31		
ausgen. der lymphat. u. blutbildenden Organe Bösartige Neubildungen des lymphat. u.	260,7	239,7	2,0	2,5	7,3	6,3	208,4	166,2	1 650,3	935		
haematopoetischen Gewebes Diabetes mellitus Krankheiten des Kreis-	17,3 12,3	15,9 22,6	1,6 0,04	1,3 0,02	3,1 0,5	2,0 0,4	13,8 7,1	10,1 5,9	99,0 87,7	60 108		
laufsystems Krankheiten der Atmungs-	542,1	630,6	1,4	1,2	6,8	3,9	278,7	104,8	4 033,8	3 158		
organe	87,3	59,8	3,2	2,2	1,9	1,8	29,6	12,8	698,5	289		
Krankheiten der Verdau- ungsorgane	58,8	49,8	0,6	0,5	3,9	2,1	65,0	28,0	298,1	206		
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane Komplikationen der Schwangerschaft, bei	13,4	14,9	0,1	0,2	0,3	0,3	5,2	4,6	105,9	69		
Entbindung und im Wochenbett 2)	×	10,7	×	-	x	10,1	×	18,6	×			
Altersschwäche ohne An- gabe einer Psychose Alle sonstigen Krank-	5,7	15,4	-	-	-	-	0,03	0,04	53,2	82		
heiten	66,9	61,1	64,5	52,9	12,4	7,0	59,3	31,0	271,5	213		
Unfälle und Gewaltein- wirkungen Unfälle	73,0 40,1	44,2 29,1	16,1 14,1	10,6 9,1	66,4 39,0	19,6 10,2	72,2 31,4	27,6 9,6	182,8 114,9	142 113		
Selbstmord und Selbstbe- schädigung Alle sonstigen Gewalt-	29,4	12,7	0,8	0,4	24,3	7,0	36,4	15,7	62,9	24		
einwirkungen	3,5	2,4	1,1	1,1	3,1	2,4	4,4	2,3	5,0	. 3		
Insgesamt	1 145,9	1 161,7	91,6	73,6	103,8	44,7	746,2	394,4	7 527,6	5 296		

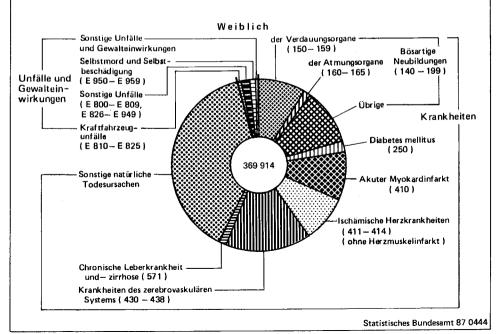
^{*)} Statistik der Todesursachen.

Einschl. Sterbefällen unbekannten Alters.
 Je 100 000 Lebendgeborene nach Altersjahren der Mütter.

STERBEFÄLLE 1985 NACH AUSGEWÄHLTEN TODESURSACHEN

(Klammerzahlen-Pos.-- Nrn. der ICD 1979)





6.6 Müttersterblichkeit

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - insbesondere den skandinavischen Ländern - besteht in der Bundesrepublik Deutschland noch eine relativ hohe Müttersterblichkeit¹⁾, die regional jedoch erheblich differiert. So war z.B. in Bayern sowie in Nordrhein-Westfalen die Müttersterblichkeit 1985 5 mal höher als in Niedersachsen. Über die Ursachen gibt es auch bei den Experten verschiedene Auffassungen. Gründe können Unterschiede in der Schwangerschaftsbetreuung, verschiedene Lebensgewohnheiten u.a.m. sein. Es ist unverkennbar, daß die Risiken für Mutter und Kind steigen, je älter die Schwangeren sind und je mehr Belastungen sie ihrem Körper zumuten, wie z.B. Rauchen oder schwere Tätigkeit.

Die Tabelle und das Schaubild verdeutlichen die Entwicklung der Müttersterblichkeit in den letzten Jahren. Die Zahl der gestorbenen Mütter betrug 1985 nur noch gut ein Siebtel der Zahl von 1970. In dieser Abnahme kommen allerdings auch die rückläufigen Geburtenzahlen zum Ausdruck. Doch zeigt auch der Bezug auf die Lebendgeborenen von 1970 bis 1985 einen deutlichen Rückgang auf etwas mehr als ein Fünftel des Wertes von 1970.

Die Fallzahlen gegliedert nach dem Alter zeigen, daß Komplikationen, die hauptsächlich im Verlauf der Wehen und Entbindung auftreten, mit 16 Fällen, Komplikationen die hauptsächlich im Zusammenhang mit der Schwangerschaft auftreten, mit 24 Fällen, sowie Präeklampsie und Eklampsie, mit 14 Fällen fast ausschließlich zu den insgesamt 63 Todesfällen im Jahre 1985 geführt haben. Mit zunehmendem Alter erhöht sich die Müttersterblichkeit und ist bei Müttern über 35 Jahren fast zweimal so hoch wie bei jüngeren Müttern.

Nach der Definition der Weltgesundheitsbehörde (WHO) gilt als Müttersterbefall der Tod jeder Frau während der Schwangerschaft oder innerhalb von 42 Tagen nach Beendigung der Schwangerschaft, unabhängig von Dauer und Sitz der Schwangerschaft. Dabei gilt jede Ursache, die in Beziehung zur Schwangerschaft oder deren Behandlung steht oder durch diese verschlimmert wird, nicht aber Unfälle und zufällige Ereignisse.

6.6 Müttersterblichkeit*)6.6.1 Nach Altersgruppen

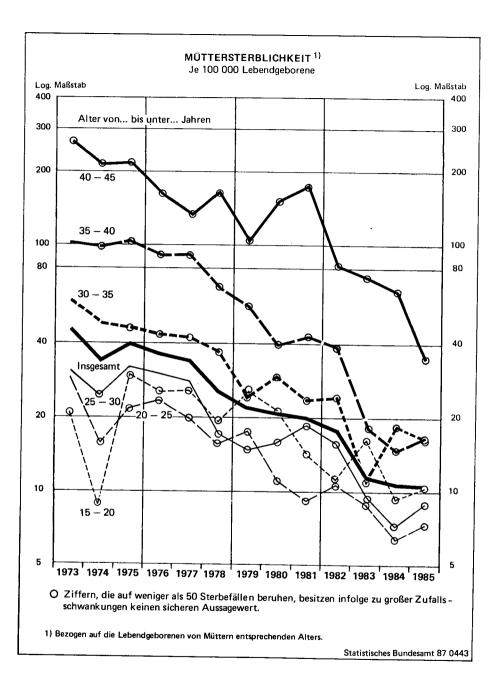
Jahr	Ins-		Davon im	Alter vo	n bis	unter	. Jahren	
Janr.	gesamt	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 und mehr
				rbene Müt Anzahl	ter			
1970	420 393 300 292 213 238 219 198 147 128 128 125 110 68, 63 63	21 30 19 15 6 18 15 14 10 13 11 7 5 6 3 3	51 62 44 60 32 42 45 37 28 32 22 18 21 16 11	97 56 50 52 44 59 60 57 35 31 35 41 35 21 17 20	116 98 64 71 54 47 41 38 35 24 33 28 29 13 22 20	92 96 81 55 50 49 41 37 25 20 14 14 13 6	37 44 38 34 25 23 16 12 13 8 12 14 6 5	6 7 4 5 2 - 1 3 1 - 1 3 1 1
	Je 100	000 Leb	endgeborer	ne nach Al	ltersjahr	en der Mü	tter	
1970	51,8 50,5 42,7 45,9 34,0 39,6 36,3 34,0 25,5 22,0 20,6 20,6 20,0 17,7 11,4 10,8 10,7	22,9 32,8 23,0 20,8 8,8 29,6 25,7 19,1 25,6 21,1 14,4 11,3 16,3 9,4 10,4	21,9 26,0 19,9 29,4 15,6 21,7 23,3 20,0 15,5 17,7 11,3 9,2 10,9 8,8 6,4 7,3	42,3 27,5 27,5 30,4 24,6 31,6 30,0 28,2 17,1 14,9 15,9 18,6 15,7 9,7 7,7 8,8	68,4 61,0 45,7 58,9 48,3 46,6 43,5 42,0 37,7 24,2 29,7 23,7 24,1 11,0 18,4 16,2	136,5 147,1 136,9 101,5 98,6 103,3 90,2 90,7 67,4 56,4 39,9 42,2 39,6 18,4 14,6 16,3	201,7 253,1 256,4 265,9 214,8 217,9 162,0 134,3 162,4 104,7 151,2 175,7 81,7 75,1 65,2 34,6	463,0 610,8 387,2 581,4 246,9 - 154,3 490,2 197,6 - 190,8 543,5 199,2 209,6 230,4

^{*)} Statistik der Todesursachen.

6.6 Müttersterblichkeit*)
6.6.2 Nach Todesursachen

Tadaawaaaba	Ins-		Davon im	Alter v	on	bis unter	Jah	ren
Todesursache	gesamt	15 - 2	0 20 - 2	5 25 - 3	30 - 3	35 35 - 40	40 - 4	45 und mehr
Komplikationen der Schwangerschaft, Entbindung und im Wochenbett ins- gesamt	63	3	12	20	20	: 6	2	-
Schwangerschaft mit nachfolgen- der Fehlgeburt .	10	_	-	5	4	-	1	-
Komplikationen die hauptsäch- lich im Zusam- menhang mit der Schwangerschaft auftreten	24	-	3	9	9	3	-	-
Präeklampsie und Eklampsie	14	-	2	3	8	1	-	-
Sonstige Kom- plikationen während der Schwanger- schaft, Ent- bindung und im Wochenbett	3	-	_	3	-	_	-	_
Andere Indikati- onen zur Be- handlung der Schwangerschaft bei Wehen und Entbindung	4	_	1	1	1	1	_	-
Komplikationen die hauptsäch- lich im Verlauf der Wehen und der Entbindung auftreten	16	3	7	2	1	2	1	-
Komplikationen im Wochenbett	9	-	1	3	5	_	-	
Puerperalfieber	1	-	-	1	-	-	_	-

^{*)} Statistik der Todesursachen 1985.



6.7 Schwangerschaftsabbrüche

Seit Ende Juni 1976 gibt es für die Bundesrepublik eine Statistik der Schwangerschaftsabbrüche. Wenn sich auch die Statistik bemüht, eine vollständige Erfassung aller legalen Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen, muß doch noch mit einer Untererfassung gerechnet werden. Andererseits hat die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche deutscher Frauen im Ausland (Großbritannien 1972: 17 531, 1980: 600 Fälle; Niederlande 1975: 61 000, 1981: 21 000 Fälle) seit Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18.6.1974 stark abgenommen.

Als Begründung des Abbruchs werden von der Statistik folgende, aus § 218 a StGB abgeleitete Indikationen erhoben:

allgemein-medizinische Indikation, psychiatrische Indikation, eugenische Indikation, ethische (kriminologische) Indikation sowie sonstige schwere Notlage.

Mehr als acht Zehntel aller gemeldeten Abbrüche wurden mit einer "sonstigen schweren Notlage" begründet. Die allgemein-medizinische Indikation wurde in gut einem Zehntel der Fälle gestellt. Während bei den unter 18jährigen die Schwangerschaft nur in 7,6 % der Fälle aufgrund einer allgemein-medizinischen Indikation abgebrochen wurde, betrug ihr Anteil bei den über 45jährigen 28,7 %. Hingegen wurde eine sonstige schwere Notlage vor allem bei jungen Mädchen und Frauen anerkannt.

Von den Frauen, die im Jahr 1985 eine Schwangerschaft legal abbrechen ließen, waren 35,0 % unter 25 Jahre alt, 42,5 % waren zwischen 25 und 34 Jahre alt; 21,5 % waren älter. Aufgegliedert nach der Zahl vorangegangener Lebendgeburten zeigt sich, daß 61,6 % dieser Frauen bereits Mütter waren: 20,9 % hatten ein, 19,8 % hatten zwei, 11,0 % hatten drei und 9,9 % hatten vier oder mehr Kinder zur Welt gebracht; 38,4 % dieser Frauen hatten noch keine Kinder.

6.7 Schwangerschaftsabbrüche*) 6.7.1 Nach Begründung des Abbruchs, Alter der Schwangeren, Familienstand sowie Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft

			D.	avon nach Be	gründung des A	bbruchs	
Gegenstand der Nachweisung	Ins- gesamt	allgemein medi- zinische	psychia- trische	euge- nische	ethische (Krimino- logische)	sonstige schwere	unbekann
			Indikat	on		Notlage	
1978	73 548	16 872	3 686	2 731	104	49 252	903
979	82 788 87 702	17 261 17 655	2 802	3 162	101	58 412	1 050
981	87 535	15 382	2 444 2 524	3 053 2 797	101 103	63 289 65 466	1 160
982	91 064	15 214	2 339	2 306	74	70 000	1 263 1 131
983	86 529	12 354	1 861	1 843	58	69 436	977
984	86 298	10 356	1 242	1 600	93	71 904	1 103
985	83 538	9 260	1 311	1 086	71	70 411	1 399
	19	985 nach dem A	ilter der Sch	wangeren			
on bis unter Jahren							
inter 15	81	12	4	-	1	63	1
5 - 18	2 751	204	37	12	5	2 441	52
8 - 25	26 430	1 974	332	184	28	23 486	426
5 - 30	19 411	1 860	288	244	10	16 689	320
0 - 35 5 - 40	16 096 11 820	1 978	292	226	15	13 312	273
0 - 45	5 036	1 835 980	227 89	211 157	8	9 372	167
5 und mehr	1 064	305	25	34	3 1	3 731 684	76 15
nbekannt	849	112	17	18	-	633	69
	1985 r	ach dem Famil	ienstand der	· Schwangere	1		
edig	36 863	2 725	498	245	40	32 767	588
erheiratet	40 428	5 882	698	783	24	32 411	630
erwitwet	443	56	15	3	-	363	6
eschieden	4 621	477	78	41	4	3 943	78
bekannt	1 183	120	22	14	3	927	97
	1985 nach d	ler Dauer der	abgebrochene	n Schwangers	chaft		
on bis unter Wochen							
iter 6	4 465	559	80	27	1	3 765	33
· 8 ······	28 101	2 806	300	265	26	24 383	321
3 - 10	31 126	3 417	489	300	26	26 351	543
- 13	13 680	1 509	196	178	12	11 559	226
und mehr	1 240 36	169 7	61 2	197	1	797	15
bekannt	4 890	793	183	26 93	5	2 556	260
~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~	7 090	/93	183	93	5	3 556	260

^{*)} Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.

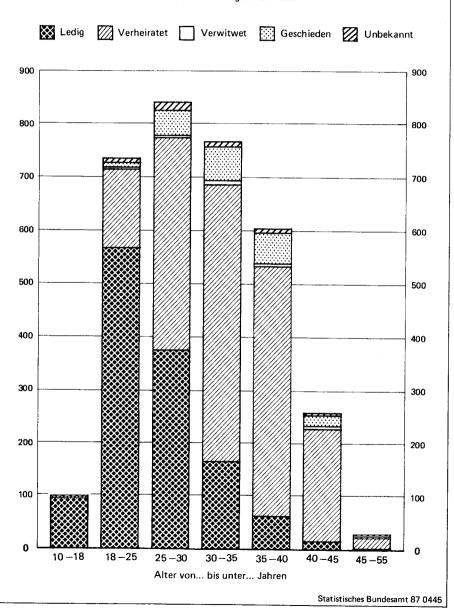
6.7 Schwangerschaftsabbrüche*)
6.7.2 Nach Alter der Schwangeren sowie vorangegangenen
Schwangerschaften und Lebendgeburten

Vorangegangene Schwangerschaften	T	Davon Schwa	angere im A	lter von	bis unter	Jahren
Vorangegangene Lebendgeburten	Ins- gesamt	unter 20	20 - 30	30 - 40	40 und mehr	unbekannt
1978	73 548 82 788 87 702 87 535 91 064 86 529 86 298 83 538	9 409 11 089 11 761 11 491 11 527 10 209 9 508 8 254	31 103 35 594 38 164 38 975 41 598 40 212 40 969 40 419	24 971 27 166 28 534 27 857 29 023 27 788 28 071 27 916	6 913 7 599 8 220 8 099 7 998 7 449 6 851 6 100	1 152 1 340 1 023 1 113 918 871 899 849
	1985 nacl	h vorangega	ngenen Schwa	angerschafte	en	
Keine Schwanger- schaft	32 046 17 488 16 538 9 182 4 394 1 966 966 457 501	7 124 929 163 34 3 1	19 363 9 939 6 524 2 896 1 103 396 119 46 33	4 611 5 579 7 932 4 875 2 558 1 166 605 302 288	617 859 1 764 1 271 692 384 233 108 172	331 182 155 106 38 19 9
	1985 nac	ch vorangega	angenen Lebe	endgeburten		
Keine Lebendgeburt 1	39 795 16 307 17 415 6 342 2 247 852 368 129 83	7 721 448 78 5 2 - -	24 269 8 296 5 830 1 547 369 86 11 4	6 504 6 348 9 206 3 656 1 371 503 215 76 37	879 1 054 2 130 1 069 491 254 136 49 38	422 161 171 65 14 9 6 -

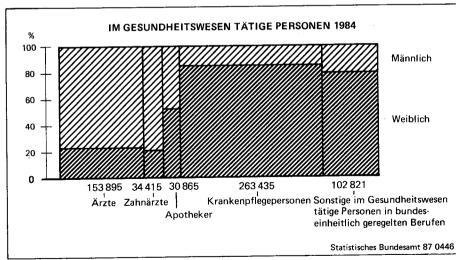
^{*)} Statistik der Schwangerschaftsabbrüche.

# SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE 1985 NACH DEM FAMILIENSTAND UND ALTERSGRUPPEN

Je 100 000 Frauen gleichen Alters



Ende 1984 waren im Bundesgebiet (ohne Saarland) 585 431 Personen mi staatlicher Prüfung in bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesund heitswesens tätig. Die Zahl der berufstätigen Ärzte betrug 153 895 das waren 6 428 oder 4,4 % mehr als im Jahr 1983 und rd. 35 % meh als 1970. Im Jahre 1984 betreute ein Arzt im Durchschnitt 390 Einwoh ner. Der Anteil der Frauen unter den berufstätigen Ärzten machte End 1984 fast ein Viertel (23,5 %) aus und war damit gegenüber dem Vor jahr wieder leicht gestiegen. Die Anzahl der Zahnärzte hat 198 gegenüber 1983 ebenfalls zugenommen und betrug 34 415. Im Durch schnitt hatte damit ein Zahnarzt 1 743 Einwohner zu versorgen. De Anteil der Frauen unter den Zahnärzten hat sich seit 1970 kontinuier lich erhöht. Er belief sich Ende 1984 auf 20,2 %, d.h. fast jede fünfte berufstätige Zahnarzt war eine Frau. Ende 1984 wurden im Bun desgebiet 17 135 Apotheken gezählt. Gegenüber 1983 nahm ihre Zahl u 259 (1,5 %) zu. Die Zahl der in den Apotheken tätigen Apotheker er höhte sich um 4,5 % auf 30 865; 53,0 % der Apotheker waren Frauen Unter allen Berufen des Gesundheitswesens, die einen Hochschulab schluß erfordern, lag bei den Apothekern der Frauenanteil am höch Unter den Krankenpflegepersonen sowie den medizinisch-tech nischen Assistenten lag der Frauenanteil wesentlich höher und weis als eine Gruppe von typische damit den medizinischen "Unterbau" Frauenberufen aus.



6.8 Im Gesundheitswesen tätige Personen am 31. 12. 1984*)

Beruf	Insges	saṃt		Frauen		
		Anz	ahl		%	
Ärzte	153 8	895	36	172	23,5	
Zahnärzte	34 4			940	20,2	
Apotheker	30 8		_	345	53,0	
Heilpraktiker 1)	8 3			066	36,6	
Krankenpflegepersonen 1)2)	263 4		224		85,2	
Krankenschwestern bzwpfleger 1)2) .	200 9			873	84.0	
Kinderkrankenschwestern bzw.			100	0,0	01,0	
-pfleger 1)2)	24 5	575	24	472	99.6	
Krankenpflegehelfer 1)2)	37 8			214	82,4	
Hebammen 1)	5 3			354	99.8	
Wochenpflegerinnen 1)2)		500		500	100.0	
Masseure 1)2)	4.5		2	417	53.5	
Masseure und medizinische Bade-	, ,	JI,	_	711	55,5	
meister 1)2)	16 2	292	6	532	40,1	
Krankengymnasten 1)2)	12 4		-	341	90.8	
Beschäftigungstherapeuten/Arbeits-				011	50,0	
therapeuten 1)2)	3 7	71.5	2	549	68.6	
Medtechn. Assistenten 1)2)	12 0		_	547	95.9	
Medtechn. Laboratoriumsassi-		303		J 17	55,5	
stenten 1)2)	10 7	779	10	344	96.0	
Medtechn. Radiologieassistenten 1)2) .	6 2			820	92,9	
Diätassistenten 1)2)	3 1		_	986	94,8	
Apothekerassistenten	4 3			622	83,6	
Pharmazeutisch-techn. Assistenten	14 0		-	696	97,4	
Rettungssanitäter 1)	11 3			177	1,6	
Audiometristen 1)2)		192		135	70.3	
Desinfektoren 1)	2 0			173	8,3	
Logopäden 1)2)		931		757	81,3	
Orthoptisten 1)2)		205		176	85,9	
Zytologieassistenten 1)2)		242		223	92,1	

^{*)} Statistik der Berufe des Gesundheitswesens (ohne Saarland).

Ohne Hessen.
 In Bremen nur in Krankenhäusern tätige Personen.

#### 7 Öffentliches Leben

Die Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben war vor dem 1. Weltkrieg im Deutschen Reich noch eine weithin unerfüllte Forderung. Z.B.
waren erstmals am 19. Januar 1919, bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, alle Frauen und Männer ab dem vollendeten 20. Lebensjahr aktiv und passiv wahlberechtigt. Vorher waren Frauen sowie alle
Personen, die unter Vormundschaft standen, sich im Konkurs befanden,
öffentliche Armenunterstützung erhielten oder das 25. Lebensjahr noch
nicht vollendet hatten, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch die Mitgliedschaft von Frauen in Vereinen und Berufsverbänden war keine
Selbstverständlichkeit.

Welchen Wandel die gesellschaftliche Position der Frauen seit dem Ende des Kaiserreiches erfahren hat, wird zunächst darin deutlich, daß gegenwärtig Frauen und Männer in fast gleichem Ausmaß vom aktiven Wahlrecht Gebrauch machen. In bezug auf die Ausübung des passiven Wahlrechts zeigen sich jedoch auch in der Gegenwart noch deutliche Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen und Männern in den Parlamenten: Sowohl im Deutschen Bundestag als auch in den Landtagen der Bundesländer entspricht der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei weitem nicht dem Anteil der Frauen an den Wählern (z. B. 52,4 % bei der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987).

Auch was den Anteil der Frauen an den Mitgliedern von Gewerkschaften und Berufsverbänden angeht, bleibt nach wie vor ein im Vergleich zu den Männern geringerer Organisationsgrad (Anteil der Mitglieder an den Erwerbspersonen) festzustellen. Ähnliches gilt für die im Deutschen Sportbund und im Deutschen Sängerbund zusammengeschlossenen Vereine, in denen der Anteil der Frauen an der gesamten Mitgliedschaft im Jahre 1985 34,1 bzw. 31,3 % betrug, obgleich 52,2 % der Bevölkerung Mädchen und Frauen waren.

## 7.1 Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949

Die politische Repräsentanz der Frauen entspricht bei weitem nicht ihrem Anteil an der wählbaren Bevölkerung. In allen seit 1949 gewählten Bundestagen waren sie mit Anteilswerten von weniger als 10 % vertreten. Erstmals ist bei dem am 25. Januar 1987 gewählten 11. Deutschen Bundestag diese Grenze überschritten worden und erreichte mit 15,4 % den bisher höchsten Frauenanteil. Den niedrigsten Anteil weiblicher Abgeordneter wies mit 5,8 % der 1972 gewählte 7. Deutsche Bundestag auf.

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten an den drei Fraktionen ist unterschiedlich hoch. In der Fraktion der SPD war er bis 1980 im 2. Bundestag mit 13,0 % am höchsten. In bezug auf die Fraktion der F.D.P. trifft dies für den 9. Bundestag zu, während der Anteil der Frauen an der Fraktion der CDU/CSU im Zeitablauf keine markanten Unterschiede aufweist. Den höchsten Anteilswert von 16,1 % ist in der Fraktion der SPD im 11. Bundestag und in der Fraktion der F.D.P. mit 13,0 % im 9. Bundestag zu verzeichnen. Den niedrigsten Anteil weiblicher Angeordneter überhaupt wies die Fraktion der F.D.P. im 1. Bundestag mit 1,9 % auf. Der niedrigste Prozentsatz in der Fraktion der SPD betrug im 7. Bundestag 5,4 %. In der Fraktion der CDU/CSU belief sich der höchste Anteil auf 7,9 % im 3. und der niedrigste auf 5,6 % im 6. Deutschen Bundestag. DIE GRÜNEN, die bei der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag erstmals in den Bundestag einzogen, haben den Anteil an weiblichen Abgeordneten von 35,7 % auf 56,8 % bei der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag erhöhen können. Von allen weiblichen Abgeordneten im 11. Deutschen Bundestag entfällt der größte Anteil mit 38,8 % auf die Fraktion der SPD. Auf die Fraktion der CDU/CSU entfallen 22,5 % und auf DIE GRÜNEN 21,3 % der weiblichen Abgeordneten, während der F.D.P. lediglich 7,5 % der weiblichen Bundestagsabgeordneten angehören.

7.1 Abgeordnete des Deutschen Bundestages seit 1949

		Abgeordnete 1							
Tag	Einheit	davon							
der Wahl		ins- gesamt	SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige		
14.08.1949	Anzahl Frauen %	410 ^{a)} 7,1	136 ^{b)} 9,6	141 ^{b)} 7,8	53 1,9	-	80 5,0		
06.09.1953	Anzahl Frauen %	509 ^{c)} 8,8	162 13,0	249 ^{a)} 7,6	53 5,7	- -	45 ^{b)} 4,4		
15.09.1957	Anzahl Frauen %	519 ^{c)} 9,2	181 12,2	277 ^{c)} 7,9	43 7,0	-	18 5,6		
17.09.1961	Anzahl Frauen %	521 ^{d)} 8,3	203 10,3	251 ^{d)} 6,8	67 7,5	- -	<del>-</del> -		
19.09.1965	Anzahl Frauen %	518 6,9	217 8,3	251 6,4	50 4,0	-	-		
28.09.1969	Anzahl Frauen %	518 6,6	237 7,6	250 5,6	31 6,5	- -	- -		
19.11.1972	Anzahl Frauen %	518 5,8	242 5,4	234 6,4	42 4,8	-	-		
03.10.1976	Anzahl Frauen %	518 7,3	224 6,7	254 7,5	40 10 <b>,</b> 0	-	-		
05.10.1980	Anzahl Frauen %	519 ^{b)} 8,5	228 ^{b)} 8,3	237 7,6	54 13,0	- - -	-		
06.03.1983	Anzahl Frauen %	520 ^{a)} 9,8	202 ^{a)} 10,4	255 6,7	35 8,6	28 ^{e)} 35,7	-		
25.01.1987	Anzahl Frauen %	519 ^{b)} 15,4	193 16,1	234 ^{b)} 7,7	48 12,5	44 ^{f)} 56,8	-		

¹⁾ Jeweils nach dem Stand bei der Wahl; einschl. der Berliner Abgeordneten.

²⁾ CSU nur in Bayern; 1957 auch im Saarland neben der CDU.
a) Einschl. von 2 Überhangmandaten.
b) Einschl. 1 Überhangmandat.

c) Einschl. von 3 Überhangmandaten.
d) Einschl. von 5 Überhangmandaten.
e) Davon 1 AL.
f) Davon 2 AL.

#### 7.2 Abgeordnete in den deutschen Landtagen

Die Repräsentanz der Frauen in der gegenwärtigen Legislaturperiode der Landtage ist nur noch in Hamburg (30,8 %), Bremen (18,0 %) und in Hessen (16,4 %) größer als im derzeitigen Deutschen Bundestag. Dort beträgt der Anteil der Frauen 15,4 %. Die Bürgerschaften der beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen haben mit 30,8 % bzw. 18,0 % die höchsten Anteile weiblicher Abgeordneter. Die niedrigsten sind in Baden-Württemberg mit 6,3 % zu verzeichnen.

Der Anteil der Frauen an den Abgeordneten der einzelnen Parteien bzw. politischen Vereinigungen, die in den deutschen Landtagen vertreten sind, bewegt sich zwischen 0 % bei dem Südschleswigschen Wählerverband in Schleswig-Holstein bzw. 2,9 % bei der CDU in Baden-Württemberg und 54,5 % bei der Partei DIE GRÜNEN (GRÜNE) in Niedersachsen. In Hamburg ist die GAL nur mit Frauen in der Bürgerschaft vertreten.

Bei der CDU bzw. CSU schwankt der Anteil der weiblichen Abgeordneten zwischen 2,9 % in Baden-Württemberg und 16,7 % in Hamburg. Bei der SPD ist der Anteil der Frauen, außer in Nordrhein-Westfalen, höher als bei der CDU bzw. CSU. Am höchsten ist er in Hamburg mit 28,3 %, am niedrigsten in Nordrhein-Westfalen mit 4,0 %. Bei der F.D.P., die allerdings nur in sechs Landtagen vertreten ist, bewegt sich der Anteil weiblicher Abgeordneter zwischen 0 % in Baden-Württemberg und im Saarland sowie 22,2 % in Hessen. Der Anteil der Frauen bei den grünen Parteien, politischen Vereinigungen bzw. alternativen Listen, die in sieben Landtagen vertreten sind, liegt zwischen 11,1 % bei den GRÜNEN in Baden-Württemberg und 100 % bei der GAL in Hamburg.

7.2 Abgeordnete in den deutschen Landtagen

	Tag	Einheit	Abgeordnete ¹⁾					
Land	der Wahl		ins-	davon				
	der warr		gesamt	SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Son- stige	
							,	
Schleswig-Holstein	13.03.1983	Anzah1	74	34	39	-	1 ^{a)}	
•		Frauen %	12,2	14,7	10,3	-	- 5)	
Hamburg	09.11.1986	Anzahl ~	120	53	54	-	13 ^{b)} 100	
		Frauen %	30,8	28,3	16,7	-		
Niedersachsen	15.06.1986	Anz ah 1	155	66	_69	. 9	11 ^{c)}	
		Frauen %	12,9	13,6	5,8	11,1	54,5	
Bremen	25.09.1983	Anz ah 1	100	58	37	-	5 ^{d)}	
		Frauen %	18,0	20,7	10,8	-	40,0	
Nordrhein-Westfalen	12.05.1985	Anz ah 1	227	125	88	14	-	
		Frauen %	11,0	4,0	14,8	21,4	- ,	
Hessen	05.04.1987	Anzahl	110	44	47	9	10 ^{c)}	
11033011	00.01.130	Frauen %	16,4	13,6	10,6	22,2	50,0	
Rheinland-Pfalz	06.03.1983	Anzahl	100	43	57	_	_	
Taric Till and Till and		Frauen %	11,0	11,6	10,5	-	- ,	
Baden-Württemberg	25.09.1984	Anzahl	126	41	68	8	₉ e)	
buden was eccliber 9	2010312301	Frauen %	6,3	12,2	2,9	-	11,1	
Bayern	12.10.1986	Anz ah l	204	61	128	_	15 ^{c)}	
Dayern	12.10.1300	Frauen %	12,3	14,8	6,3	-	53,3	
Saarland	10.03.1985	Anzahl	51	26	20	5	-	
Suur runu	20.00012000	Frauen %	11,8	15,4	10,0	-		
Berlin (West)	10.03.1985	Anzahl	144	48	69	12	15 ^{f)}	
Dellin (Mesc)	10.00.1505	Frauen %		18,8	5,8	8,3	53,3	

¹⁾ Jeweils nach dem Stand bei der Wahl.

²⁾ CSU nur in Bayern.

a) Südschleswigscher Wählerverband. b) GRÜNE-GAL. ....

c) DIE GRÜNEN (GRÜNE).

d) Bremer Grüne Liste.

e) DIE GRÜNEN Baden-Württemberg. f) Alternative Liste - Für Demokratie und Umweltschutz - AL.

# 7.3 Mitglieder in Gewerkschaften

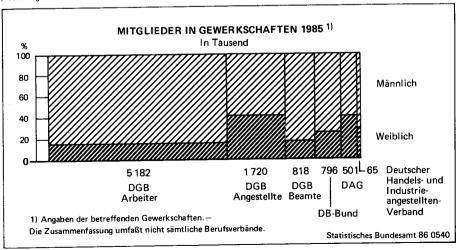
Die Mitgliederzahlen der großen Gewerkschaften und Berufsverbände wiesen bis Anfang der achtziger Jahre durchweg eine steigende Tendenz auf. Seitdem ist - mit Ausnahme des Deutschen Handels- und Industrie-angestellten-Verbandes - eine rückläufige Tendenz zu beobachten, die wohl vor allem durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt bedingt ist. Jedoch lagen die Mitgliederzahlen des Jahres 1985 sowohl im Deutschen Gewerkschaftsbund, als auch in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft noch über den Zahlen des Jahres 1976, während der Deutsche Beamtenbund im Vergleich dieser beiden Jahre eine leichte Abnahme zu verzeichnen hatte.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder hat dabei in den einzelnen Gewerkschaften und Verbänden mehr oder weniger stark zugenommen. Die Anzahl der Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund nahm von 1976 auf 1985 um 25,9 % zu. Die prozentual größte Zunahme war dabei bei den weiblichen Angestellten mit 45,7 % zu verzeichnen, gefolgt von den Beamtinnen mit 39,4 und den Arbeiterinnen mit 11,2 %. Die Zunahme der Zahl weiblicher Mitglieder in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft stand diesem Ergebnis mit 22,9 % kaum nach. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Handels- und Industrieangestelltenstieg im gleichen Zeitraum um 10,7 % an. Nur im Deutschen Beamtenbund war die Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder mit 5,9 % geringer, während die Zahl der männlichen Mitglieder um 3,0 % geringer war als 1976. Bei den männlichen Mitgliedern der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft war ein Minus von 3,5 und bei denen im Deutschen Gewerkschaftsbund von 0,5 % festzustellen. Nur der Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband hatte 1985 auch bei den männlichen Mitgliedern gegenüber 1976 ein Plus zu verzeichnen, das aber mit 5,3 % deutlich geringer ausfiel als bei den weiblichen Mitgliedern.

Sieht man einmal von den kleineren Gewerkschaften und Berufsverbänden ab, die in der vorliegenden Aufstellung nicht enthalten sind, und läßt man ferner außer Betracht, daß sich unter den Mitgliedern der hier aufgeführten großen Gewerkschaften und Berufsverbände auch Nichterwerbspersonen befinden, so lassen sich durch den Vergleich der Mitgliederzahlen dieser Verbände mit der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ungefähre Aufschlüsse über deren Organisationsgrad gewinnen.

	,	reder in dewerks			
Mitglieder	1976	1978	1980	1982	1985
	Deutsche	er Gewerkschaftsb	und ¹⁾		
Insgesamt	7 400 021	7 751 523	7 882 527	7 849 003	7 719 468
dar. Frauen (in %)	18,3	19,1	20,3	21,0	22,1
davon:	5 265 983	5 370 488	5 376 454	5 319 430	5 181 681
dar. Frauen (in %)	14,3	14,9	15,6	15,8	16,2
	1 435 724	1 548 947	1 658 121	1 701 657	1 719 860
Angestelltedar. Frauen (in %)	34,2	36,5	37,9	39,8	41,6
Beamte	698 314	832 088	847 952	827 916	817 927
dar. Frauen (in %)	15,4	13,9	15,2	15,6	18,3
Deutscher Beamt	enbund (Bund de	r Gewerkschaften	des öffentlicher	n Dienstes) ²⁾	
Insqesamt	803 747	800 671	821 012	812 515	796 254
dar. Frauen(in %)	23,5	23,7	24,5	25,7	25,1
	Deutsche Ar	ngestellten-Gewer	kschaft ¹⁾		
Insgesamt	473 463	481 628	494 874	501 037	500 922
dar. Frauen (in %)	35,3	36,6	38,1	39,6	41,0
Deuts	cher Handels- :	und Industrieange	stellten-Verband	2)	
Insgesamt	60 720	61 174	62 758	63 851	64 837
dar. Frauen (in %)	27,0	27,1	27,6	27,8	28,0

^{*)} Angaben der betreffenden Gewerkschaften. - Die Zusammenfassung umfaßt nicht sämtliche vorhandenen Berufsverbände.



¹⁾ Stichtag 31.12. 2) Stichtag 30.9.

#### 7.4 Mitglieder im Deutschen Sängerbund

Insgesamt gesehen ist die aktive Mitgliedschaft in dem im Deutschen Sängerbund und dessen Mitgliedsbünden zusammengeschlossenen Gesangvereinen weitgehend eine Sache der Männer, auch wenn der Anteil der Frauen hier von 1975 (= 21,2 %) auf 1985 (= 31,3 %) deutlich zugenommen hat. In den regional gegliederten Mitgliedsbünden weichen die Anteile der Frauen zum Teil recht stark von diesem Durchschnittswert ab. Den höchsten Anteil der Frauen wies 1985 der mit rd. 2 900 Mitgliedern kleinste regionale Sängerbund, der Berliner Sängerbund, mit 54,4 % auf. Im größten der Mitgliedsbünde, dem im Jahre 1985 rd. 112 500 Mitglieder umfassenden Sängerbund Nordrhein-Westfalen, war der Anteil der Frauen mit 22,7 % am niedrigsten.

Die Extremwerte werden jedoch von den relativ mitgliederschwachen überregionalen Mitgliedsbünden erreicht. Von den 1985 rd. 600 Mitgliedern des Sudetendeutschen Sängerbundes waren etwas mehr als die Hälfte (53,9 %) Frauen, während sich unter den rd. 400 Mitgliedern der Deutschen Sängerschaft traditionell keine einzige Frau befand. Von den 1985 rd. 11 600 Mitgliedern der dem Deutschen Sängerbund angeschlossenen deutschen Chöre im Ausland war etwa jedes dritte (35,3 %) eine Frau.

Die Anzahl der Frauen, die aktive Mitglieder im Deutschen Sängerbund waren, hat von 1975 bis 1985 insgesamt um 90,4 % auf rd. 181 000 zugenommen. Auch in dieser Hinsicht waren zwischen den einzelnen Mitgliedsbünden erhebliche Unterschiede feststellbar: Am stärksten nahm die Zahl der weiblichen Mitglieder im Maintal-Sängerbund (+ 177,8 %) und im Sängerbund Rheinland-Pfalz (+ 157,1 %) zu. Die geringste Zunahme war bei den Deutschen Chören im Ausland zu verzeichnen.

7.4 Mitglieder im Deutschen Sängerbund*) 1 000

	Aktive Mitglieder						
Mitgliedsbund		1975		1985			
	ins- gesamt	weib- lich	%	ins- gesamt	weib- lich	%	
Badischer Sängerbund	49,0	8,4	17,2	64,2	17,5	27,2	
Bayerischer Sängerbund	9,0	2,4	27,0	12,4	4,3	34,7	
Berliner Sängerbund	2,3	0,8	34,8	2,9	1,6	54,4	
Fränkischer Sängerbund	37,5	8,4	22,5	48,8	15,4	31,6	
Sängerbund Hamburg	2,6	0,6	24,9	3,0	1,3	42,5	
Hessischer Sängerbund	43,1	8,3	19,2	64,6	20,7	32,1	
Maintal-Sängerbund	5,1	0,9	16,8	8,0	2,5	31,6	
Mitteldeutscher Sängerbund	17,5	4,7	26,6	24,3	9,2	38,0	
Sängerbund Nordrhein-Westfalen	96,8	12,7	13,1	112,5	25,6	22,7	
Sängerbund Nordwestdeutschland	39,8	13,6	34,1	46,8	20,1	43,0	
Pfälzischer Sängerbund	19,2	3,7	19,3	25,6	7,6	29,9	
Sängerbund Rheinland-Pfalz	33,1	4,9	14,7	47,5	12,6	26,5	
Saar-Sängerbund	11,0	1,8	15,9	12,5	2,9	23,0	
Sängerbund Schleswig-Holstein	9,8	3,1	31,9	12,9	5,4	41,7	
Schwäbischer Sängerbund	52,8	15,3	28,9	68,4	26,6	38,8	
Schwäbisch-Bayerischer Sängerbund .	7,8	1,6	25,0	11,4	3,6	31,5	
Deutsche Sängerschaft	0,4	_	-	0,4	-	-	
Sondershäuser Verband	0,6	0,3	45,5	-	-	-	
Sudetendeutscher Sängerbund	0,7	0,3	43,9	0,6	0,3	53,9	
Deutsche Chöre im Ausland	10,7	3,6	33,7	11,6	4,1	35,3	
Insgesamt	448,8	95,2	21,2	578,5	181,3	31,3	

^{*)} Deutscher Sängerbund e.V.

### 7.5 Mitglieder im Deutschen Sportbund

Obwohl Männer und Frauen in ihrer Kindheit und Jugend unterschiedslos mit dem Sport als Pflichtfach an den Schulen in Berührung kommen, schlägt sich das nicht in gleicher Weise in der Mitgliedschaft in Sportvereinen nieder. So waren im Jahre 1985 nur 34,1 % der Mitglieder in den Vereinen, die im Deutschen Sportbund zusammengeschlossen sind, Frauen. Ihre Zahl hat zwar gegenüber 1975 um 83,6 % auf 6,4 Mill. zugenommen, bleibt aber gegenüber den 12,3 Mill. Männern im Deutschen Sportbund immer noch in der Minderheit.

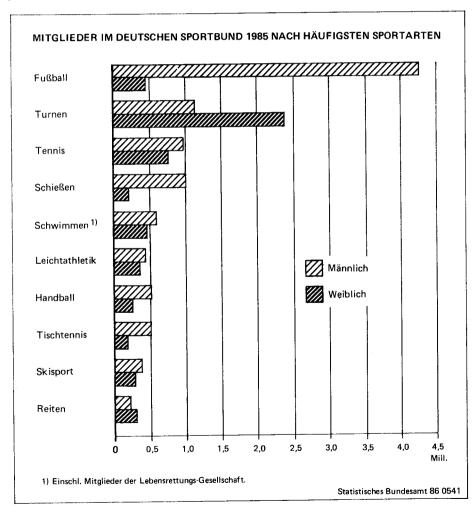
Die Beteiligung der Frauen an den einzelnen Sportarten ist durchaus unterschiedlich, wobei diese Unterschiede sowohl von der Tradition als auch von speziellen körperlichen Anforderungen bedingt sein können. So waren z.B. im Deutschen Fußballbund Frauen bis vor wenigen Jahren nicht spielberechtigt. Demzufolge belief sich der Anteil der Frauen an diesem mit 4,7 Mill. 1985 mitgliederstärksten Sportverband auf nur 9,4 %. Bei den Ringern gab es auch 1985 fast keine weiblichen Mitglieder; wohl aber bei einem der kleinsten Sportverbände, den Boxern, wo 8,8 % der aktiven und passiven Mitglieder Frauen waren. Dieser Anteil war immerhin mehr als doppelt so hoch wie bei den Schachspielern (3,7 %), und er betrug fast das Dreifache des Anteils der Frauen an den Mitgliedern der Sportfischervereine.

Nur in drei Sportarten erreichte der Anteil der Frauen an den Vereinsmitgliedern im Jahr 1985 mehr als fünfzig Prozent: und zwar allen voran das Turnen, eine Sportart, die fast von Anfang an für Frauen offen stand, mit 67,9 %, gefolgt vom Reiten mit 58,1 und vom Tanzsport mit 51,9 %. Nach der Zahl seiner Mitglieder stellte der Deutsche Turnerbund mit rd. 3,5 Mill. Mitgliedern 1985 hinter den Fußballern den zweitstärksten Verband. Bezogen auf die Zahl der weiblichen Mitglieder (rd. 2,4 Mill.) lag er jedoch vor dem Tennis (rd. 0,8 Mill. weibliche Mitglieder) weit an der Spitze.

In weiteren acht Mitgliedsverbänden des Deutschen Sportbundes waren 1985 zwischen 40 und 50 % der Vereinsmitglieder Frauen. Dazu zählten u.a. die Volleyballspielerinnen (48,8 %), die Schwimmerinnen (48,6 %), die Leichtathletinnen (44,8 %) und die Tennisspielerinnen mit 44,0 %. In acht Verbänden betrug der Anteil der Frauen zwischen 30 und 40 %, darunter im Basketball (34,1 %) und beim Fechten

(33,4 %). Zwischen 20 und 30 % der Mitglieder stellten die Frauen in weiteren sieben Verbänden, darunter Rudern (24,2 %) und Tischtennis (25,9 %).

Insgesamt gesehen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder in allen Mitgliedsverbänden des Deutschen Sportbundes von 1975 bis 1985 größer geworden. Die größte relative Zunahme war mit 314,6 % bei den Volleyballspielerinnen zu verzeichnen; den stärksten absoluten Zuwachs an weiblichen Mitgliedern wiesen jedoch die Turnerinnen mit + 739 000 (= 45,2 %) auf.



7.5 Mitglieder im Deutschen Sportbund*) 1 000

	Aktive und passive Mitglieder ¹⁾							
Spitzenverband/Sportart		1975		1985				
	ins- gesamt	weib- lich	%	ins- gesamt	weib- lich	%		
Badminton Basketball Behindertensport Boxen Eis- und Rollsport Fechten Fußball Golf Handball Hockey Judo Kanu Kegeln Lebensrettungsgesellschaft Leichtathletik Radsport Reiten Ringen Rudern Schach Schützen	38 53 - 93 19 3 574 30 521 36 161 78 147 - 664 57 320 - 74 861	15 15 2 34 7 198 13 116 10 34 24 38 - 273 13 149 - 14 - 96 ^a )	40,6 27,5 - 4,3 36,8 35,6 5,5 43,7 22,3 27,3 21,0 30,7 25,5 - 41,1 22,0 46,6 18,3	110 105 130 45 137 23 4 684 67 765 47 197 91 221 460 788 106 511 70 68 82 1 233	47 36 48 4 37 8 442 30 251 14 55 31 68 187 353 25 297 0 16 3 230	43,0 34,1 36,7 8,8 27,2 33,4 9,4 43,9 32,9 30,2 27,8 33,8 30,8 40,7 44,8 23,4 58,1 0,2 24,2 3,7 18,6		
Schwimmen Segeln Skisport Sportfischer Squash Tanzsport Tennis Tischtennis Turnen Volleyball Wasserski Insgesamt	557 - 318 - 39 658 459 2 697 112	260 115 21 290 106 1 634 41 -	46,7 36,3 - 53,5 44,0 23,2 60,6 36,6 - 31,2	564 156 649 512 19 108 1 742 676 3 496 349 9	274 32 272 17 5 56 766 175 2 373 170 3	48,6 20,8 42,0 3,3 27,7 51,9 44,0 25,9 67,9 48,8 35,8 34,1		

^{*)} Deutscher Sportbund e.V. 1) Einschl. Mehrfachmitgliedschaften. a) Die Schützen sind nicht in allen Landesverbänden erfaßt.

#### 8 Definitionen

# Bevölkerung

Wohnbevölkerung (bis etwa Mitte 1983 in der Statistik maßgeblicher Begriff für die Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz): Personen mit nur einer Wohnung werden der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Wohnung befindet. Bei Personen, die mehr als eine Wohnung oder sonstige Unterkunft haben, sei es in derselben Gemeinde oder in verschiedenen Gemeinden, ist für die Zuordnung zur Wohnbevölkerung diejenige Wohnung bzw. Unterkunft maßgebend, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen. Soweit sie weder berufstätig sind noch in der Ausbildung stehen, ist die Wohnung oder Unterkunft entscheidend, in der sie sich überwiegend aufhalten.

Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung (Kurzform: Bevölkerung): Bevölkerungsbegriff aufgrund der Neuregelung des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980. Personen mit nur einer Wohnung werden wie bisher der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Wohnung befindet. Personen mit mehr als einer Wohnung oder sonstigen Unterkunft werden am Ort der vorwiegend benutzten Wohnung/Unterkunft zur Bevölkerung gerechnet. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd von ihrer Familie getrennt lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die Hauptwohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der betr. Person liegt.

Wohnberechtigte Bevölkerung: Hierzu zählen a 1 l e in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten (Doppelzählungen). Auch ist es unerheblich, ob sie in Privathaushalten (außerhalb oder innerhalb eines Anstaltsbereiches) leben oder zur Anstaltsbevölkerung zählen, d.h. im Anstaltsbereich wohnen und keinen eigenen Haushalt führen.

Bevölkerung in Privathaushalten: Alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden, sind die Bevölkerung in Privathaushalten. Privathaushalte im Anstaltsbereich sind darin enthalten. Die Bevölkerung in Privathaushalten ergibt sich somit aus der wohnberechtigten Bevölkerung abzüglich der Anstaltsbevölkerung. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Doppelzählungen möglich. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Untermieter eine zweite Wohnung hat, Angehöriger von zwei Haushalten. Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter einen Einpersonenhaushalt.

Bevölkerung am Familienwohnsitz: Wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehr als einem Wohnsitz werden nur am Wohnsitz der Familienangehörigen, Alleinlebende an ihrem Hauptwohnsitz erfaßt. Alleinlebende ledige Personen zählen nicht zur Bevölkerung am Familienwohnsitz, da sie keine Familie sind. Diese Personen werden, sofern sie in einem Privathaushalt leben, der Bevölkerung in Privathaushalten zugerechnet. Die Anstaltsbevölkerung gehört nicht zur Bevölkerung am Familienwohnsitz.

Ausländer: Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit "ungeklärter" Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Bundesgebiet unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

### Haushalte und Familien

Haushalt (Privathaushalt): Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Anstalten gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnungen werden unter Umständen mehrfach gezählt.

Familie: Familien sind Ehepaare bzw. alleinstehende Väter oder Mütter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben (Zweigenerationsfamilie). In der Familienstatistik wird von einem idealtypisch abgegrenzten Familienzyklus ausgegangen; das bedeutet, daß als Familie auch Ehepaare vor der Geburt eines Kindes gelten (sog. "Kernfamilie"). Haben die Kinder den elterlichen Haushalt verlassen, verbleibt eine "Restfamilie". Zur Kategorie der Restfamilien gehören auch verheiratet Getrenntlebende, Verwitwete und Geschiedene, d.h. Personen, die zu einem früheren Zeitpunkt verheiratet waren, nicht jedoch alleinstehende Ledige. Nach dieser Abgrenzung des Familienbegriffs können in einem Privathaushalt mehrere Familien leben.

Familienstand: Es wird unterschieden zwischen ledig, verheiratet zusammenlebend, verheiratet getrenntlebend, geschieden und verwitwet. Personen, deren Ehepartner vermißt ist, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehepartner für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet Getrenntlebende sind solche Personen, deren Ehepartner sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten und für den der befragte Ehegatte keine Angabe gemacht hat.

Bezugspersonen: Die Bezugsperson in Haushalten bzw. Familien dient dazu, die Haushalte bzw. Familien nach sozialen Merkmalen darzustellen. Bezugsperson ist, wer sich im Erhebungsbogen als solche bezeichnet. Nach dem Gleichheitsgrundsatz können dies beide Ehepartner sein.

Alleinstehende Personen: Verheiratet getrenntlebende, verwitwete und geschiedene Personen unabhängig davon ob sie mit Kindern zusammenleben, sowie Ledige mit Kindern. Personen, die für sich alleine in einem Haushalt wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte) werden auch als Alleinlebende bezeichnet.

<u>Kinder:</u> Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, etwa der geschiedenen Mutter, in einem Haushalt zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht.

#### Natürliche Bevölkerungsbewegung

Eheschließungen: Standesamtliche Trauungen, auch von Ausländern, mit Ausnahme der Fälle, in denen beide Ehegatten zu den im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen gehören.

Ehelösungen: Durch gerichtliches Urteil (drei Arten: Nichtigkeit der Ehe, Aufhebung der Ehe und Ehescheidung) oder durch Tod.

Geborene (= Geburten): Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen
Gesetzbuches. Als Totgeborene zählen seit 1.7.1979 nur Kinder, deren
Geburtsgewicht mindestens 1 000 g beträgt (vorher mindestens 35 cm
Körperlänge). Fehlgeburten (seit 1.7.1979 unter 1 000 g Geburtsgewicht, vorher weniger als 35 cm lang) werden vom Standesbeamten nicht
registriert und bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung außer Betracht.

Generatives Verhalten: Auf kulturellen Normen beruhende Handlungsweisen einer Bevölkerung in bezug auf die nachwachsende Generation, die sich in der Zahl der Kinder zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in der Zahl der Geburten je Jahr niederschlägt.

<u>Gestorbene</u>: Alle Sterbefälle außer Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Sterbetafel: Die Sterbetafel stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraumes dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung, d.h. der Anzahl fernerer Lebensjahre, die Personen eines bestimmten Alters und Geschlechts bis an ihr Lebensende im Durchschnitt noch durchleben werden.

#### Wanderungen

Die Wanderungsstatistik wertet die nach den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Meldewesen bei einem Wohnungswechsel gegenüber den Meldebehörden abzugebenden An- und Abmeldungen aus. Es wird jeder Wohnungswechsel von einer Gemeinde nach einer anderen gezählt, einschließlich der Fälle, in denen jemand unter Beibehaltung seiner bisherigen Wohnung eine weitere Wohnung bezieht oder unter Aufgabe dieser weiteren Wohnung in die beibehaltene Wohnung zurückkehrt. Umzüge innerhalb der Gemeinden werden nicht nachgewiesen.

Es wird zwischen Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung) und Wanderungen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) unterschieden.

### Erwerbstätigkeit

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept): In der Gliederung nach der Beteiligung am Erwerbsleben wird zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterschieden.

Erwerbspersonen sind Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Abhängige), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Selbständige: Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer oder Pächter leiten (einschl. selbständige Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibende und Zwischenmeister.

Mithelfende Familienangehörige: Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbständiger geleitet wird, mithelfen, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu erhalten und ohne daß für sie Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Abhängige: Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.

<u>Beamte:</u> Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschl. der Beamtenanwärter und der Beamten im Vorbereitungsdienst), Richter und Soldaten, ferner Geistliche der zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der Römisch-Katholischen Kirche.

Angestellte: Alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Für die Zuordnung ist grundsätzlich die Stellung im Betrieb und nicht die Art des Versicherungsverhältnisses bzw. der Mitgliedschaft in der Rentenversicherung für Angestellte entscheidend. Leitende Angestellte gelten ebenfalls als Angestellte, sofern sie nicht Miteigentümer sind.

<u>Arbeiter:</u> Alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation, ferner Heimarbeiter und Hausgehilfinnen.

<u>Auszubildende</u> in anerkannten Ausbildungsberufen: Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschl. Praktikanten und Volontäre). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter enthalten.

Arbeitslose bzw. offene Stellen: Personen ohne (dauerhaftes) Arbeitsverhältnis, die als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt registriert sind, bzw. zu besetzende Arbeitsplätze, die die Arbeitgeber dem Arbeitsamt gemeldet haben. <u>Arbeitsvermittlungen:</u> Durch Arbeitsämter in abhängige Beschäftigungsverhältnisse vermittelte Arbeitsuchende.

Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe: Im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und darüber.

<u>Familienarbeitskräfte:</u> Betriebsinhaber und ihre mit ihnen im Betrieb lebenden Familienangehörigen und Verwandten.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer: Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

<u>Nichterwerbspersonen</u> sind alle Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen.

<u>Einkommensbezieher:</u> Alle Personen, die erwerbstätig sind ohne Rücksicht darauf, ob sie auch überwiegend von Erwerbstätigkeit leben. Ferner alle Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend von Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und/oder dergleichen bestreiten. Unberücksichtigt bleiben Personen, die nicht erwerbstätig sind und überwiegend von Angehörigen (Eltern, Ehemann) leben.

Erwerbstätigenquoten: Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

<u>Wöchentliche Arbeitszeit:</u> Die in einer Woche normalerweise geleistete Arbeitszeit. Bei Personen mit mehr als einer Erwerbstätigkeit wird nur die wöchentliche Arbeitszeit der ersten Tätigkeit angegeben.

<u>Nettoeinkommen:</u> Das monatliche Nettoeinkommen ergibt sich für die abhängigen Erwerbstätigen aus dem Bruttoeinkommen im Monat März abzüglich Steuern und Sozialversicherung (ggf. auch abzüglich der Beiträge für private, kommunale oder staatliche Zusatzversorgungskassen). Bei unregelmäßigem Einkommen war der Nettodurchschnitt im Jahr anzugeben. Bei Selbständigen in der Landwirtschaft und Mithelfenden Familienangehörigen wurde das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Berufsbereiche fassen die Berufe zusammen, die sich in den Arbeitsaufgaben und in der allgemeinen Art der Tätigkeit berühren. Die Einteilung folgt weitgehend der üblichen Unterscheidung in Urproduktions-, Fertigungs- und Dienstleistungsberufe.

Leistungsgruppen: Die Einordnung in Leistungsgruppen richtet sich nach der Berufsausbildung und -erfahrung der Arbeitnehmer. Bei den Arbeit ern entspricht weitgehend die Leistungsgruppe gruppe 2 den angelernten Arbeitern, die Leistungsgruppe 3 den Hilfsarbeitern. Bei den Angestellten werden folgende Leistungsgruppen erfaßt und nachgewiesen:

L e i s t u n g s g r u p p e II: Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen. Außerdem Angestellte, die als Obermeister, Oberrichtmeister oder Meister mit hohem beruflichen Können und besonderer Verantwortung großen Werkstätten oder Abteilungen vorstehen.

L e i s t u n g s g r u p p e III: Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Außerdem Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters, Richtmeisters oder Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen und Hilfsmeister unterstellt sind.

L e i s t u n g s g r u p p e IV: Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, der ren Ausbildung eine abgeschlossene Berufsausbildung oder durch mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelernten Arbeitern vorstehen, sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

Leistungsgruppe V: Kaufmännische und technische Angestellte in einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Wirtschaftszweige: Von 1975 bis 1982 wurde für die Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen statt der früher verwendeten "Systematik der Wirtschaftszweige für die Berufszählung 1961" die aus der Grundsystematik der Wirtschaftszweige abgeleitete "Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für den Mikrozensus ab April 1971" verwendet. Ab 1983 erfolgt die Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen nach der "Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für den Mikrozensus".

Bei der Verwendung von Zahlen des Mikrozensus, die nach Wirtschaftsabteilungen gegliedert sind, ist zu berücksichtigen,

- daß die Erwerbstätigen den Wirtschaftsabteilungen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit (nicht des Unternehmens), in der sie beschäftigt sind, zugeordnet sind,
- daß die Angabe des wirtschaftlichen Schwerpunktes des Betriebes bei Personenbefragungen nicht so genau sein kann wie bei Betriebsbefragungen,
- daß bei der Zuordnung zu den Wirtschaftsabteilungen im Mai 1976 die Systematik der Volks- und Berufszählung 1970 verwendet wurde, d.h. daß eine Reihe von Anstalten und Einrichtungen der öffentlichen Hand und der Organisationen ohne Erwerbscharakter (z.B. auf dem Gebiete des Unterrichts und Gesundheitswesens usw.) der Wirtschaftsabteilung 7 "Dienstleistungen" und nicht, wie bei der Systematik der Wirtschaftszweige und den hiervon abgeleiteten Spezialsystematiken für Betriebszählungen, den Wirtschaftsabteilungen 8 und 9 "Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte" und "Gebietskörperschaften und Sozialversicherung" zugeordnet sind.

Beruf: Unter dem Begriff Beruf ist die ausgeübte Tätigkeit zu verstehen, die eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt verrichtet oder verrichtet hat, unabhängig von ihrer Qualifikation, Stellung im Beruf oder im Betrieb.

Grundlage für die berufliche Gliederung der Erwerbstätigen ist die Klassifizierung der Berufe. Dort sind von den über 25 000 Berufsbenennungen diejenigen mit vergleichbarer Tätigkeit zu berufssystematischen Einheiten zusammengefaßt. Kleinste berufssystematische Einheit, die ausgewertet wird, ist die Berufsordnung (3-Steller), von der die Klassifizierung 328 Positionen enthält.

Unmittelbarer öffentlicher Dienst: Behörden, Gerichte und Einrichtungen (einschl. rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) des Bundes und der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost.

Gebietskörperschaften: Behörden, Gerichte und Einrichtungen (einschließlich rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen) des Bundes und der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Gemeindeverbände: Landkreise, Ämter und Verbandsgemeinden, Bezirksverbände.

Zweckverbände: Juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine kommunale Gebietskörperschaft zum Mitglied haben.

Laufbahngruppen: Aufgrund der Bundeslaufbahnverordnung werden Beamte gemäß den unterschiedlichen Anforderungen an die berufliche Qualifikation, die zur Ausübung bestimmter Funktionen befähigen, in die vier Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen sowie des höheren Dienstes eingeteilt. Angestellte können entsprechend ihrer Vergütungsgruppe den vergleichbaren Laufbahngruppen der Beamten zugeordnet werden; die Lohngruppen der Arbeiter entsprechen dem mittleren bzw. einfachen Dienst.

### Bildung

### Schulen der allgemeinen Ausbildung

<u>Grundschulen</u> werden von allen Kindern besucht. Sie umfassen die ersten vier – in Berlin (West) die ersten sechs – Schuljahre und bereiten durch die Vermittlung von Grundkenntnissen auf den Besuch weiterführender Schulen vor.

Hauptschulen si'nd weiterführende Schulen; sie umfassen fünf bis sechs Schuljahre (Klassen 5 bis 9 bzw. 10), bei sechsjähriger Grundschule (Berlin (West)) oder zweijähriger schulformunabhängiger Orientierungsstufe (Bremen und Niedersachsen) drei bis vier Schuljahre (Klassen 7 bis 9 bzw. 10) und vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung.

Grund- und Hauptschulen sind häufig zu einer Schuleinheit zusammengefaßt und können in diesem Fall auch die Bezeichnung Volksschule tragen.

Sonderschulen sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in normalen Schulen unterrichtet werden können.

Realschulen sind weiterführende Schulen, die im Anschluß an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule besucht werden. Das Abschlußzeugnis der Realschule bietet im allgemeinen die Grundlage für gehobene Berufe aller Art und berechtigt zum Besuch der Fachoberschule, des Fachgymnasiums oder zum Übergang auf ein Gymnasium in Aufbauform.

Gymnasien sind ebenfalls weiterführende Schulen, die im Normalfall unmittelbar an die Grundschule oder an Klasse 6 der Hauptschule anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt im Regelfall neun (Klassen 5 bis 13) bzw. sieben Jahre (Klassen 7 bis 13). Es gibt außerdem Gymnasien in Aufbauform, deren Besuch im allgemeinen den Realschulabschluß voraussetzt. Das Abschlußzeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Hochschulen.

Gesamtschulen sind Schulen, in denen die verschiedenen Schularten in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind. Hier werden nur die in tegrierten er ten Gesamtschulen, in denen alle Schüler ohne Zuordnung zu einer bestimmten Schulart unterrichtet werden, ab 1971 gesondert nachgewiesen. Zu den integrierten Gesamtschulen werden hier auch die Freien Waldorf-

schulen gezählt. Die Angaben für die kooperativen Gesamtschulen, bei denen die verschiedenen Schularten in einer gemeinsamen Schulanlage weiterbestehen, sind – soweit möglich – den Zahlen für die jeweiligen Schularten zugeordnet worden.

## Schulen der allgemeinen Fortbildung

(Einrichtungen des sogenannten zweiten Bildungsweges)

Abendrealschulen führen Erwachsene in Abendkursen (vier Semester) zum Realschulabschluß.

Abendgymnasien ermöglichen befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren, den Erwerb der Hochschulreife. Die Bewerber müssen eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit nachweisen, mindestens 19 Jahre alt sein und in der Regel vor Eintritt in den Hauptkurs einen einsemestrigen Vorkurs absolvieren. Die Teilnehmer müssen mit Ausnahme der letzten drei Semester berufstätig sein.

Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der Hochschulreife. Die Aufnahmebedingungen sind die gleichen wie bei den Abendgymnasien. Die Kollegiaten dürfen keine berufliche Tätigkeit ausüben.

Die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg und die Berufsoberschulen in Bayern sind bei den Kollegs nachgewiesen, weil sie, obwohl zur fachgebundenen Hochschulreife führend, ähnliche Schulbesuchsbedingungen haben wie die Kollegs.

#### Schulen der beruflichen Ausbildung

Berufsschulen haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grund-ausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen in Teilzeitform werden in der Regel pflichtmäßig nach Erfüllung der neun- bzw. zehnjährigen

Vollzeitschulpflicht von Personen besucht, die in der beruflichen Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag oder in einem anderen Arbeitsverhältnis stehen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Als Berufsschulen in Vollzeitform werden hier das Berufsgrundbildungs- und das Berufsvorbereitungsjahr bezeichnet, in denen seit 1972 eine allgemeine und auf ein Berufsfeld bezogene berufliche Grundbildung vermittelt wird.

Berufssonderschulen sind meist Vollzeitschulen, die der beruflichen Förderung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Jugendlicher dienen.

Berufsaufbauschulen werden von Jugendlichen, die in einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder gestanden haben, nach mindestens halbjährigem Besuch der Berufsschule neben derselben oder nach erfüllter Berufsschulpflicht besucht. Sie sind meist nach Fachrichtungen gegliedert; die Unterrichtsdauer beträgt bei Vollzeitschulen ein bis eineinhalb, bei Teilzeitschulen drei bis dreieinhalb Jahre. Der erfolgreiche Abschluß vermittelt die dem Realschulabschluß gleichgestellte Fachschulreife.

Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können. Die Ausbildung endet mit einer Abschlußprüfung. Bei zweijährigem Schulbesuch entspricht der Abschluß der Fachschulreife.

Fachoberschulen bauen auf dem Realschulabschluß oder einem als gleichwertig anerkannten Abschluß auf. Der Schulbesuch dauert zwei Jahre (Klassen 11 und 12). Der erfolgreiche Abschluß gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Fachhochschulen.

Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch der Realschulabschluß oder ein gleichwertiger Abschluß vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert drei Jahre (Klassen 11 bis 13). Der Abschluß des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

### Schulen der beruflichen Fortbildung

Fachschulen (einschl. Schulen des Gesundheitswesens) werden freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf (z.B. Meisterschulen, Technikerschulen). Die Dauer des Schulbesuchs liegt bei Vollzeitunterricht zwischen sechs Monaten und drei Jahren, bei Teilzeitunterricht beträgt sie im allgemeinen sechs bis acht Halbjahre. Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln die Ausbildung für Gesundheitsdienstberufe (z.B. Kranken- und Kinderkrankenpfleger, Hebammen, Masseure, Beschäftigungstherapeuten).

#### Schulabgänger

Schulabgänger nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht sind Schüler der Hauptschulen (Volksschulen), Sonderschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, die nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht aus den allgemeinbildenden Schulen mit oder ohne Hauptschulabschlußentlassen werden.

Schulabgänger mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß sind Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Realschule, einer Realschul-klasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als gleichwertig gilt das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule sowie das Abschlußzeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schulabgänger mit allgemeiner- oder fachgebundener Hochschulreife sind Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Gymnasien, Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs (einschl. Technische und Berufsoberschule) sowie der Fachgymnasien. Schulabgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Fachoberschulen.

#### Lehrer

Hauptberufliche Lehrer sind alle im Schulunterricht tätigen Personen, die eine Planstelle innehaben oder im Angestelltenverhältnis stehen. Sie sind in der Regel mit voller Pflichtstundenzahl beschäftigt (vollbeschäftigte Lehrer). Die Pflichtstundenzahl kann aufgrund ländergesetzlicher Regelungen bis zu 50 % ermäßigt werden (teilbeschäftigte Lehrer).

#### Berufliche Bildung

#### Hochschulen

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, ausgewiesen. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern.

Das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Zu den <u>Universitäten</u> zählen die technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den selbständigen pädagogischen und theologischen Hochschulen).

<u>Pädagogische Hochschulen</u> einschl. erziehungswissenschaftlicher Hochschulen sind wissenschaftliche Hochschulen mit Promotions- und Habilitationsrecht. Sie bestehen nicht mehr in allen Ländern als selbständige Einrichtungen.

Kunsthochschulen sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Fachhochschulen umfassen größtenteils die früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen. Ihr Besuch setzt die Fachhochschulreife voraus. Bei erfolgreichem Abschluß wird die allgemeine Hochschulreife erworben.

<u>Studenten</u> sind ordentliche (vollimmatrikulierte/eingeschriebene) männliche und weibliche Studierende, ohne Beurlaubte, Besucher der Studienkollegs sowie Gast- und Nebenhörer.

Studienanfänger sind Studenten im 1. Hochschulsemester (Erstimmatri-kulierte) an einer Hochschule im Bundesgebiet.

Prüfungen (Abschlußprüfungen) werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen. Absolventen von wissenschaftlichen Studiengängen legen meist Diplom- oder Staatsprüfungen (einschl. Lehramtsprüfungen) ab. Doktorprüfungen setzen häufig eine andere erste Abschlußprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluß sein. Das Studium an Fachhochschulen führt zur Diplomprüfung (früher Graduierung). Kunsthochschulstudien werden z.T. mit Diplomoder Staatsprüfungen abgeschlossen, z.T. legen die Absolventen keine förmliche Prüfung ab.

### Personal an Hochschulen

Zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören neben den Hochschullehrern im engeren Sinne (Professoren, Fachhochschullehrer, Dozenten) auch wissenschaftliche Räte, Oberärzte, Oberingenieure, wissenschaftliche
Assistenten und Angestellte, Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Instrumentallehrer, Werkstattlehrer), Lehrbeauftragte, Tutoren und
nichtstudentische wissenschaftliche Hilfskräfte.

### Weiterbildung

Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie der Besuch von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfaßt.

### Sozialwesen

Arbeitsförderung: Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) durch die Bundesanstalt für Arbeit sowie Leistungen im Auftrag von Bund und Ländern und gleichartige Leistungen des Bundes. Sie umfassen u. a. Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung der beruflichen Bildung, Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation, Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) sowie bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld). Sozialversicherungsbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung für Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit werden als »Barerstattungen ausgewiesen.

Beitragspflichtig sind alle als Arbeiter oder Angestellte gegen Entgelt Beschäftigten oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigten Personen, außerdem jugendliche Behinderte, die in Einrichtungen für Behinderte an einer berufsfördernden Maßnahme teilnehmen, und Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen, Personen, die wegen einer berufsfördernden Rehabilitationsmaßnahme Übergangsgeld beziehen, Wehr- und Zivildienstleistende sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Strafgefangene. Der Beitragssatz ist in gleichen Teilen vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entrichten.

Arbeitslosengeld: Anspruchsberechtigt ist, wer sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet hat, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaft erfüllt hat sowie Arbeitslosengeld beantragt hat. Die Dauer des Anspruchs richtet sich nach der vorherigen Beschäftigungsdauer.

Arbeitslosenhilfe: Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat, wer Voraussetzungen erfüllt, die auch für den Bezug von Arbeitslosengeld bestimmt sind, aber keinen Anspruch auf dieses hat, weil die Anwartschaft nicht erfüllt ist. Die Arbeitslosenhilfe wird ohne zeitliche Begrenzung geleistet.

<u>Kurzarbeiter:</u> Erwerbstätige, die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Ein Anspruch besteht, wenn in einem Betrieb ein unvermeidbarer, vor- übergehender Arbeitsausfall eintritt und beim Arbeitsamt angezeigt wurde.

Unterhaltsgeld aufgrund des Arbeitsförderungsgesetzes erhalten Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Förderung. Das Unterhaltsgeld wird als zinsloses Darlehen gewährt. Es ist nach Beendigung der Maßnahme zurückzuzahlen.

Sozialhilfe: Die Sozialhilfe wird nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) als Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen an Personen, die sich in einer Notlage befinden, innerhalb und außerhalb von Einrichtungen gewährt. Sie greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen. Im Gegensatz zu den Leistungen anderer Sozialleistungsträger ist die Gewährung von Sozialhilfe nicht an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis oder an Vorleistungen gebunden. Durch individuelle Leistungen nach dem Subsidiaritätsprinzip soll die Sozialhilfe dem Hilfeempfänger ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben ermöglichen und ihn wieder zur Selbstversorgung befähigen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt, die die notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens abdeckt, wird weitgehend nach Leistungspauschalen (Regelsätzen) berechnet; spezielle Notstände werden durch Hilfe in besonderen Lebenslagen behoben (u.a. Eingliederungshilfe für Behinderte, Tuberkulosehilfe, Hilfe zur Pflege, Krankenhilfe, Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).

Gesetzliche Krankenversicherung: Primäre Aufgabe ist die Versicherung des Personenkreises, der der Versicherungspflicht unterliegt.

Freiwillige Versicherung und Weiterversicherung sind möglich. Zur gesetzlichen Krankenversicherung zählen: Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen, landwirtschaftliche Krankenkassen, See-Krankenkasse, Bundesknappschaft, Ersatzkassen für Arbeiter und Ersatzkassen für Angestellte.

Versicherungspflicht: Pflichtmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung sind Arbeiter ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes. Angestellte, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 75 % der für die Rentenversicherung der Arbeiter geltenden Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, Rentner sowie Auszubildende, Studenten und Arbeitslose. Außerdem gehören zum Kreis der Versicherungspflichtigen auch solche Personen, die in Einrichtungen für Behinderte beschäftigt sind oder dort an einer berufsfördernden Maßnahme teilnehmen, Personen, die wegen berufsfördernder Maßnahmen Übergangsgeld beziehen sowie Jugendliche, die durch die Beschäftigung in einer Einrichtung der Jugendhilfe für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

### Gesundheitswesen

Kranke Personen werden nach dem Mikrozensus-Gesetz vom 15.7.1975 alle zwei Jahre mit wechselndem Auswahlsatz erhoben. Im April 1982 wurde die schwerwiegendste Krankheit für den Befragungstag und/oder den vorausgegangenen Vier-Wochenzeitraum ermittelt.

Behinderte: Als Behinderte gelten alle Personen, denen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) zuerkannt worden ist. In die Statistik werden jedoch nur Behinderte mit einer MdE von mindestens 30 % erfaßt. Behinderte mit einer MdE von 50 % oder mehr werden als Schwerbehinderte bezeichnet. Zum Personenkreis der Behinderten zählen auch Beschädigte, d.h. Personen deren Behinderung auf einer Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung oder einer dabei erworbenen Krankheit beruht.

Behinderung ist nach den "Anhaltspunkten für die ärztliche Begutachtung Behinderter nach dem Schwerbehindertengesetz" jeder regelwidrige körperliche, geistige und seelische Zustand, der nicht nur vorübergehend besteht und eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) bedingt. Regelwidrig ist der Zustand, der von dem für das Lebensalter typischen abweicht. Als nicht nur vorübergehend gilt ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten. Zu den Körperbehinderungen rechnen auch innere Leiden.

Todesursachen: Für jeden Sterbefall muß vom Arzt eine Todesbescheinigung (Leichenschauschein) ausgestellt werden. In die Todesursachenstatistik geht nur das sogenannte Grundleiden ein, d.h. jene Krankheit oder Verletzung, die den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat (unikausale Statistik). Die Verschlüsselung der Todesursachen und die Auswahl des Grundleidens richten sich nach der vierstelligen Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1968 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und deren Klassifizierungsregeln. Die Säuglingssterbefälle werden nach ausgewählten Todesursachen gesondert nachgewiesen.

Berufe des Gesundheitswesens: Die im Gesundheitswesen tätigen Personen werden von den Gesundheitsämtern auf der Grundlage der polizeilichen An- bzw. Abmeldungen erfaßt. Da keine besondere Meldepflicht für diesen Personenkreis besteht, muß mit Erfassungslücken gerechnet werden. Einbezogen werden Ärzte (nach Fachgebietsbezeichnung und Berufsausübung), Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte sowie Krankenpflegepersonen, Hebammen und sonstige im Gesundheitswesen tätige Personen.

### Öffentliches Leben

#### Wahlen

Wahlberechtigt sind bei Bundestagswahlen nur Deutsche. Voraussetzung für die Stimmabgabe (aktives Wahlrecht) sind u.a. die Vollendung des

18. Lebensjahres am Wahltag (erstmals bei der Bundestagswahl 1972) und das Innehaben einer Wohnung oder eines gewöhnlichen Aufenthalts im Geltungsbereich des Bundewahlgesetzes seit mindestens drei Monaten. Für die Wählbarkeit (passives Wahlrecht) muß seit der Bundestagswahl von 1976 ebenfalls das 18. Lebensjahr am Wahltag vollendet sein. Gewählt wird nach einem Mischsystem von Mehrheitswahl (Erststimme: Persönlichkeitswahl im Wahlkreis) und Verhältniswahl (Zweitstimme: Listenwahl).

# 9 Stichwortverzeichnis

	Seite
Abgeordnete der Parlamente	169, 171
Altersaufbau, Altersstruktur	
- Arbeitslose	106
- Bevölkerung	9, 12, 30, 32, 88, 112, 153, 158
- Bildungsabschluß	112
- Einpersonenhaushalte	46, 48
- Erwerbstätige	62, 66, 72, 88, 100, 104, 106
- Heiratsalter	18
- Kinder in Familien	50
- Kranke, Behinderte	143, 146, 148, 150
<ul> <li>Schwangerschaftsabbrüche</li> </ul>	162
<ul> <li>Sozialhilfeempfänger</li> </ul>	138
- Sterbefälle	26, 153, 158
- Überwiegender Lebensunterhalt	132
Arbeitslose	106, 136
Ausländer	
- Altersaufbau	9, 100
- Aufenthaltsdauer	15
- Berufe, Wirtschaftszweige	95, 98
- Eheschließungen	18
- Erwerbstätige	86, 100
- Familien	52, 54
- Familienstand	52, 54, 100
<ul> <li>Geburtenentwicklung</li> </ul>	24
- Staatsangehörigkeit	15
- Stellung im Beruf	86, 98
- Wanderungen	34
Auszubildende	68
Berufe, berufliche Ausbildung	70, 72, 84, 95, 106, 108, 112, 116
Bevölkerungsvorausschätzung	30
Ehescheidungen	21
Eheschließungen	18
Einkommen	
- der Ehepartner	58

78, 82, 84

- der erwerbstätigen Frauen

# 9 Stichwortverzeichnis

	Seite				
- der Familien	58				
- der Haushalte	40				
Erwerbstätige, erwerbstätige Frauen					
- Altersaufbau	62, 66, 72, 88, 92, 102				
- Ausländer	95, 98, 100				
- Berufe, berufliche Ausbildung	70, 72, 84, 126, 128, 166				
- Einkommen	78, 82, 84				
- Einpersonenhaushalte	48				
- Erwerbsquoten	62				
- Familien	56				
- Familienstand	62, 88, 92, 100				
- Kinderzahl	86				
- Kranke	146				
- Stellung im Beruf	56, 66, 75, 82, 86, 92, 98, 102, 104				
- Wirtschaftszweige	64, 66, 75, 98				
- Wochenarbeitszeit	75, 78, 92, 104				
Familien	50, 52, 54, 56, 58				
Familienstand					
- Bevölkerung	12, 88				
- Einpersonenhaushalte	46				
- Erwerbstätige	62, 82, 88, 100				
- Familien	50, 52, 54, 56, 58				
Geburtenentwicklung	24				
Haushalte, Haushaltsgröße	38, 40, 42, 44, 46, 48				
Kinderzahl	52, 54, 86				
Kranke, Behinderte	143, 146, 148, 150				
Krankenversicherungsschutz	140				
Lebenserwartung	26				
Mitglieder in Gewerkschaften	173				
Mitglieder im Deutschen Sängerbund	175				
Mitglieder im Deutschen Sportbund	177				
Mobilität	32, 34				

### 9 Stichwortverzeichnis

### Seite

Schulbesuch, Schulabschluß	70, 106, 112, 114, 118, 120, 126, 128			
Säuglingssterblichkeit	26			
Schwangerschaftsabbrüche	162			
Sozialhilfe	138			
Stellung im Beruf				
- Alter	66			
- Arbeitslose	106			
- Ausländer	98			
- Einkommen	82			
- Einpersonenhaushalte	48			
- Familien	56			
- Familienstand	82			
- Kinderzahl der Frauen	86			
- Wirtschaftszweige	66, 75, 98, 102, 104			
- Wochenarbeitszeit	75, 92, 104			
Sterbefälle	26, 153, 158			
Überwiegender Lebensunterhalt	132			
Wanderungen	32, 34			
Wirtschaftszweige	64, 66, 75, 98			
Wochenarbeitszeit	75, 78, 92, 104			

#### 10 Ouellenverzeichnis

#### 10.1 Fachserien

### Bevölkerung

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung

Reihe 1.S.2: Allgemeine Sterbetafel für die Bundesrepublik

Deutschland

Reihe 2: Ausländer

#### Haushalte und Familien

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 3: Haushalte und Familien

## Beteiligung am Erwerbsleben

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 3: Haushalte und Familien

Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.2: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Reihe 4.2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2: Arbeitskräfte

Fachserie 11: Bildung und Kultur

Reihe 2: Berufliches Schulwesen

Reihe 3: Berufliche Bildung

Reihe S.1: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

an Hochschulen

Fachserie 12: Gesundheitswesen

Reihe 5: Berufe des Gesundheitswesens

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 2.1: Arbeiterverdienste in der Industrie

Reihe 2.2: Angestelltenverdienste in Industrie und Handel

### Bildung

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.2: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen Fachserie 11: Bildung und Kultur Reihe 1: Allgemeines Schulwesen Reihe 2: Berufliches Schulwesen Reihe 3: Berufliche Bildung Reihe 4.1: Studenten an Hochschulen Reihe 4.2: Prüfungen an Hochschulen Reihe 4.4: Personal an Hochschulen Reihe S.l: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen

an Hochschule

#### Sozialwesen

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit
Reihe 4.2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte
Arbeitnehmer

Fachserie 13: Sozialleistungen
Reihe 1: Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung
Reihe 2: Sozialhilfe
Reihe S.6: Laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt

### Gesundheitswesen

Fachserie 12: Gesundheitswesen Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für das Gesundheitswesen Reihe 2: Meldepflichtige Krankheiten Reihe 3: Schwangerschaftsabbrüche Reihe 4: Todesursachen Reihe 5: Berufe des Gesundheitswesens Reihe S.3: Fragen zur Gesundheit Fachserie 13: Sozialleistungen Reihe 5.1: Schwerbehinderte

## Öffentliches Leben

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

#### Einzelveröffentlichungen

Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983 Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987

### 10 Quellenverzeichnis

# 

## Bevölkerung

Heft 8/86	Bevölkerungsentwicklung 1985
Heft 3/87	Ausländer im Bundesgebiet 1986
Heft 3/87	Eheschließungen, Ehescheidungen, Geburten und Sterbefälle von Ausländern
Heft 12/86	Ehescheidungen 1985
Heft 1/82	Ausgewählte Daten zur Entwicklung von Eheschließungen und Geburtenzahlen
Heft 1/84	Entwicklung der Sterblichkeit
Heft 1/80	Umfang und Struktur der Wanderungen von Ausländern zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland 1968 bis

## Beteiligung am Erwerbsleben

1978

Heft 4/86	Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1985
Heft 2/82	Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbs- tätigen
Heft 2/84	Statistiken des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung
Heft 5/84	Beruf und Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen (1982)
Heft 8/83	Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufen (1982)
Heft 2/84	Beruf und Ausbildung der Erwerbstätigen
Heft 9/84	Erwerbstätigkeit von Ausländern 1982/83
Heft 6/86	Personal des öffentlichen Dienstes am 30. Juni 1985
Heft 2/87	Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1986
Heft 12/85	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Beschäf- tigungsdauer und Bruttoarbeitsentgelt
Heft 9/81	Erwerbslosigkeit im Haushaltszusammenhang
Heft 9/86	Auszubildende 1985
Heft 9/85	Frauen im öffentlichen Dienst
Heft 7/86	Zur Stellung der Frau in der Wirtschaft
Heft 10/86	Personalfluktuation im unmittelbaren öffentlichen Dienst 1984/85

# Bildung

Heft 12/84	Schüler, Auszubildende und Studenten 1983/84
Heft 4/80	Einschulungen an Grundschulen 1957/58 bis 1978/79
Heft 6/81	Schulabgänger aus der Sekundarstufe II mit Hochschul- reife 1970 bis 1979

Heft 10/81	Studien- und Berufswünsche der Abiturienten 1972 bis 1981
Heft 5/86	Studenten im Wintersemester 1985/86
Heft 5/85	Prüfungen an Hochschulen 1983
Heft 11/83	Deutsche Studienanfänger 1975 bis 1982
Heft 2/85	Habilitationen 1983
Heft 4/82	Personal an Hochschulen 1972 bis 1980
Heft 12/80	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen 1977

### Sozialwesen

Heft	2/87	Sozialhilfeempfänger 1985
Heft	3/83	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 1981
Heft	7/79	Krankenversicherungsschutz der erwerbstätigen Bevölke- rung (1978)

Heft 5/82 Sterbefälle 1980 nach Todesursachen

## Gesundheitswesen

	•	
Hef	t 4/84	Gesundheitszustand der Bevölkerung (Ergebnis des Mikro- zensus April 1982)
Hef	t 7/85	Schwangerschaftsabbrüche 1984
Hef	t 3/83	Berufe des Gesundheitswesens 1981
Hef	t 2/86	Tuberkulose 1984
Hef	t 12/80	Kranke und unfallverletzte Personen, Körpergewicht und Rauchgewohnheiten als Risikofaktoren (Ergebnis des Mikrozensus April 1978)
Hef	t 2/83	Fragen zur Gesundheit (1980)
Hef	t 9/86	Schwerbehinderte 1985

### Öffentliches Leben

Heft	2/87	Endgultiges Ergebnis der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987
Heft	12/86	Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987